

Karl Schweizer

**Verfolgung, Flucht
und Widerstand
im Landkreis Lindau
1933–1945**



Karl Schweizer

**Verfolgung, Flucht und Widerstand
im Landkreis Lindau
1933–1945**

Herausgegeben vom Landkreis Lindau/Bodensee

Danksagungen

Herzlichen Dank für Hilfen unterschiedlichster Art an: Helga Ackermann, Fridolin Altweck, Josef Bayer, Rüdiger Benninghaus, Kurt Breimeir, Andreas Durrer, Gabriele Eggert-Rummel, Sibylle Ehreiser, Ulrich „Uli“ Epple, Angela Feßler, Gallus Fink, Gebhard Fübler, Josef Gebhard †, Nina Gladitz, Klaus Gorlo, Anna Marie Grupp †, Karl „Charly“ Häusler, Ägidius Heim, Hanns Heim, Gallus Halder, Ilse und Ludwig Haug, Brigitte Hege-Günther, Bärbel Heumann, Leo Hiemer, Manfred Hotz, Josef Hund, Markus Ketschei, Josef Kimpfner, Marianne von Kirn, Albert Knoll, Dr. Manfred Kretschmer, Andreas Kurz, Michael Kuthe, Anna Ladwig, Josef Lingg, Rolf Mack, Claudia Marzari, Rosmarie Massong, Heinz Mößlang, Dr. Thomas Müller, Christine Parzl, Uwe Peschka, Sebastian Priwitzer, Agnes Rädler, Angelika und Martin Rädler, Renate Reinhardt, Bert Schädler, Andrea Scheibe, Doris Scheurl, Tilmann Schlosser †, Angelika Schreiber, Adolf Schweinberger, Dr. Petra Schweizer-Martinschek, Heiner Stauder, Karl G. Staudter, Paul Straub, Elmar Stegmann, Walter Steng, Franz † und Isolde Steinbauer, Günter Steiner, Ingeborg und Alexander Stohr, Matthias „Matze“ Stoppel, Wolfgang B. Sutter, Arthur Wetzler, Irene Wick

Gefördert von der Stiftung Erinnerung Lindau

Herausgeber

Landratsamt Lindau (Bodensee)
Stiftsplatz 4, 88131 Lindau (Bodensee)
Tel.: 08382 270-0
E-Mail: landratsamt@landkreis-lindau.de
www.landkreis-lindau.de

(c) für die Texte: Karl Schweizer, 88131 Lindau

Satz, Gestaltung

büro ucape, Uwe Peschka, 88131 Lindau; www.ucepe.de

Retusche

Melanie Dorsch, Sabrina Eger

Druck und Bindung

Holzer Druck und Medien GmbH & Co. KG, 88171 Weiler/Allgäu

Kartenvorlage

outdoor active Alpstein Tourismus GmbH & Co. KG, 87509 Immenstadt/Allgäu

Bezugsquellen

Heimatkundliches Dokumentationszentrum des Landkreises Lindau,
Hauptstraße 14, 88171 Weiler/Allgäu, E-Mail: hdz@landkreis-lindau.de
Die Buchhandlungen in Lindau und Lindenberg

1. Auflage 2016

Inhalt

Vorwort	6
Der NS-Faschismus im Landkreis Lindau 1919–1945 Ein Überblick	8
Esseratsweiler / Hugelitz	
1 Josef Reinhardt musste für Leni Riefenstahl schauspielern	46
Gestratz-Horben	
2 Michael Kitzelmann wollte nicht unter NS-Lumpen leben	48
Heimenkirch	
3 Johann und Karoline Pfaff	50
4 Zwangsarbeiter Marian erinnert sich	54
Hergatz	
5 Eine Zwangsarbeiterin erinnert sich	56
Hergatz-Wohmbrechts	
6 Georg Straub wurde kurz vor dem NS-Ende 1945 ermordet	58
Hergensweiler	
7 Der Reichsnährstand will einzelne Bauern ruinieren	60
Hergensweiler-Stockenweiler	
8 Mathilde K. durfte nicht heiraten	62
Lindau-Hoyren	
9 Küfer Emil Haug wurde in den Tod „verlegt“	64
Lindenberg	
10 Karl Aßfalg und Benedikt Hagenauer litten bereits früh unter der Verfolgung	66
11 Josef Bentele sollte mundtot gemacht werden	68
12 Franziska Weber wurde denunziert und ins Konzentrationslager eingeliefert	70

- 13 Jakob Plaut
überlebte das KZ-Ghetto Theresienstadt 72
- 14 Otto Geßler und Anton Fehr
und das Attentat vom 20. Juli 1944 74

Nonnenhorn

- 15 Anni und Georg Stoppel
trotzten erfolgreich einem Todesurteil 78

Oberreitau

- 16 Landwirt Gebhard aus Humbertsweiler
durfte sich 1940 nicht mit Soldaten unterhalten 82

Oberreute

- 17 Maria Sinz und Anna Maria Nussbaumer
durften nicht weiter leben 84

Opfenbach-Wigratzbad

- 18 Antonie Rädler und Pfarrer Josef Wohlfinder
lebten weiter mutig ihren Glauben 86

Röthenbach

- 19 Benefiziat Franz Xaver Benedikter
wurde ins KZ Dachau verschleppt 88
- 20 Bürgermeister Albert Thannheimer
musste zurücktreten 90

Röthenbach-Happareute

- 21 Lehrer Otto Daschner wurde strafversetzt 92

Röthenbach-Rentershofen

- 22 Hatte Ferdinand Hug
kein Recht auf Arbeit und Brot? 94

Scheidegg

- 23 Große Fluchten über die grüne Grenze 96

Schlachters-Biesings

- 24 Vom Außenlager des Konzentrationslagers Dachau 98

Sigmarszell-Thumen

- 25 Grete Jacques persönliche „Kristallnacht“ 100

Stiefenhofen

- 26 Gabriele darf nicht leben 102
- 27 Der Jude Prof. Rosenberg
überlebte in Ranzenried 104

Stiefenhofen-Genhofen

- 28 Johann Pletzer – Sozi statt Nazi 106

Unterreitnau

- 29 Rosina Gutensohn starb
einen erzwungenen Hungertod 108

Wasserburg

- 30 Die jüdische Wasserburgerin Martha Hörenberg
durfte nicht bleiben 110

Wasserburg-Hege

- 31 Der Ort, an dem die Dornier ‚Do 335‘
mitkonstruiert wurde 112
- 32 Resi Ackermann
wurde ihre Liebe rassistisch verboten 114

Weiler

- 33 Lehrerin Arnold
feierte die Machtübergabe nicht 116
- 34 Rosa und Josef Heim fragten nach 118

Weißensberg

- 35 Josef Breimeir
sah glücklich die Freiheit wieder 120

Weißensberg-Rehlings

- 36 Johann Wagner
wurde noch im April 1945 ermordet 122

Bildnachweise 125

Orts- und Namensregister 126

Karte des Landkreises Lindau *HINTERE UMSCHLAGINNENSEITEN*



Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

in vielen Teilen der Welt erfahren aktuell Menschen Gewalt und machen sich auf den Weg in eine bessere Zukunft. Vor nicht allzu langer Zeit waren auch viele Deutsche auf der Flucht. Auch sie mussten alles hinter sich lassen und in der Ferne neu anfangen. Oder aber sie fielen aufgrund ihrer politischen Einstellung, ihrer ethnischen Zugehörigkeit oder sexuellen Gesinnung dem Regime zum Opfer. Der Gedenkweg durch den Landkreis Lindau zeigt, dass Geschichte nicht nur in der Ferne passiert ist, sondern auch bei uns vor der Haustüre. In fast allen Gemeinden unseres Landkreises erzählen Zeitzeugen, deren Nachfahren oder aber amtliche Dokumente vom Schicksal sehr unterschiedlicher Menschen – allen war aber eines gemeinsam: Ihr Leben war gekennzeichnet von Verfolgung, Flucht und Widerstand.

Diese wahren Geschichten möchten wir vor dem Vergessen bewahren, denn die Zeitzeugen werden immer weniger und mit ihnen verschwindet auch deren Wissen.

Ein großer Dank gilt dabei unserem Autor Karl Schweizer, der ehrenamtlich in aufwändiger und mühevoller Recherche viele kleine Informationen zusammengetragen und zu einem Ganzen zusammengefügt hat. Unterstützt wurde er hierbei von den Ortsheimatpflegern des Landkreises und vielen weiteren Wissensträgern. Auch diesen Helfern gilt mein herzlicher Dank.

Durch die Texte von Karl Schweizer ist die Geschichte ein Stück weit greifbarer geworden und kann späteren Generationen nähergebracht werden. Ich freue mich deshalb auch besonders, dass der Landkreis das Buch zu diesem Gedenkweg den Schülerinnen und Schülern der Klassen 9 bis 12 an den weiterführenden Schulen kostenlos zur Verfügung stellen kann.

Herzlichst
Ihr



Elmar Stegmann
Landrat

Lindau, im Juli 2016

Der NS-Faschismus im Landkreis Lindau 1919–1945

Ein Überblick

Von den Anfängen

Um die mit der Arbeiterrevolution im November 1918 in Deutschland und Mitteleuropa durchgesetzten parlamentarischen Demokratien zu bekämpfen, wurden mit dem Jahreswechsel 1918/19 auch in Deutschland verschiedene rückwärts gewandte Organisationen wieder bzw. neu aktiv. Die zahlenmäßig zunächst größten unter ihnen waren der „Alldeutsche Verband“ und der aus ihm heraus gegründete „Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund“, in Lindau z. B. im Jahr 1920. Mehr oder minder gewalttätig propagierten sie ein antidemokratisches Staatsverständnis, Feindschaft gegenüber der klassenbewussten Arbeiterschaft sowie ihren Parteien und Gewerkschaften, nationalistische Überheblichkeit gegenüber anderen Völkern, den Wiedererwerb von anderen Ländern als Kolonien, ein autoritär-steifes Männerbild, dem sich die Frauen unterzuordnen hatten, und eine völkische Feindschaft gegenüber den Menschen jüdischen Glaubens. Hierbei wandelten sie den Jahrhunderte alten christlich-religiösen Antisemitismus Europas zu einem völkisch-rassistischen Fanatismus gegenüber dieser Minderheit um.

Eine weitere dieser Organisationen war die im Januar 1919 in München gegründete „Deutsche Arbeiterpartei“ DAP, welcher der österreichische Postkartenmaler Adolf Hitler mit Heimatschein der Stadt Linz im September 1919 beitrug. Als ehemaliger Weltkrieg-Einsoldat in der bayerischen Armee war er 1919 bei der Münchner Propaganda- und Spitzelabteilung der Reichswehr angestellt worden. Im Februar 1920 benannte sich die DAP in „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei“ NSDAP um, als deren bisher erfolgreichster Werbeobmann Adolf Hitler durch ein Erpressungsmanöver am 29. Juli 1921 ihr neuer Vorsitzender und „Führer“ wurde. Ihr „ewiges“ 25-Punkte-Parteiprogramm forderte antidemokratisch und imperialistisch u. a. „Land und Boden (Kolonien)“ und „Kein Jude kann Volksgenosse sein“.¹

Nach einem 1921 zunächst missglückten Lindauer Gründungsversuch einer NSDAP-Ortsgruppe durch den „Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund“ erfolgte die Lindauer Gründung im Februar 1922.² Ihr folgte am 9. Mai 1923 die Gründung der NSDAP-Ortsgruppe Lindenberg im dortigen Cafe Schemminger. Zu den sieben bürgerlichen Lindenerger Gründungsmitgliedern gehörten u. a. Bankkaufmann Leopold Klüftinger, Kaufmann Gustav Braig, Hauptlehrer Hans Vogel, Diplomkaufmann Otto Jung, stell-



Die Vertreibung der jüdischen Händler aus dem großen Jerusalemer Tempel in der Darstellung von Kunstmaler Otto Hämmerle, München-Solln, auf der Orgelempore der Kirche St. Georg in Wasserburg aus den Jahren 1918/1919

vertretender Betriebsführer der Hutfabrik M.E. Glunz, deren Besitzer Kurt Glunz selbst usw., denen sich auch bald Studienrat Alfred Schneidawind anschloss.³

Nach der Niederschlagung des Hitler-Ludendorff-Putsches vom 9. November 1923 in München wurden die NSDAP samt ihrer Nebenorganisationen verboten, die Hauptverantwortlichen im Februar 1924 vor Gericht gestellt und am 1. Mai 1924 verurteilt, darunter Adolf Hitler zu fünf Jahren Festungshaft in Landsberg sowie 200 Goldmark Strafe. Dank einer großteils selbst nationalistisch und völkisch eingestellten bayerischen Justiz wurde er jedoch nach 13 Monaten und sieben Tagen wieder entlassen. Die NS-Faschisten agierten politisch von 1924 bis 1925 sowohl im Westallgäu als auch in Lindau als Teil des „Völkischen Blocks“. Im Februar 1925 konnte sich die NSDAP als Partei erneut legal gründen. In Lindau war Hitler im Mai 1925 persönlich in der Wohnung von Fritz Strauß zur Wiedergründung der NSDAP-Ortsgruppe anwesend. Auch die Lindenberger Ortsgruppe gründete sich „sofort nach der Aufhebung des Parteiverbots“ wieder und hatte ihre Treffen zunächst im dortigen „Bayerischen Hof“ und wenig später in der „Traube“. Ihre Mitgliederzahl aus Lindenberg selbst sowie aus den umliegenden Dörfern wuchs von 12 im Jahr 1925 auf rund 110 im Jahr 1929 an. Die Besucherzahlen bei ihren Großkundgebungen mit NS-Prominenz, in Lindenberg in der Regel im „Löwensaal“ oder in der städtischen Turnhalle, wuchsen auf 400 bis 800 Personen an. Aber auch die entsprechenden Veranstaltungen ihrer entschlossensten Gegner, der Gewerkschaften, der Sozialdemokratischen (SPD) und der kommunistischen Partei (KPD), waren entsprechend groß, wie beispielsweise die kommunistische Arbeitslosenversammlung des Westallgäus in Lindenberg im Jahr 1932 mit 800 Teilnehmenden. Die uniformierten Schlägertrupps der NSDAP, die „Sturmabteilungen“ SA, wurden in Lindau erstmals 1922, in Lindenberg 1928 gegründet.⁴

nachdem NS-Stadtrat Hans Vogel damit gedroht hatte, einen Gegenaufmarsch seiner SA zu organisieren. Am Tag darauf aber führten die Stürme 32/20 und 33/20 der westallgäuer SA zusammen mit berittener SA unbehelligt einen Werbemarsch für die NSDAP durch Lindenberg und die umliegenden Dörfer durch.

Als die Kommunistische Partei am 22. Februar 1933 im Arbeiterlokal „Kolosseum“ im Lindauer Stadtteil Reutin, heute das „Bodenseehotel“, eine öffentliche Wahlversammlung mit einem Referenten aus Augsburg durchführen wollte, wurde dieser kurz vorher auf dem Weg nach Lindau verhaftet. Auch dem KPD-Ortsvorsitzenden Simmleit verbot die Polizei nun auf der eigenen Versammlung eine Rede zu halten. Am 1. März fanden auf Anweisung von Lindaus Oberbürgermeister Ludwig Siebert bereits die ersten willkürlichen Hausdurchsuchungen bei hiesigen Kommunisten statt.⁵ Beispielsweise in Simmerberg, Weiler und Lindenberg waren aufputschende Gerüchte gestreut worden, es drohten „kommunistische Anschläge“. Die katholische „Lindauer Volkszeitung“ vom 28. Februar 1933 berichtete über ähnliche Manöver der NS-Faschisten auf einer Wahlveranstaltung der katholischen Bayerischen Volkspartei BVP u. a.: „In Scheffau besaßen die sehr zahlreich anwesenden Nazis aus Lindenberg sogar die Geschmacklosigkeit, zum Teil in Uniform zu erscheinen und den Referenten durch Zwischenrufe fortgesetzt zu unterbrechen (...)“

Beinahe übergangslos funktionierten immer größere Teile des Staatsapparats nun für den Nazismus, gegen dessen Gegner und halfen bei der Abschaffung bisher grundlegender demokratischer Rechte, wie beispielsweise des Post- und Briefgeheimnisses.

Ein Beispiel dafür ist folgender Brief des Bezirksamts Sonthofen an jenes in Lindau vom 3. März 1933: „Der Kommunistenführer Hartmannsberger in Immenstadt, der zur Zeit in Polizeihaft sich befindet, erhielt eine Postkarte mit dem in Abschrift beigelegten Inhalt (...): ‚Werter Genosse Hartmannsberger. Deine Karte vom 27. ds. erhalten. Mit der Verbindung nach Lindenberg sieht es schlecht aus. Gestern wurde hier alles ausgehoben in unseren Organisationen, sodass es unmöglich ist, mit der Partei nach außen zu arbeiten. Wir müssen eben Lindenberg fallen lassen (...)‘“⁶ Gleichzeitig wurde der „Sonderbeauftragte der obersten SA-Führung“ in Bayern durch die Polizeidirektion in München über den Vorgang informiert.

Am Wahlsonntag selbst patrouillierte in Lindenberg ein von Lindau aus abkommandiertes Kommando Landespolizei zusammen mit der örtlichen Gendarmerie durch die Straßen.⁷

Die nur noch halbwegs demokratische Reichstagswahl vom 5. März 1933 brachte für die NSDAP im damaligen Bezirk (Landkreis) Lindau insgesamt einen Stimmenanteil von 51,87% ohne die Stadt

Reichstagswahl vom 5. März 1933

Stimmbezirke	Nat.-Soz. u. Wrb.-Partei (Hitlerbew.)	Soz. Partei Zentrum	Kommunitt. Partei	Kampfront Schwarzweißrot	Bayerische Volkspartei	Neuliche Volkspartei	Christl.-jüd. Volkseinheit	Neuliche Staatspartei	W. Bauern- u. Mittelst.
	1	2	3	5	6	7	8	9	10
Stadt Lindau	4624	1518	406	1476	2663	79	88	62	97
Bodolz	205	22	5	37	146	—	—	1	9
Bösenreutin	84	21	—	—	75	—	—	—	—
Hege	101	7	1	9	77	—	—	—	9
Hergensweiler	271	15	4	—	152	2	1	—	34
Maria-Thann	124	—	—	5	143	2	—	—	8
Wasserburg	235	17	5	54	161	2	—	1	16
Nonnenhorn	188	8	4	54	128	4	—	1	32
Oberreitnau	220	13	5	13	205	—	—	—	6
Sigmarszell	145	31	—	7	127	—	8	—	4
Unterreitnau	77	—	—	4	169	1	—	—	5
Weißensberg	229	35	11	5	166	3	—	—	24
Wohmbrechts	248	3	—	1	188	—	—	—	5
Ebratshofen	202	2	—	3	60	1	—	—	3
Ellhofen	203	15	2	2	66	—	—	—	8
Gestratz	370	—	1	5	286	3	—	—	24
Grünenbach	331	1	—	16	45	1	—	—	15
Harbatshofen	301	5	1	6	141	2	—	1	30
Heimenkirch	470	11	9	20	699	2	—	1	12
Lindenberg	1618	331	193	91	817	23	5	2	28
Maierhöfen	293	1	4	2	162	1	—	—	10
Niederstausen	177	—	1	4	136	—	—	—	2
Oberreute	382	—	—	5	78	—	—	—	26
Opfenbach	296	8	1	7	462	2	—	1	23
Röthenbach	503	4	—	—	264	—	—	—	13
Scheffau	126	—	—	2	66	—	—	—	8
Scheidegg	762	13	18	60	487	2	—	—	14
Simmerberg	548	136	8	12	400	1	1	—	46
Weiler	323	80	9	36	404	4	1	1	14
Aach	280	20	4	12	137	3	—	—	2
Balderchwang	61	9	14	15	24	—	—	—	2
Blaidbach	326	179	215	50	178	5	—	2	17
Immenstadt	1380	797	200	266	1199	67	19	18	16
Rißen	283	1	2	1	74	1	—	—	—
Oberstausen	867	66	3	57	480	4	2	6	15
Stiefenhofen	207	6	—	—	131	2	—	—	14
Thalfrickhof	335	11	4	21	126	—	—	—	15
Hindelang	1118	122	16	106	497	10	1	9	33
Oberstdorf	2276	290	47	746	670	91	12	43	170
Sonthofen	1606	337	111	193	764	16	14	1	31
Ebratshofen	149	88	4	6	77	3	2	—	2
Weitnau	379	71	5	11	224	7	1	1	42
Rempten	5281	2135	1081	1429	3937	91	205	29	35

Tabelle mit den regionalen Wahlergebnissen der Reichstagswahlen (Auszug) im „Anzeigebblatt für das westliche Allgäu“ vom 6. März 1933

Lindau. Zählt man das Lindauer Wahlergebnis hinzu, erreichte die NSDAP insgesamt 48,4% der abgegebenen Stimmen. In der Stadt Lindau selbst hatte sie 41,99% der Wahlstimmen erhalten. In den anderen 28 damals selbständigen Gemeinden sowie in der Stadt Lindenberg erhielt die NSDAP folgende Stimmenanteile: In Bodolz 50,62%, in Bösenreutin 46,67%, in Ebratshofen 74,54%, in Ellhofen 68,58%, in Gestratz 53,70%, in Grünenbach 80,93%, in Harbatshofen 61,81%, in Hege 49,50%, in Heimenkirch 35,50%, in Hergensweiler 56,58%, in Lindenberg 52,06%, in Maierhöfen 61,95%, in Maria Thann 43,97%, in Niederstausen 55,31%, in Nonnenhorn 44,87%, in Oberreitnau 47,62%, in Oberreute 77,80%, in Opfenbach 37%, in Röthenbach 64,16%, in Scheffau 62,38%, in Scheidegg

56,19%, in Sigmarszell 45,03%, in Simmerberg 47,57%, in Stiefenhofen 57,5%, in Unterreitnau 30,08%, in Wasserburg 47,86%, in Weiler 37,04%, in Weißenberg 48,41% sowie in Wohmbrechts 55,73%.⁸

Der NS-Faschismus und weite Kreise des nationalkonservativen Kleinbürgertums feierten sich ab nun regelmäßig selbst und benutzten dazu auch staatliche Organe, deren Vertreter und zahlreiche kleinbürgerliche Organisationen, wie es beispielsweise in folgendem Pressebericht über Scheidegg vom 22. März 1933 zum Ausdruck kam: „Anlässlich des gestrigen Nationalfeiertages veranstalteten die hiesigen Ortsgruppen der NSDAP und des Stahlhelms einen großen Fackelzug. Auf dem Höhenzug zwischen Blasenberg und Kreuzberg brannte ein großer Freudenfunken, welcher das Wiedererwachen des nationalen Deutschland verkündete. Gegen 8 Uhr zog ein großer Zug vom Schulhaus zu diesem Feuer, woran sich ein langer Fackelzug mit ca. 200 Fackeln anschloss. Der Musikkapelle folgten eine Abteilung SA und Stahlhelm mit ihren Bannern, sowie Parteifreunde in überaus großer Beteiligung und Schulkinder (...).

Herr Direktor Dr. Klare hielt eine Ansprache. ‚Noch zehren wir in Gedanken‘, so führte er aus, ‚an den nationalen Kundgebungen in der Reichshauptstadt (...). Zerrissen sind die Fesseln der letzten 14 Jahre, welche uns in Schmach und Schande brachten. Unter der Leitung des greisen, ruhmreichen Generalfeldmarschalls v. Hindenburg und der Führung des jungen von Gott gesandten Führers Adolf Hitler soll die Welt erkennen, dass in Deutschland der Wiedererhebung der nationalen Ehre erwacht ist‘ (...).“⁹

Am 20. März 1933 veröffentlichte die katholische Lindauer Volkszeitung einen Bericht darüber, wie der Sekretär der katholischen Arbeitervereine im Allgäu, Paul Strenkert aus Kempten, sich in der Joseffei der katholischen Vereine Lindaus im dortigen katholischen Vereinshaus dem an die politische Macht gelangten Faschismus anbot und seine Genugtuung über die begonnene staatliche Unterdrückung der marxistischen Arbeiterbewegung zum Ausdruck brachte:

„An diesem Tag wollen wir das feste Gelöbnis ablegen, unsere katholische Vereinsarbeit in den Dienst wahrhaft nationalen Wirkens zu stellen (...). Und wiederum war es die katholische Arbeiterbewegung, die in den stürmischen Zeiten nach dem Kriege an hervorragender Stelle stand, als es galt, den radikalen Sozialismus und den Bolschewismus in Deutschland niederzuwerfen (...). Ohne die christliche Arbeiterschaft wird eine wirksame soziale Aufbauarbeit nicht möglich sein. Wir sind deshalb bereit, ja bestrebt, mitzuarbeiten an diesem gewaltigen Werk. Josefstag soll uns Veranlassung sein, in den katholischen Vereinen uns das Gelöbnis zu geben, der Kirche, dem Volk und Vaterland die Treue zu halten (...).“¹⁰



Nach den Verboten der Kommunistischen Partei KPD im März 1933, der Freien Gewerkschaften am 2. Mai 1933, der Sozialdemokratischen Partei SPD am 22. Juni 1933 und der erzwungenen Selbstauflösung aller anderen Parteien, außer der NSDAP selbst, zwischen dem 27. Juni



Berichte zum 1. Mai 1933 im „Anzeigeblatt für das westliche Allgäu“ am 2. Mai. An diesem Tag verbot das NS-Regime die freien Gewerkschaften.

und 5. Juli 1933, war die Mehrheit des Volkes nun politisch schutzlos. Dem Aufbau eines faschistischen Staatsapparats dienend, wurden bereits am 31. März 1933 die bisherigen Landesparlamente, ab April die Bezirkstage (heute Kreistage) sowie die Stadt- und Gemeinderäte nach den Vorstellungen der NSDAP umgestaltet. In dieser Zeit diente der heutige Landkreis Lindau vielen Menschen als direkter Fluchtweg vor den Nachstellungen durch das neue NS-Regime in das zunächst rettende Vorarlberg und in die Schweiz (→ 23).

Die jüdische Jugendliche Ruth Weikersheimer aus Memmingen schilderte unter dem Pseudonym „Renate“ nach dem 2. Weltkrieg ihre 1933 noch legale Flucht vor den alltäglichen antisemitischen Angriffen über Lindaus Hafen: „Die Fahrt nach Lindau verläuft in gedrückter Stimmung. Renate muss immer wieder die geliebten Gesichter der Eltern ansehen (...). In Lindau verbringen sie noch einen von Trauer überschatteten Abend, am nächsten Morgen kommt der Abschied. Das Wetter passt zum Abschiednehmen, der Himmel ist grau und schwer. Das Schweizer Schiff ‚Helvetia‘ schaukelt unruhig auf den Wellen. Endlich hat Renate die Passkontrolle mit Leibessite hinter sich.

Vom Kai blicken die Eltern zu ihr hinauf, zwei einsame Menschen, vom Leid gezeichnet. Langsam manövriert das Schiff sich durch die schmale Hafenausfahrt. Renate kann nichts sehen. Heiß brennen die Tränen in ihren Augen.“¹¹

Derweil nahm im Landkreis Lindau so manche beachtliche persönliche NS-Karriere ihren Anfang. Hergensweilers Bürgermeister und Gutsbesitzer Georg Bodenmüller beispielsweise wurde nun für die NSDAP Bezirkstagsmitglied. Josef Strodel aus Hergensweiler, bisher Gemeinderat der katholischen Bayerischen Volkspartei, wurde später NSDAP-Bürgermeister.¹² Lindaus bisheriger Oberbürgermeister, Ludwig Siebert, seit Januar 1931 Mitglied der NSDAP, wurde am 12. April 1933 bayerischer NS-Ministerpräsident. Sein Sohn,

Rechtsanwalt Friedrich Siebert, ebenfalls im Januar 1931 in die NSDAP und zusätzlich in die SS eingetreten, wurde am 26. April 1933 neuer „1. Bürgermeister“ Lindaus, ab 1940 Mitglied der NS-Besatzungsregierung im polnischen Generalgouvernement mit Sitz in Krakow. Lindenberg's ehemaliger NSDAP-Ortsgruppenleiter und Diplomkaufmann Otto Jung wurde im Mai 1933 Gauwirtschaftsberater und stieg bis zum Direktor des NS-Reichsverbands der Bekleidungsindustrie in Berlin auf.¹³ NS-Gaupropagandaredner und Studienrat Alfred Schneidawind aus Lindenberg wurde Personalreferent im bayerischen Kultusministerium im München.

Nach jedem Parteiverbot 1933 beanspruchte die NSDAP die bisherigen Sitze dieser Parteien in den verbliebenen parlamentarischen Gremien für sich (→ 20).

In seltenen Fällen, wie beispielsweise in Hergensweiler, dauerte dies etwas länger. Dort bemächtigte sich die faschistische Partei erst am 27. September 1935 endgültig der bisherigen Gemeinderatssitze der BVP. Nun waren auch dort die neun Gemeinderäte (sieben Bauern, ein Handwerksmeister sowie ein Facharbeiter) alle Mitglieder der NSDAP.¹⁴ Alle vom jeweiligen Beauftragten der NSDAP ernannten Stadträte und Gemeinderatsmitglieder hatten inzwischen folgenden Amtseid zu leisten: „Wir schwören: Wir werden dem Führer des Deutschen Reichs und Volkes, Adolf Hitler, treu und gehorsam sein, die Gesetze beachten und unsere Amtspflichten gewissenhaft erfüllen, so wahr uns Gott helfe.“¹⁵ Den undemokratischen Charakter dieser Gremien machte auch ein Rundschreiben des Bezirksamtsleiters (heute Landrat) Lindau, Richard Kummer, vom 21. April 1937 an sämtliche Bürgermeister der 28 politischen Gemeinden mit ihren knapp 32000 Einwohnerinnen und Einwohnern (Mai 1939) des Amtsbezirks deutlich: „Der Bürgermeister ist nach der Deutschen Gemeindeordnung der allein verantwortliche Leiter der Gemeinde. Es ist also hier das Führerprinzip des Nationalsozialismus klar und deutlich festgelegt (...).“¹⁶ Bereits 1933 wurde der bisherige und seit Februar nicht mehr genehme Bürgermeister der Gemeinde Ellhofen, Johann Baptist Huber, durch ein NSDAP-Mitglied, den Metzgermeister und Gastwirt Andreas Haslach, ersetzt.¹⁷

Insgesamt waren es zu Beginn des Jahres 1934 auf dem Gebiet des heutigen Landkreises Lindau 567 Männer und Frauen, welche außerhalb des NS-Staatsapparats, aber mit diesem eng verwoben, in leitenden Funktionen der NSDAP-Parteistruktur sowie deren Nebenorganisationen das Herrschaftskorsett der Partei über der Bevölkerung bildeten, als NSDAP-Kreisleiter, Ortsgruppenleiter oder deren Stellvertreter/-innen, als Ortsbauernführer, Propagandaleiter, Führer/-innen der Hitlerjugend bzw. des Bundes Deutscher Mädel, als Blockwarte usw.¹⁸

Die Landwirtschaft im NS-Staat

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

Verwaltung

Schwaben

Kreis-Verwaltungsstelle Lindenberg i. Allgäu
Schäfflerstraße 1 : : : : Kreisprätor Nr. 224
Postleitzahlen: München Nr. 40351 : N. S. D. A. D.
Öst. Schwaben, Kreisleitung Lindenberg i. Allgäu



Kreiszeitung: „Anzeigerblatt f. d. westl. Allgäu“
mit fernem Nebenangeben / Kreisbücherei u.
Schriftleitung Theiler i. Allg., Kreisprätor Nr. 4

Kreisleitung Lindenberg

Lindenberg i. Allgäu, den 17. März 1937
Nr. 100

Briefkopf der NSDAP-Landkreiszentrale in
Lindenbergs Schäfflerstraße 1 im Jahr 1937

Die NSDAP hatte ab
Februar 1933 schnell
dafür gesorgt, dass ih-
re Macht in der von
ihr propagandistisch
schon seit Jahren hoch
gelobten Landwirt-

schaft gesichert und ausgebaut wurde. Die Landbevölkerung sollte auf den faschistischen Staat eingeschworen und die Ernterträge sollten im Sinne einer illusorischen „Lebensmittelautarkie“ massiv erhöht werden.

Am 18. Oktober 1933 hatte sich deshalb auch der bisherige Allgäuer Bauernverband aufzulösen und die Milch erzeugenden Landwirte mussten dem südbayerischen Milcherzeugerverband beitreten. Dieser war Teil des neuen von der NS-Ideologie und deren Führerprinzip geprägten „Reichsnährstandes“. Die Allgäuzentrale des „Reichsnährstandes“ wurde in Kempten angesiedelt.¹⁹

Die Bauernschaft in den Landkreisen wurde nun durch den zum „Reichsnährstand“ gehörenden NS-Bauernverband organisiert (→ 7). Dessen hiesige Landkreiszentrale war in Lindenberg, von wo aus die jeweiligen Ortsbauernführer und die Landjugend ihre Anweisungen und Schulungen erhielten. So organisierte der damals in Scheidegg ansässige Kreisjugendwart des Reichsnährstandes beispielsweise am 13. März 1937 erneut einen Kreiswettkampf, damit auch die hiesige „Landjugend in den Ring aller um die Nahrungsfreiheit des Deutschen Volkes“ eintrete. Austragungsorte waren neben verschiedenen größeren „Erbbauernhöfen“ das „weibliche Arbeitsdienstlager“ Weiler und das Lehrgut Priel in Lindau-Aeschach.²⁰

Als z. B. die Getreideernte 1936 wetterbedingt schlecht ausgefallen war, erreichte im Februar 1937 eine staatliche Anweisung die Dörfer, umgehend Brotgetreide-Ausschüsse aus Bürgermeister und Ortsbauernführern zu bilden. Diese hatten u. a. „festzustellen, ob und wann das Ablieferungssoll überhaupt noch erfüllt werden wird und ob Böswilligkeit vorliegt, insbesondere, ob die Nichterfüllung auf eine pflichtwidrige Verfütterung von Brotgetreide zurückzuführen ist.“²¹

Als sich nach dem Überfall der deutschen Wehrmacht am 22. Juni 1941 auf die Sowjetunion kriegsbedingt die Lebensmittelversorgung immer mehr verschlechterte, erreichte im November erneut einer der „Schnellbriefe“ des Reichsnährstandes die Kreis- und Ortsbauernführer, diesmal wegen der mangelhaften Kartoffelernte. Wegen fehlender Arbeitskräfte waren Teile der Ernte erfroren, bevor

sie geerntet werden konnten: „Aus diesem Grunde hat die HVg der deutschen Kartoffelwirtschaft auf Veranlassung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft eine Anordnung erlassen, wonach die Beschlagnahme aller zu Speise- und Pflanzzwecken geeigneten Kartoffeln – ohne Rücksicht auf die festgesetzte Mindestlieferungs- menge – ausgesprochen ist (...) (Darf unter keinen Umständen in Presse und Rundfunk erwähnt oder behandelt werden).“²²



Appell der „Hitlerjugend“ Schlachters und Sigmarszell vor dem Saalbau des Gasthauses Adler in der Hauptstraße

Die massive Ausweitung der deutschen Rüstungsindustrie zur Kriegsvorbereitung brachte bereits 1933/34 die Eröffnung eines Zweigwerks der Dornier Flugzeugwerke Friedrichshafen in Lindau-Rickenbach. Dort wurden in der Regel deutlich höhere Löhne bezahlt, als sie etwa für die in der Regel schlecht entlohnten Dienstmägde, Landarbeiter und Knechte galten. Deshalb versuchten viele von diesen seit 1934 als Hilfsarbeiter in der Industrie oder beim Bau von Autobahnen einen besser bezahlten Arbeitsplatz zu erlangen. Daraufhin wandte sich auch die terroristische Geheime Staatspolizei Gestapo beispielsweise im August 1938 über die Landratsämter an die Bürgermeister und Ortsbauernführer:

„Die Klagen über unerlaubte Entfernungen landwirtschaftlicher Dienstboten häufen sich immer mehr. Die bisher ergriffenen Maßnahmen haben kein befriedigendes Ergebnis gezeigt (...). Hieraus ergibt sich die Notwendigkeit zu einer Bekämpfung des Vertragsbruches mit den schärfsten zur Verfügung stehenden Mitteln.

Ein erfolgreiches polizeiliches Eingreifen (Rückverbringung entlaufener Dienstboten, Polizeihaft, Schutzhaft) wurde in den bisher bekannt gewordenen Fällen meist dadurch unmöglich gemacht, dass die Meldungen seitens der Bauern verspätet eintrafen. Die Landbevölkerung ist deshalb anzuhalten, beim Entlaufen von Dienstboten jeweils sofort die zuständige Gendarmerie-Station zu benachrichtigen (...).“²³

Zum 1. Dezember 1936 war die bisherige Parteiorganisation „Hitlerjugend“ zum einzigen noch legalen und nun verpflichtenden Jugendverband erklärt worden. Verbliebene kirchlich-religiöse Jugendorganisationen wurden in Bayern am 25. Januar 1938 zwangsweise als aufgelöst erklärt.



Die „Hitlerjugend“ von Heimenkirch am dortigen „Hitlerstein“. Bereits 1933 fassten die NS-Faschisten des Ortes den Entschluss, ihrem „Führer“ Adolf Hitler ein örtliches „Ehrenmal“ zu errichten. In der Kiesgrube bei Ellhofen fand sich der riesige Findling mit mehr als 4 Metern Länge und einer Höhe von bis zu 1,70 Metern. Die Ellhofener Kiesgrube verfügte bereits aus der Zeit der „Weimarer Republik“ über einen eigenen Gleisanschluss. Über diesen wurde der steinerne Koloss, versehen mit einem Hakenkreuz und einem Kranz, zum Bahnhof Heimenkirch befördert. Alle männlichen NS-Fanatiker des Ortes hatten dort zu erscheinen.

Noch auf dem Eisenbahnwaggon musste die örtliche „Hitler-Jugend“ zusammen mit ihrem HJ-Fähnleinführer rund um den Stein posieren und sich fotografieren lassen.

Vom Bahnhof aus wurde der Stein an den oberen Schulspielplatz neben der späteren Jahnturnhalle transportiert. Diesen Platz hatte der Marktgemeinderat am 13. August 1933 beschlossen (Josef Reitemann in den Westallgäuer Heimatblättern vom 2.6.1980). Beim Bau der neuen Jahnturnhalle 1949 wurde neben dem Stein ein großes Loch ausgehoben und darin der Stein per Planierraupe versenkt.

Selbstverständlich versuchte sich inzwischen auch die terroristische sowie elitäre „Schutzstaffel“ SS der NSDAP in die ideologische Beeinflussung auch der Landbevölkerung einzuschalten, insbesondere bei der bisher meist kirchlich-religiös orientierten Landjugend. Ein entsprechendes Rundschreiben der Kreisbauernschaft vom Mai 1937 formulierte dies u. a. wie folgt: „Unter Bezugnahme auf die gemeinsame Dienstanweisung der SS-Dienststellen innerhalb der Kreisbauernschaft und des Reichsnährstandes (...) erwarte ich, dass jeder Ortsbauernführer seine persönliche Ehre dafür einsetzt, dass die in den Richtlinien festgelegten Grundsätze verwirklicht werden (...).“

Bei der Aufstellung der SS-Landscharen gilt es in der Hauptsache folgende Schwierigkeiten zu überwinden:

- a, Das mangelhaft politische Interesse auf dem Lande.
- b, Den Mangel an Zeit auf dem Lande.

Die Werbung der SS-Landscharen hat dem Wesen der SS entsprechend nicht öffentlich, sondern von Mann zu Mann zu erfolgen (...).

Träger der Werbeaktion für den Reichsnährstand sind die Ortsbauernführer (...). Das Schwergewicht der Werbung ist auf die Landjugend im Alter von 18–21 Jahren zu legen (...).²⁴

Bei all dieser ideologischen Durchdringung der Landbevölkerung wurden bereits vorhandene rassistische Vorurteile bestärkt bzw. neue propagiert. Dies hatte auch im Landkreis Lindau penibel kleinliche Auswirkungen. Als beispielsweise zum 1. März 1938 im Hergensweiler Teilort Stockenweiler eine Poststelle eingerichtet werden sollte, wurden für diese Stelle nur Menschen zugelassen, die u. a. „arischer Abstammung sind und unbedingt die Gewähr dafür bieten, dass sie jederzeit für den nationalen Staat eintreten.“²⁵

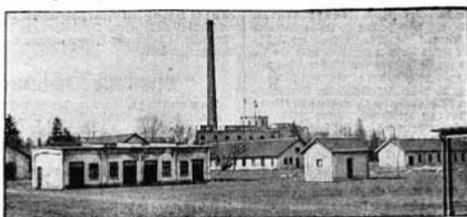
Widersetzlichkeiten, Unbotmäßigkeiten und Widerstand

Dem durch das NS-Regime von der Leine gelassenen fanatisierten Mittelmaß widersetzten sich auch im Landkreis Lindau immer wieder einzelne oder kleine Gruppen von Menschen. Ein Teil von ihnen gehörte den bisherigen Arbeiterparteien SPD

und KPD sowie den bisherigen Freien Gewerkschaften an. Andere beugten sich individuell nicht der terroristischen Selbstherrlichkeit des Regimes und dessen Repräsentanten, sondern zeigten Charakterstärke und stellten das ethisch bessere Deutschland dar (→ 28, 32, 34). Manchmal rettete diese Menschen nur eine rasche phantasievolle Ausrede vor der Gewalt des Regimes. So ließ beispielsweise Oberlehrer Johann Schmid die Hakenkreuzfahne der NSDAP vor dem Schulhaus von Röthenbach abnehmen. Schmid war von 1916 bis 1938 Lehrer in Röthenbach und Sozialdemokrat. Als er wegen seiner unerwünschten Handlung auf das Rathaus zitiert wurde, sagte er zu deren Begründung, das Flattern der Fahne hätte die nötige Ruhe für den Schulunterricht gestört und die sommerliche Hitze mache es notwendig, die Klassenzimmerfenster zu öffnen.²⁶

Der letzte Vorsitzende der Freien Gewerkschaften in Lindau, Bootsbauer Wilhelm Klemm (1895–1956), SPD, schmuggelte z. B. zunächst noch heimlich Zeitungen der ostschweizer Sozialdemokratie, wie die St. Gallerer „Volksstimme“ und die „Thurgauer Arbeiterzeitung“, ein. Dafür wurde er verhaftet und in das im März 1933

In Dachau wurde das erste Konzentrationslager eingerichtet



Das Barackenlager auf dem Gelände der ehemaligen Pulver- und Munitionsfabrik in Dachau
Auf Veranlassung des kaiserlich-königlichen Polizeipräsidenten in München wurde bei Dachau ein Konzentrationslager eingerichtet, das 5000 politischen Gefangenen Platz bietet.

Illustrierter Bericht über das neu errichtete Konzentrationslager bei Dachau im „Westallgäuer Anzeigebblatt“ vom 25. März 1933



Die Lindener Hutfabrik
Mayer-Milz mit NS-Fahnen schmuck

errichtete Konzentrationslager bei Dachau eingeliefert.

Der nach Rorschach geflohene Sozialdemokrat Valentin Baur berichtete später: „Wir haben insgesamt wenig Schriften nach Deutschland transportiert. Zeitweilig den NEUEN VOR-

WÄRTS (...). Der Transport ging über Briefpost und nur an ganz bestimmte Adressen. Per Schiff wurden die Briefe mit deutschen Briefmarken von Lindau ins Reich geschleust. Josef Wittmann hat mich oft in Rorschach besucht. Er wohnte teils in Lindau, teils bei mir. Er kam nie ohne seine Frau. Die so gewonnenen Informationen aus Deutschland gab ich sowohl an die Gruppe NEUBEGINNEN als auch an die SoPaDe (SPD, K.S.) in Prag weiter (...).“ Wittmann wurde später von der Gestapo verhaftet und 1942 in Nördlingen hingerichtet.²⁷

Hartmut Mehringer schilderte 1983 hierzu weitere Beispiele aus meist kommunistischen Lindauer Arbeiterkreisen: „Die Stadt Lindau am Bodensee in der südwestlichen Ecke Bayerns war aufgrund der günstigen Verbindung nach Vorarlberg und in die Schweiz zumindest im Frühjahr und Sommer 1933 ein Umschlagplatz von aus der Schweiz nach Süddeutschland geschmuggelter illegaler Literatur. In zwei Verfahren vor dem Sondergericht München wurden der sechsundzwanzigjährige Schlosser Johann Huber, der zweiundfünfzigjährige Schreiner Anton Neubauer, der achtundfünfzigjährige Hilfsarbeiter Paul Guggenmoos und der sechsundzwanzigjährige Maurer Paul Guggenmoos jr., meist ehemalige KPD-Mitglieder, wegen Weiterverbreitung illegaler Literatur aus der Schweiz zu Gefängnisstrafen zwischen 5 und 10 Monaten verurteilt.“²⁸

Die Rache des Regimes gegenüber Menschen mit aufrechtem Gang äußerte sich häufig darin, dass diese Personen neben den zu tragenden juristischen Folgen ihres Tuns zusätzlich über die Medien öffentlich beleidigt und mit Unwahrheiten überschüttet wurden. Ein Beispiel hierfür ist folgende Notiz aus dem zu Pfingsten 1934 mit der Lindauer Nationalzeitung zwangsvereinigten Lindauer Tagblatt vom 14. Juni 1940:

„Der 36 Jahre alte Alwin Lau aus Witzgimann, Gemeinde Bösenreutin, hat in zwei Fällen hetzerische und böswillige Äußerungen über leitende Persönlichkeiten des Staates und der Partei und

ihre Anordnungen gebraucht. Er hat sich nicht entblödet, abfällige Bemerkungen über den Führer zu machen, und außerdem in öffentlicher Wirtschaft den Deutschen Gruß herabzusetzen versucht. Dieser anscheinend unbelehrbare



Das frühere Gerichtsgefängnis in Weiler/Allgäu im Rückgebäude der heutigen Alois-von-Brinz-Straße 10

„Volksgenosse“, der vor der Machtübernahme gesinnungsmäßig im linken Lager gestanden hatte, erhielt für seine verantwortungslosen Schwätzereien eine Gefängnisstrafe von zehn Monaten, abzüglich sechs Monate Untersuchungshaft, und wurde außerdem zur Tragung der Kosten verurteilt.“²⁹

Peter Fink (1878–1957) war Bauer und Zimmermann in Oberreute-Irsengund, Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr Oberreute, Soldat im 1. Weltkrieg und inzwischen auch ein gefragter Sägeblattschleifer rund um Oberreute. 1943 äußerte er öffentlich seine Überzeugung, dass die Nazis zehn Jahre zuvor, am 27. Februar 1933 selbst den Deutschen Reichstag angezündet hätten. Daraufhin ließ ihn Oberreutes NSDAP-Ortsgruppenleiter Schädler verhaften. Er kam zu einem Außenkommando des KZ Dachau bei Landsberg/Lech.

Rund um Landsberg gab es bereits damals eine Reihe größerer landwirtschaftlicher Betriebe, für welche Zwangsarbeiter hatten arbeiten müssen. Diese aber wurden inzwischen verstärkt zur meist mörderischen Arbeit in der Münchner und Augsburger Rüstungsindustrie herangezogen. Da Peter Fink als Bauer ein guter Handmelker von Kühen war, wurde nun auch er auf eine dieser landwirtschaftlichen Domänen versetzt. Dort überlebte er als ausgesprochene Fachkraft seine sieben Monate dauernde Haftzeit, bevor er wieder nach Oberreute zurückkehren konnte.³⁰

Lindaus evangelischer Stadtpfarrer Georg Kühn gegen „Deutsche Christen“

Obwohl Lindaus damals vier evangelischen Pfarrer im August 1934 öffentlich zur Stimmabgabe für Adolf Hitler aufgerufen hatten und der Festprediger beim Einweihungs- und Erntedankgottesdienst sechs Wochen später, Landesbischof Hans Meiser, seit 1926 als offener Antisemit bekannt war, reichte dies der Lindauer NS-Führung nicht. Lindaus Erster Bürgermeister Fritz Siebert (1903–1966), Sohn von Ludwig Siebert, evangelisch, verbot das im Anschluss an

den Gottesdienst auf dem Marktplatz vor der Kirche St. Stephan geplante gemeinsame Singen der beiden ersten Verse des Lutherliedes „Eine feste Burg ist unser Gott“. Ein 1934 von Ludwig Siebert gestiftetes Doppelglasfenster an der Südseite des Kirchenschiffes von St. Stephan zeigt links die vier apokalyptischen Reiter und rechts die Austreibung jüdischer Geschäftsleute aus dem Jerusalemer Tempel durch Jesu. Dabei trägt der fliehende Händler rechts eindeutig abwertende antisemitische Gesichtszüge.

Zum 1. Mai 1935 kam Pfarrer Georg Kühn (1900–1968) auf die 1. Pfarrstelle von St. Stephan. Er kämpfte entschlossen gegen den wachsenden Einfluss der stramm nationalsozialistisch orientierten „Deutschen Christen“ DC. Diese waren 1932 gegründet worden. Ende Juni 1933 hatte deren von Adolf Hitler ausgesuchter Bevollmächtigter, Wehrkreispfarrer Ludwig Müller das neue Amt des evangelischen „Reichsbischofs“ an sich gerissen. Bei den Kirchenwahlen 1933 erhielten die DC deutschlandweit 70% Zuspruch. Zur Rede Müllers in Friedrichshafen am 16. Mai 1935 fuhren laut Lindauer Nationalzeitung auch 400 Lindauer. Geistiger Mentor der Lindauer DC-Gruppe war Stadtpfarrer Dr. Karl Steger aus Friedrichshafen, der bereits von 1925 bis 1927 als Landesgeschäftsführer der NSDAP Württembergs fungiert hatte. Am Tag der Amtseinführung Georg Kühns in St. Stephan führten rund 50 Lindauer DC-Mitglieder im Bahnhofsterrassensaal eine eigene Versammlung durch.

Bereits zwei Tage später wurde Pfarrer Kühn eine angemeldete interne Aufklärungsversammlung über die DC polizeilich verboten. Ihre Wiederholung zwei Tage später stand unter Polizeibewachung. Andererseits erhielt Kühn zur polizeilich geschützten Versammlung der DC keinen Zutritt. Bereits Mitte Mai lief ein erster Strafantrag der Politischen Polizei Lindau gegen ihn. Er selbst formulierte gegenüber dem Landeskirchenrat noch die Hoffnung, in Lindau „nun eine feste, regelmäßig zusammenkommende Bekenntnisgemeinschaft“ aufbauen zu können. Seine Arbeit aber wurde bereits von der Polizei und Zuträgern der DC überwacht.

Auch seine interne Sitzung mit rund 20 Gemeindegliederinnen am 16. Dezember 1935 wurde polizeilich aufgelöst, die ausgelegten Informationsschriften wurden beschlagnahmt. Das Polizeiprotokoll hielt dazu u. a. fest: „Pfarrer Kühn hat sich stets den Anordnungen des Staates entgegengesetzt und er wurde deshalb schon verschiedentlich zur Anzeige gebracht. Auch die Verhängung eines Redeverbotes konnte Pfarrer Kühn von seiner bisherigen Tätigkeit nicht abbringen.“

Zum 16.1.1936 wurde Georg Kühn zur Strafe nach Sollnhofen versetzt: Sein Nachfolger an St. Stephan wurde ab 1. März 1936 Pfarrer Karl Schneidt.³¹

Unbotmäßigkeiten und Widerstand katholischer Geistlicher

38 katholische Pfarrer, Benefiziaten, Kaplane und weitere Geistliche aus dem heutigen Landkreis Lindau wurden zwischen 1933 und 1945 vom NS-Regime mit Schikanen, Verboten, Drohungen, Haft usw. überzogen. Sie bildeten jene aktive Minderheit innerhalb des katholischen Klerus, welche sich nicht strikt unterordnete, sondern versuchte, ihre religiöse Seelsorge, wie bisher zugesichert, weiter zu praktizieren, die fortlaufenden Einschränkungen durch das NS-Regime nicht widerspruchslos hinzunehmen, sowie offensichtliche Widersprüche zwischen der NS-Propaganda und der Wirklichkeit wenigstens kurz anzusprechen. Vereinzelt versuchte diese aktive Minderheit auch, bedrohten Menschen direkt zu helfen. Dabei konnten auch einzelne Geistliche, die bisher Mitglied der NSDAP oder offene Anhänger des NS-Faschismus waren, in Schwierigkeiten kommen.



Pfarrer Anton Kaiser als Feldwebel in Augsburg

Den Geistlichen ging es dabei in der Regel nicht wie der antifaschistischen Arbeiterbewegung darum, das NS-Regime auf vielfältige Weise anzugreifen, dessen Demokratiefeindlichkeit, Rassismus und Kriegskurs bloßzustellen, es zu schwächen und dessen Sturz vorzubereiten, um eine antifaschistische Demokratie aufzubauen, sondern darum, wie es Pfarrer Anton Kaiser, bis 1938 Präfekt des Augsburger katholischen Jungmännervereins Dreifaltigkeit, später in seinen Ruhestandsjahren als Geistlicher Rat in Nonnenhorn formulierte, den Raum für die eigene Glaubenslehre zu verteidigen:

„Widerstand der Katholischen Jugend im Dritten Reich war nicht ein politischer Widerstand, sondern ein Widerstand aus dem Glauben heraus. Dieser Widerstand folgt anderen Gesetzen als die Politik; es ging immer darum, Raum zu schaffen und Raum zu behalten, in dem die Wertordnung des christlichen Glaubens galt und christliche Erziehung möglich war und möglich blieb. Es ging im wesentlichen um Weltanschauung und nicht um Revolution. Es ging nicht um einen heroischen Aufstand gegen die Staatsgewalt, vielmehr um das Stehvermögen im Alltag. Freilich, Gestapo und SD (Sicherheitsdienst der SS, K.S.) sahen diese unsere Haltung anders. Sie witterten überall klerikale Verschwörung und konzentrierte Aktion, wo es sich in Wirklichkeit um ein Aufbegehren des Einzelnen und seines Ge-



Firstfeier bei der Josefskirche
in Lindau-Reutin am 2. August 1936

wissens handelte. Man hat sich eingegelt, um die Kirche als Organisation, den Glauben als festen Bestand hinüberzuretten in eine andere Zeit (...).“³²

So notierten die internen Monatsberichte der Regierung von Schwaben und Neuburg in Augsburg u. a. folgende Widersetzlichkeiten:³³

„8. Juni 1936: Scheidegg. In der Druckerei des Augustinerklosters Scheidegg, Bezirksamt Lindau/B, wurden wegen eines Artikels, in dem der nationalsozialistische Beamte (Bürgermeister Franz Wilhelm, K.S.) verächtlich gemacht wurde, 15.000 Stück des im 29. Jahrgang erscheinenden ‚Missionsblattes der Augustiner von Maria Himmelfahrt‘ beschlagnahmt und der Bayerischen Politischen Polizei übersandt.“

Der 1891 geborene Scheidegger Kloster-Superior P. Florian Grisemer wurde angezeigt und es wurde beantragt, den Ordensgeistlichen aus der Berufsliste der Schriftleiter zu streichen. Bürgermeister Franz Wilhelm denunzierte Ende 1937 Grisemer beim Regierungspräsidenten in Augsburg wegen dessen Absicht, in Zukunft keinerlei Klostergebäude an einen „Vertreter des heutigen Systems“ abzugeben.

„7. September 1936, Bezirksamt Lindau: Verschiedene Außenbehörden berichten von Unterschriftensammlungen für Eingaben auf Beibehaltung der klösterlichen Lehrkräfte und von deren Weiterleitung an den Bischof. Solche Unterschriften wurden in Donauwörth, in den Bezirksämtern Kempten, Lindau/B und Neuburg a. d. Donau gesammelt. Gegen den Pfarrer von Scheidegg, Dr. Josef Spindler, wurde hingegen Anzeige erstattet.“

Scheideggs Pfarrer Dr. theol. et phil. Josef Spindler wurde darüber hinaus wegen einer Messe an Himmelfahrt durch den Landrat verwarnet. Außerdem musste er 300,- RM „Sicherungsgeld“ bezahlen, da er darum gebeten hatte, für einen an die Ostfront eingezogenen Kaplan öffentlich beten zu dürfen. Ein Unterrichtsverbot durch die Gestapo folgte, ebenso 1941 Ermittlungen durch den Landrat Richard Kummer (NSDAP), da Spindler durch die Verlesung eines pessimistischen Feldpostbriefs eines Soldaten die Bevölkerung beunruhigt habe.

„6. November 1937, Lindau: Ferner war eine starke Verbreitung von Hetzschriften zu beobachten. So fanden zwei Arbeiter im Bahnhofsgelände in Lindau am 9. Oktober 1937 drei Schriften mit den Titeln ‚Warnung Dr. Schachts an Hitler‘, ‚Offener Brief von Reichsminister Dr. Goebbels‘ von Michael Germanicus und ‚Flammenzeichen rauchen!‘ (eine Predigt des Kardinals Faulhaber vor der Marianischen Männerkongregation in St. Michael in München am 4. Juli 1937, u. a. mit Bezug auf die Festnahme des Paters R. Mayer).“

Die einzelnen Klerikalen, welche unter den Nachstellungen des Regimes zu leiden hatten und sich dagegen wehrten, waren – neben jenen in Kapitel 18 und 19 genannten – im Landkreis Lindau die im Folgenden (alphabetisch geordnet) genannten.

Dabei zeigt sich u. a., wie tief das faschistische Regime in den religiösen Alltag vieler Menschen autoritär eingriff und dass sich auch unter den Gottesdienstbesuchern immer wieder Denunziantinnen und Denunzianten befanden.³⁴

Pfarrer Johann Abmayr (1889–1970) in Maierhöfen wurde 1939 wegen eines drei Jahre zurückliegenden Verstoßes gegen das Sammlungsgesetz durch die Polizei verhört. Abmayr hatte freiwillige Spenden angenommen. Das Amtsgericht Weiler stellte das Verfahren zwar wegen einer allgemeinen Amnestie ein. Die Spenden selbst aber blieben beschlagnahmt. 1941 wurde Pfarrer Abmayr erneut polizeilich verhört und von der Gestapo schriftlich verwarnet, weil er auf kirchlichem Boden die Erstkommunikanten in einer Prozession zur Kirche geleitet hatte.

Der Lindau-Reutiner Kaplan Stanislaus Albertshofer (1909–1979) wurde 1936 wegen Verdachts auf Landesverrat sowie Sittlichkeitsdelikten verhaftet und sechs Wochen lang in das Augsburger Untersuchungsgefängnis gesperrt. Mangels Beweisen wurde das Verfahren aber eingestellt. Trotzdem erhielt Albertshofer bis 1941 Unterrichtsverbot und wurde zwangsversetzt.

Pfarrer Heinrich Assimus (1878–1969) in Bösenreutin wurde von der örtlichen Polizei verhört und erhielt daraufhin wegen unerwünschter Predigtäußerungen vom Bezirksamt eine Verwarnung.

Dem Benefiziaten Ludwig Endres (1893–1981) in Wasserburg wurde 1934 durch die Regierung von Schwaben die Zustimmung zu seiner Beförderung zum Pfarrer verweigert, da er eine kritische Einstellung zur Hitlerjugend hatte. Wegen verschiedener Predigtäußerungen auch gegen den NSDAP-Kreisleiter wurde er verhört und ihm die Verhaftung angedroht.

Aushilfspriester Wilhelm Fehrenbacher (1913–1956) in Lindau erhielt wegen des Versuchs einer Neugründung eines katholischen Knaben- und Jungmädchenvereins eine Strafanzeige.



Pfarrer Magnus Goett
(1881–1944) in Simmerberg

Gegen Pfarrer Karl Otto Frey in Lindenberg ermittelte das Amtsgericht Weiler, da er gegen das Sammlungsverbot verstoßen hatte. In Kempten wurde er zu einer Geldstrafe von 1.800,- RM verurteilt. Zwischen 1936 und 1938 wurden zeitweise sein Telefon und seine Post überwacht. Da er für einen religiösen Bund geworben hatte, wurde er in Weiler und Kempten erneut gerichtlich verhört und musste eine polizeiliche Hausdurchsuchung über sich ergehen lassen.

Der 1909 geborene Stadtkaplan Dr. phil. Peter Gehring in Lindau stand wegen seiner regimekritischen Haltung seit 1936 unter Aufsicht der Gestapo. Nach Postüberwachung, einer Hausdurchsuchung sowie zahlreichen Verhören und Verwarnungen durch die Gestapo wurde ihm sein Reisepass entzogen und er 1937 auf Drängen der NSDAP Lindau nach Legau versetzt.

Pfarrer Magnus Goett (1881–1944) in Simmerberg war bis 1934 Sympathisant der NSDAP. Dann aber erfolgten wegen Nichtigkeiten und aus reiner Schikane zahlreiche Verhöre durch die Polizei. Im Dezember 1939 wurde er wegen „Kanzelmissbrauchs“ angezeigt. 1940 wurde er von der Staatsanwaltschaft verhört, das Verfahren aber mit einer Verwarnung 1940 eingestellt.

Im Frühjahr 1941 kam Goett wegen angeblich staatsabträglicher Gesinnung für drei Wochen in Gestapo-Haft. Durch NSDAP-Kreisleiter Vogel wurde ihm sogar KZ-Haft angedroht. Von Oktober 1941 bis März 1944 wurde gegen ihn durch das Kultusministerium und die Gestapo ein Unterrichtsverbot ausgesprochen. Am 29. Oktober 1941 kam er auf Veranlassung von Landrat Richard Kummer erneut in Polizeihaft, da er sich in einer Predigt kritisch über die Versorgungslage geäußert hatte. Am 1. November wurde sein Haus nochmals polizeilich durchsucht und selbst private Briefe wurden beschlagnahmt. Erst nach Stellung eines Sicherungsgeldes in Höhe von 300,- RM kam er nach 14 Tagen wieder frei.

Der Röthenbacher Kommorant Franz Xaver Hagg (1872–1945) wurde nach mehreren Verhören durch Polizei, Gestapo und den NSDAP-Kreisleiter Hans Vogel wegen „finanzieller Angelegenheiten“ sowie einer Hausdurchsuchung wegen seiner Predigten 1937 zwangsweise nach Könghausen versetzt.

Der Röthenbacher Pfarrer Karl Hanser (1899–1977) wurde 1940 wegen seiner Osterpredigt von Landrat Kummer verwarnt. Im Janu-

ar 1941 erteilte ihm NSDAP-Kreisleiter Vogel ein fünfwöchiges Predigtverbot in einer Kapelle. Im Mai darauf wurde er wegen eines nicht genehmigten kirchlichen Umzugs erneut verwarnet.

Josef Hirschvogel (1903–1979), Kaplan in Lindau und Lindau-Aeschach, wurde 1938 wegen katholischer Jugendarbeit verhört und seine Wohnung von der Gestapo durchsucht, wobei Schriften und Teile seines privaten Geldes beschlagnahmt wurden. 1941 ermittelte das Amtsgericht Lindau wegen einer verbotenen Sammlung und verurteilte ihn zu einer Geldstrafe von 150,- RM.

Pfarrer Andreas Hoesle (1892–1961) von Unterreitnau wurde 1944 in Prag als Standortpfarrer wegen der Äußerung verhört, dass die Wehrmacht mit dem Krieg „schon längst Schluss gemacht hätte, wenn nicht die Partei wäre“. Er wurde aus seinem Amt entlassen und nach München versetzt.

Benefiziumsvikar Bernhard Ihlemann (1900–1988) von Opfenbach-Mywiler wurde im Januar 1940 durch NSDAP-Ortsgruppenleiter Martin Rogg vorgeladen und verhört, da er sich in Predigten kritisch über die religiöse Einstellung von NS-Führern geäußert hatte. Es blieb bei einer Verwarnung.

Gegen den 1904 geborenen Lindenberger Stadtkaplan P. Bernhard Klingenberg wurde 1939 ein Unterrichtsverbot an der Berufsschule erteilt, woraufhin dieser den Unterricht in der Sakristei abhielt. Nach einem Besuch in Holland wurde er von der Polizei verhört, weil er nach seiner Rückkehr gesagt habe, das Ausland sei friedlich gesonnen. Sein Reisepass wurde ihm nun abgenommen und der Lindenberger Bürgermeister und NSDAP-Kreisleiter Hans Vogel verhörte ihn. 1942 wurde er wegen kritischer Äußerungen im Religionsunterricht verwarnet und seine zivile Unabkömmlichkeitsstellung wurde widerrufen.

Benefiziat und Pfarrer Heinrich Koelbl (1892–1968) in Weiler wurde bis 1937 mehrfach von NSDAP-Kreisleiter Vogel und Weilers NSDAP-Ortsgruppenleiter sowie Kasseneroberverwalter, Ulrich Hauber, öffentlich angeschuldigt. Landrat Kummer verwarnete ihn zwischen 1934 und 1936 mehrfach. Wegen seiner Tätigkeit als Präses des örtlichen katholischen Gesellenvereins, heute Kolping, plante die NSDAP 1936, Pfarrer Koelbl mit einem umgehängten und beleidigenden Plakat des Inhalts „Ich bin der größte schwarze Schuft des Allgäus“ in Weiler herumzuführen. Dieser Terror unterblieb allerdings, weil Koelbl dagegen äußersten Widerstand angedroht hatte.



Stempel des Landrats des Kreises Lindau vom Jahr 1941



Feier des Kriegertags zur Zeit des NS-Faschismus bei der Kirche in Heimenkirch

Mitglieder der örtlichen Hitlerjugend und der Sturmabteilung SA der NSDAP schlugen dafür die Fenster seines Hauses ein.

Der 1904 geborene Kapitelkaplan Wilhelm Krumbacher in Lindau, Heimenkirch und Nonnenhorn wurde

1933/34 als Präses des Jungmännervereins Lindau durch die Polizei verhört und zusammen mit Benefiziumsvikar Benedikt Sternegger (1904–1968) von Lindau und Oberreute kurzfristig festgenommen, außerdem wurden beide verwarnet. 1936 wurde Krumbacher durch Landrat Kummer wegen einiger Predigten erneut verhört. 1938 wurden im Zusammenhang mit der Auflösung der katholischen Jungmännervereine sein Haus durchsucht und dabei Schallplatten und Jugendschriften beschlagnahmt.

In Oberreute wurde Benedikt Sternegger 1937 als Pfarrer durch die Polizei erneut verhört, weil er angeblich den Schülern verboten habe, den Hitlergruß zu verwenden. Nach weiteren kritischen Äußerungen von Sternegger wurde dieser, um ihn vor der angeblichen „Volkswut zu schützen“, von Oberreute nach Großaitingen zwangsversetzt.

Der Theologiestudent Gustav Mairock (1914–1984) aus Maierhöfen wurde 1936 wegen seiner Teilnahme an einem Messdiener-Einkehrtag zu 150,- RM Strafe verurteilt, ersatzweise 30 Tage Haft. Wegen einer beschränkten Amnestie wurde die Strafe nicht vollstreckt. Für seine Betätigung in der katholischen Jungschar wurde er vom stellvertretenden NSDAP-Kreisleiter, Dr. Otto Butting, verhört. Er musste mehrere Hausdurchsuchungen über sich ergehen lassen, Einmal wurde ihm auf offener Straße sein Christuszeichen an seiner Priesterkluft abgerissen und ihm die Kluft selbst ausgezogen.

Pfarrer Josef Mannsnetter (1893–1969) wurde im Oktober 1934 als Pfarrer nach Opfenbach versetzt (→ 18). Zuvor war ihm in Neuburg a. d. Donau wegen seiner „zu scharfen Predigten“ vom dortigen NSDAP-Ortsgruppenleiter KZ-Haft angedroht worden. Ende April 1945 hatten sich SS-Reste in Opfenbach festgesetzt, um dieses gegen die anrückenden französischen Befreier „zu verteidigen“. Pfarrer Mannsnetter entschloss sich zu der gefährlichen Aufgabe, ins Lager der SS-Offiziere zu gehen, um diese von der völligen Sinnlosigkeit einer weiteren Verteidigung zu überzeugen. Dies gelang ihm auch erfolgreich.

Der 1910 geborene Pfarrvikar Anton Moser in Lindau-Reutin wurde 1936 durch den Lindauer Landrat sowie den Schulrat verhört. Wegen „antinationalsozialistischer Beeinflussung der Jugend“ erhielt er drei Monate Unterrichtsverbot. Im Dezember 1937 wurde er aus dem gleichen Grund nach Oettingen zwangsversetzt.

Lindenbergs Stadtpfarrer Matthäus Preckle (1883–1948) hatte gleichzeitig zu einer NS-Gedenkfeier einen Gottesdienst gehalten. Er wurde wegen „Sabotage“ von NSDAP-Kreisleiter Vogel verhört und erhielt 1936 wie alle Pfarrer im Landkreis Lindau ein Einreiseverbot nach Österreich.

Der 1903 geborene Lindenberger Benefiziumsvikar Alfons Prestele wurde 1935 durch den damaligen stellvertretenden NSDAP-Kreisleiter und Hauptlehrer Erwin Wagner sowie Lindenbergs NSDAP-Kreisleiter Hans Vogel verhört. Grund waren seine Predigten zu den Themen „Was dem Volke nützt, ist gut“ sowie zum Buch „Der Mythos des 20. Jahrhunderts“ vom Leiter des „Außenpolitischen Amtes“ der NSDAP, Alfred Rosenberg. Im Zusammenhang mit der deutschlandweiten Auflösung der katholischen Jugendvereine wurde durch die Gestapo Presteles Lindenberger Haus durchsucht.

Der 1937 von Fischen nach Wohmbrechts versetzte Pfarrer Hermann Raedler (1888–1959) war bis dahin NSDAP-Mitglied und Anhänger des deutschen Faschismus. Trotzdem wurde bei ihm 1941 und 1943 durch die NSDAP-Kreisleitung beanstandet, dass er kirchliche Prozessionen nicht angemeldet hatte.

Wilhelm Riedle (1903–1984), Kaplan, später Pfarrer, zunächst in Gestratz, dann in Grünenbach, erhielt 1937 eine Verwarnung durch den NSDAP-Kreisleiter, weil er an einer Rede desselben Kritik geäußert hatte. 1938 wurde ihm verboten, den Wechsel in die neue Pfarrei Grünenbach festlich zu begehen. Ab 1939 wurde ihm verweigert, ein Motorrad zu benutzen, ebenso wie die nötige Zuweisung einer Bereifung für sein Fahrrad. Wegen kirchlicher Prozessionen wurde er 1941 zweimal polizeilich verhört und durch den Regierungspräsidenten verwarnt.

Benefiziumsvikar Josef Salger (1907–1958) in Oberreute wurde im Oktober 1938 wegen angeblicher Verbreitung von „Hetzschriften“ angezeigt. Ein Sondergericht in München stellte das Verfahren allerdings nach



Josef Salger, Oberreute
(1907–1958)

drei Wochen wegen des „Straffreiheitsgesetzes“ vom April des gleichen Jahres wieder ein. Nach einer listigen Provokation durch örtliche NS-Mächtige in der Form, dass Salger während einer Rede Adolf Hitlers, einer „Führerrede“, in einer Gastwirtschaft Karten spielte, wurde er wegen „groben Unfugs“ im April 1940 erneut angezeigt.



Josef Neidlinger, Oberreute
(1897–1986)

Der 1897 in Wollbach geborene Oberreutener Pfarrer Josef Neidlinger wurde aus dem gleichen Grund ebenfalls angezeigt. Auch er war an dem symbolträchtigen Kartenspiel beteiligt. 1942 nahm das Amtsgericht Weiler neue Ermittlungen gegen Josef Neidlinger auf. Er hatte für die polnischen Zwangsarbeiter auf den Bauernhöfen der Gemeinde einen Gottesdienst gefeiert. 1942 musste er an das Amtsgericht eine Strafe von 50,- RM bezahlen. Im Oktober 1942 widerrief das Regierungspräsidium in Augsburg Neidlingers bisherige Zulassung zur

Erteilung des Religionsunterrichts an öffentlichen Volksschulen, „da sich der Geistliche gegen die Verordnung über die Handhabung des Feiertagsrechts während des Krieges vergangen hat“.

1943 folgten erneute Beanstandungen gegen ihn durch den NS-DAP-Ortsgruppenleiter Heinrich Schädler aus Oberreute-Irsengund.

Kaplan Johann Schirmbrand (1904–1988) in Maierhöfen wurde 1938 und 1939 wegen Vergehen gegen das „Gesetz gegen heimtückische Angriffe auf Staat und Partei und zum Schutz der Parteiuniform“ von Dezember 1934 angezeigt. Das entsprechende Sondergericht in München stellte das Verfahren aber 1940 wieder ein. Grundlage hierfür war das Amnestiegesetz, welches im April 1938 wegen der Einverleibung Österreichs durch NS-Deutschland erlassen worden war.

Der 1907 geborene Stadtkaplan Franz Xaver Schleibinger in Lindau-Reutin wurde bereits 1933 vom damaligen NSDAP-Kreisleiter Dr. Otto Butting öffentlich als „Hetzerkaplan“ bezeichnet. Wegen verschiedener Predigten sowie Anprangerungen durch die örtliche „Hitlerjugend“ HJ wurde Schleibinger 1934 eine Beförderung verweigert. 1936 wurde sein Verhalten durch den städtischen Schulrat beanstandet. Für Teile seiner schulischen Tätigkeit wurde er 1937 polizeilich verwarnet. Im Jahr darauf kam es wegen seiner Aktivitäten im katholischen Jungmännerverein zu einem Verhör durch die Gestapo, seine Dienstwohnung wurde durchsucht, private Bücher sowie das

Vermögen des Jungmännervereins wurden beschlagnahmt. Wegen der Österreich-Einverleibungs-Amnestie wurde seine Einweisung in ein KZ unterlassen. Von 1939 bis 1942 wurden seine Post und seine Radionutzung überwacht.



Die Feier von Adolf Hitlers Geburtstag mit dessen Bild vor dem Gasthaus Engel in Bösenreutin, etwa 1935

Pfarrer Engelbert Sonntag (1882–1967) in Weiler musste wegen Vergehens gegen das NS-Heimtückegesetz von 1934 Ermittlungen des dortigen Amtsgerichts über sich ergehen lassen, welche allerdings wieder eingestellt wurden. Weitere Verhöre durch die Polizei sowie eine Anzeige folgten. Ursache war die Befassung Pfarrer Sonntags mit dem „Mölders-Brief“, einer Aufsehen erregenden und als Flugblatt abgeworfenen Fälschung des britischen Geheimdienstes, in welcher sich der tatsächlich 1941 tödlich abgestürzte und bis dahin erfolgreichste deutsche Jagdflieger Oberst Werner Mölders als gläubiger Katholik bekannte.

Johann Evangelist Steinhardt (1903–1960) war Pfarrer in Bösenreutin und wurde im Oktober 1941 durch die Gestapo Lindau vorübergehend in polizeiliche „Schutzhaft“ gesperrt, da er in einer Predigt Verständnis gegenüber einem Pfarrer geäußert hatte, der wegen Kritik an der Entfernung der Kreuze aus den Schulzimmern inhaftiert worden war. Pfarrer Steinhardt erhielt nun durch den Regierungspräsidenten wegen „politischer Unzuverlässigkeit“ ein Unterrichtsverbot.

Matthias Weilbach (1902–1978), Kaplan in Scheidegg, wurde im Oktober 1934 durch die Scheidegger Gemeindeverwaltung unter Bürgermeister Franz Wilhelm wegen regimiekritischer Äußerungen im Religionsunterricht verwarnt. Es folgten Verhöre und Verwarnungen durch den Landrat und den NSDAP-Ortsgruppenleiter. Die Feldpolizei verhörte ihn wegen angeblicher Verbreitung des „Mölders-Briefs“ unter deutschen Soldaten.

Niederstaufens Pfarrer Johann Baptist Wolfgruber (1868–1950) wurde von der Polizei verhört, weil er die aus der Kirche rennende Schuljugend mit den Worten getadelt habe: „Benehmt euch doch nicht wie Bolschewisten.“ Daraufhin erhielt er bis zum Ende des NS-Regimes Unterrichtsverbot. Auch wurde er wegen einer Predigt gegen das Entfernen der Kreuze aus den Schulzimmern von der Polizei verhört. Die Gestapo gar drohte ihm die Todesstrafe wegen angeblicher Führerbeleidigung, Verhöhnung der NSDAP usw. an.



Die Vergasungsremise der „Reichsanstalt Grafeneck“ auf der Schwäbischen Alb.

Hier wurde am 20. Mai 1940 im Rahmen der NS-„Euthanasie“ auch der am 20. Juni 1909 in Lindenberg geborene Georg Hipp ermordet, nachdem er zuvor seit Juli 1929 in der Heilanstalt Weissenau gelebt hatte. Am 16. September 1940 wurde dort der 1907 in Lindau-Hoyren geborene Küfer Emil Haug von der Heil- und Pflegeanstalt in Kaufbeuren kommend ermordet.

Die Euthanasiemorde von 1940 bis 1945

1940 begannen die Nationalsozialisten mit ihren lang vorbereiteten Mordaktionen gegen von ihnen als „lebensunwert“ bezeichnete Menschen in den Psychiatrischen Kliniken, dem allein in Bayern 44% der Psychiatriepatientinnen und -patienten zum Opfer

fielen. Aus und in der Heil- und Pflegeanstalt Kaufbeuren mit Irsee wurden innerhalb der ersten zwölf Monate dieser „Aktion T4“ 688 Frauen und Männer ermordet. Insgesamt wurden allein über die Psychiatrieanstalt Kaufbeuren in den Jahren 1940 bis 1945 auch acht Frauen und zehn Männer aus Stadt und Landkreis Lindau Opfer dieser „Euthanasie“-Morde (→ 9, 17, 29, 36).

Zu ihnen gehörte der 1887 in Lindau geborene und ledige Pflastererhilfe Johann M. Er war an Schizophrenie erkrankt, aber nicht entmündigt und 1928 nach Kaufbeuren eingewiesen worden. Seine Krankenakte enthält für den 26. August 1940 lakonisch den Stempel „verlegt“, eine häufig verwendete Tarnbezeichnung für den Abtransport in eine Mordanstalt. Die Angehörigen wurden darüber nicht informiert, sodass diese noch am 27. Dezember 1941 nach Kaufbeuren schrieben: „Das Weihnachtspaket, welches ich an meinen Schwager Hans M. nach Irsee sandte, ist in den letzten Tagen zurückgekommen, mit der Bemerkung ‚nicht mehr anwesend‘. Ich ersuche sie höflich, mir mitteilen zu wollen, wie dies zu verstehen sei (...).“³⁵

Im Rahmen des rassistischen „Rassenhygiene-Programms“ des NS-Regimes hatten bereits mit Beginn des 2. Weltkriegs 1939 die direkten Vorbereitungen zur systematischen Ermordung von Menschen mit seelischer Erkrankung oder geistiger Behinderung unter dem zynischen Namen „Euthanasie“ (griechisch: „Schöner Tod“) begonnen, zuerst probeweise durchgeführt in beschlagnahmten polnischen Pflegeheimen. Das württembergische Innenministerium in Stuttgart beschlagnahmte in diesem Zusammenhang das bisherige Behindertenheim Grafeneck auf der Schwäbischen Alb und ließ dieses „für Zwecke des Reichs“ in eine Mordanstalt umwandeln.

Am 18. Januar 1940 begannen auf dessen Gelände, nur sechs Kilometer von der Stadt Münsingen entfernt, die „Euthanasie“-Mor-

de. Grafeneck war der erste Ort in Deutschland selbst, an dem der NS-Faschismus in systematisch-industrieller Form behinderte Menschen ermordete. Im Jahre 1940 wurden allein hier 10.654 Menschen dessen Opfer.



Das Strandbad Wasserburg mit der NSDAP-Fahne auf einer Postkarte aus der NS-Zeit

Das von Stuttgart und Berlin aus rekrutierte Tötungspersonal, zwischen 80 und 100 Personen, war samt den Verwaltungsstrukturen im Schloss selbst untergebracht. Weitere erste zentrale Tötungsanstalten „im Reich“ waren 1940 auf Schloss Hartheim bei Linz sowie im ehemaligen Zuchthaus in Brandenburg an der Havel errichtet worden.

Nachdem bis August 1941 auf diese Art und Weise 70.253 Menschen Deutschland weit verschleppt und vergast worden waren und sich dagegen vielfältiger öffentlicher Protest Gehör verschafft hatte, stoppte Adolf Hitler diese Vernichtungsaktion T4.

„Nach der Einstellung der zentral gesteuerten Vernichtungsaktion T4 ging das Morden von Psychatriepatienten – diesmal sehr viel dezentraler organisiert und eng mit dem Kriegsgeschehen verknüpft – im Rahmen der ‚Aktion Brandt‘ oder der sog. ‚Wilden Euthanasie‘ weiter (...). Im Rahmen der Dezentralisierung wurden nun in vielen Anstalten Patienten ermordet, sei es durch die sog. Hungerkost in bayerischen Anstalten oder durch Todesspritzen (...).

Von 1939 bis 1945 sind in Deutschland 200.000 Menschen ermordet worden, weil sie psychisch krank oder geistig behindert waren. Die Tötung von Psychatriepatienten im Nationalsozialismus war das grauenhafte Ende eines Ausgrenzungsprozesses, in dessen Verlauf psychisch kranke Menschen als lebensunwert, abartig und die Volksgemeinschaft schädigend denunziert wurden, die in großen Anstalten unter stets elenderen Bedingungen leben mussten und mit der Machübernahme des Nationalsozialismus als vermeintlich Erbkrankte zwangssterilisiert wurden (...).

Zielgruppe der Kindereuthanasie waren Kinder, die nicht in Anstalten, sondern noch bei ihren Eltern lebten. Nach monatelanger Planung in der Kanzlei des Führers und mit Experten des Reichsausschusses zur Erfassung erb- und anlagebedingter Erbleiden erging im August 1939 an Hebammen, Geburtshelfer und leitende Mitarbeiter von Entbindungsanstalten die streng vertrauliche Anweisung, den jeweiligen Gesundheitsämtern die Geburt von Kindern zu melden, die an Idiotie, Mongolismus, Microcephalie, Hydrocephalus



Einweihung des neuen Kindergartens
in Schlachters mit regionaler NS-Prominenz

sowie Missbildungen und Lähmungen litten (...).“³⁶

Am 14. Juli 1933 hatte der NS-Staat ein „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ erlassen. Auf dessen Grundlage hatte z. B. die Gemeindeverwaltung Hergens-

weiler im Jahr 1935 bei insgesamt rund 780 Einwohnerinnen und Einwohnern in 14 Ortsteilen mit einer amtlichen „Gebrechlichkeitsliste“ 19 Frauen und Männer als „krüppelhaft, geisteskrank, taubstumm, schwachsinnig, zwerggestaltig, epileptisch und rückenmarkleidend“ gemeldet. Die jugendliche Mathilde K. aus dem Gemeindeteilort Stockenweiler wurde beispielsweise wegen eines Sprachfehlers gegen ihren und den Willen ihrer Eltern zwangssterilisiert und ihr eine spätere Heirat verboten (→ 8).³⁷

Es gab allerdings im Landkreis Lindau vereinzelt auch beispielhaften, phantasievollen und erfolgreichen Widerstand gegen die Mordpläne der NS-Psychiatrie. Martin Rädler aus Schlachters hatte rechtzeitig erfahren, dass seine beiden zuhause wohnenden und geistig behinderten Geschwister per Bus abgeholt werden sollten. Dagegen stellte sich ihr Vater. Er machte den Mordgehilfen eindrücklich klar, dass diese seine beiden Kinder nicht wegen einer laut NS-Jargon „erblichen Belastung“ behindert seien. Vielmehr habe sie der eigene Geißbock ehemals im Kindesalter angegriffen und umgeworfen. Dabei seien beide so unglücklich gefallen, dass sie sich eine geistige Behinderung zugezogen hätten. Tatsächlich fuhren die Mordgehilfen mit ihrem „grauen Bus“ ohne die beiden Jugendlichen wieder ab.³⁸

Zwangsarbeit im Landkreis Lindau 1939–1945

Da während des von der deutschen NS-Regierung ausgelösten 2. Weltkriegs immer mehr Arbeiter und Bauern auch aus Deutschland an den verschiedenen Fronten verbluteten bzw. verwundet wurden, warb und verschleppte die jeweilige deutsche NS-Besatzungsverwaltung aus den verschiedenen eroberten Ländern eine zunehmende Zahl an Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern „ins Reich“. In der Summe waren dies für ganz Deutschland rund 7,6 Millionen Menschen. Allein im Landkreis Lindau arbeiteten unter diesen Bedingungen 1.285 Menschen als Zwangsarbeiterinnen und Zwangs-

arbeiter („Fremd- oder Ostarbeiter“) für Privatfirmen, auf Bauernhöfen und bei der Reichsbahn.

Regelrechte Lager für diese Menschen wurden in Ebratshofen mit 75 Menschen,

in Scheidegg mit 70 Menschen, in Wohmbrechts mit 65 Personen, in Hergatz am alten Lokschuppen (→ 4, 5, 32), in Hergensweiler für 55 Menschen, in Sigmarszell-Schlachters östlich der Bahnlinie gegenüber dem Edelweiß-Milchwerk für 135 Frauen und Männer, in Lindau sowie in Bodolz für 115 Menschen eingerichtet.³⁹ Die ersten waren Polinnen und Polen, welche bereits am 20. September 1939 per Zug ankamen und zur Zwangsarbeit auf Lindauer Bauernhöfe verteilt wurden.

In Lindau-Reutin wurde 1943 östlich der Kamelbuckelbrücke ein gemeinsames Barackenlager der Reichsbahn, der Deutschen Arbeitsfront DAF und der Stadt Lindau eröffnet. Die dort eingesperrten Menschen mussten u. a. für die Reichsbahn, die Escher-Wyss-Werke (später „Axima“ bzw. „Cofely“) und die Wankel-Werke (heute VW) arbeiten. Ein Brief der Escher-Wyss-Werke Lindau vom 6. Juli 1943 an das Rüstungskommando in Augsburg hielt beispielsweise fest: „Vor allen Dingen sollten uns nunmehr die längst versprochenen und erwarteten Ukrainer, bzw. umgeschulten Ostarbeiter zugewiesen werden. Die Baracke, welche wir mit der Stadt zusammen für den Zweck errichtet haben, droht uns sonst zu allem Unglück wieder weggenommen zu werden.“⁴⁰

Rektor Melchior Baptist erinnerte sich an das Lager wie folgt: „Im März 1943 begann das Lager mit 28 franz. Kriegsgefangenen. Einige sind in die Schweiz entkommen. Ihnen folgten Polen und Russen. Russen waren als Schuster und Schneider für das Lager tätig (...). Es war schwer, das Notwendigste an Kleidung, Schuhen und Nahrung zu beschaffen. Das Lager zählte zuletzt 110 Männer, 72 Frauen und 28 Kinder. Alle Nationen waren zuletzt im Eisenbahnbetrieb vertreten; Franzosen, Polen, Russen, Serben, Slowaken, Kroaten, Italiener, Tschechen, Ungarn, Belgier, Holländer, Griechen (...).“⁴¹

Noch im Frühjahr 1945 mussten beispielsweise für die Allgäuer Skifabrik in Scheidegg vier Kriegsgefangene, sechs ausländische Männer und acht ausländische Arbeiterinnen arbeiten, für Dornier in Lindau-Rickenbach 141 ausländische Männer und 29 Frauen, für die Firma Elektra in Lindau-Reutin ein Ausländer, für Mayser & Milz in Lindenberg zwei ausländische Frauen, für Strohmeyer & Co.



Winterlich verschneite Baracken für Zwangsarbeiterinnen aus der Sowjetunion an der Bahnlinie von Lindau kommend in Schlachters gegenüber dem heutigen „Gewerbepark Edelweiß“



Zwangsarbeiterin Nadja
Postalük in Hergensweiler
im Jahr 1942

in Weiler-Bremenried fünf ausländische Arbeiter und drei Arbeiterinnen, für die Firma Wankel in Lindau-Zech 18 ausländische Männer, für die Obstverwertung Nikolodi in Schlachters 36 ausländische Frauen.⁴²

Für die Gemeinde Bodolz/Enzisweiler mit ihren damals rund 700 Einwohnerinnen und Einwohnern skizzierte Karl Heinz Burmeister die entsprechende Situation u.a. wie folgt: „Im Oktober 1940 fasste die Gemeinde den Beschluss, die Kosten von 700 RM für die Errichtung eines Gefangenenlagers vorzustrecken. Die Ortsbau-

ernschaft sollte diesen Betrag aber in monatlichen Raten an die Gemeinde zurückbezahlen, da die Errichtung des Lagers im Interesse der landwirtschaftlichen Betriebe lag. Das Lager wurde abends um 20 Uhr abgeschlossen. In dem Lager wurden 115 Personen festgehalten. Ein zweites Lager wurde in Bettнау errichtet (...).

Es gab auch in Bodolz Übergriffe, die etwa dazu führten, dass im Dezember 1943 ein Mann und eine Frau aus der Ukraine ins Gefängnis nach Lindau kamen; der Mann kehrte ein halbes Jahr später nach Bodolz an seine Arbeitsstelle zurück. Auch ein italienischer Landarbeiter wurde 1943 eingesperrt. Ein polnischer Arbeiter ist 1942 ‚entlaufen‘, eine polnische Arbeiterin 1941 ohne Abmeldung fortgegangen (...). Die Anwesenheit der Gefangenen und ausländischen Arbeiter erstreckte sich auf die Kriegszeit, insbesondere die Jahre 1941 bis 1945 (...). Eine erste noch unvollkommene Statistik mag einen Einblick über die Fremdarbeiter und ihre Herkunft geben:

Polen: 20 männliche Arbeiter, 9 weibliche Arbeiterinnen (eine davon mit einem Kind); Ukraine: 6 männliche Arbeiter, 4 weibliche Arbeiterinnen (eine davon mit einem Kind); Weißrussland: 2 weibliche Arbeiterinnen; Kroatien: 4 männliche Arbeiter (alle Mohammedaner); Italien: 3 männliche Arbeiter.

Die Gesamtzahl der Fremdarbeiter würde sich nach dieser Berechnung auf 48 Erwachsene belaufen. Dabei wurden einige Südtiroler bei den Italienern nicht mitgezählt. Nicht inbegriffen ist auch ein nur kurzfristig anwesender Erntehelfer aus Belgien und ein Este, der erst 14 Tage vor Kriegsende zugezogen war, schon im Mai 1945 aber mit einem Transport weggekommen ist.“⁴³

Das Verhältnis der einheimischen Deutschen zu den Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern hatte auch im Landkreis Lindau nach dem Willen der Machthaber durch rassistische Überlegenheitsdünkel

und profitable Ausbeutung geprägt zu sein. Wiederholte Aufrufe beispielsweise in der Lindauer Ausgabe des „Südschwäbischen Tagblattes“, wie jener vom 19. Mai 1943, machten dies deutlich:

„Stadt und Kreis Lindau. Mehr Abstand von den Ostarbeitern! Die Kriegsverhältnisse bringen es mit sich, dass auch im Kreis Lindau gegenwärtig zahlreiche Fremdarbeiter in der Wirtschaft beschäftigt werden. Diese Fremdarbeiter sind nicht unseren Blutes und unserer Art. Daraus ergibt sich, dass ihnen gegenüber immer und bei jeder Gelegenheit Zurückhaltung und Abstand notwendig sind, soll das Respektverhältnis und damit die hohe Einschätzung unseres Volkes als Führernation Europas nicht leiden. Das gilt vor allem und im höchsten Ausmaß den Ostarbeitern (aus der Sowjetunion, Polen, der Tschechoslowakei und Jugoslawien, K.S.) gegenüber; die Behandlung derselben hat sich mit unbeugsamer Geradlinigkeit nach den Grundsätzen der Zucht, Ordnung und Gerechtigkeit auszurichten. Mit den Ostarbeitern haben wir nichts gemeinsam (...).



Sowjetische Zwangsarbeiterinnen bei einem Fundamentbau in Schlachters während des NS-Regimes

Das schwerste Vergehen aber, was es als Sünde wider das Blut geben kann, ist der Verkehr zwischen Deutschen und Ostarbeitern. Vergessen wir nie, dass wir im härtesten Kampfe um unser völkisches Leben mit dem bolschewistischen Osten stehen. Auch die Treue zum Blut ist das Mark unserer Ehre; wer das deutsche Blut besudelt, schaltet sich fest aus der Volksgemeinschaft aus!“ (→ 32)

Trotzdem brachte beispielsweise in Gestratz eine einheimische Bauerntochter aus einem Liebesverhältnis mit einem der kriegsgefangenen Serben ein Kind zur Welt. Als Kindsvater aber gab sie einen inzwischen an der Front gefallenen deutschen Soldaten an. Eine Gestratzer Dienstmagd brachte aus einem ähnlichen Liebesverhältnis Zwillinge zur Welt, wovon sie einen auf einen anderen Bauernhof weg gab und den anderen mit einer ähnlichen Ausrede wie die Bauerntochter selbst aufzog.⁴⁴

Zur kleinen Minderheit deutlich humanerer Lebensverhältnisse für Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter gehören die folgenden drei Beispiele aus dem Landkreis. Wilhelm Gierer aus Nonnenhorn schilderte eines am Beispiel der beiden polnischen Zwangsar-



Sowjetische Zwangsarbeiterinnen der Firma Nikolodi in Schlachters nach 1943

beiter Siegmund und Krotzschin in seiner stark autobiographisch geprägten Erzählung „Eine Jugend am See“ vom Jahre 2007.

„Oft erzählte der Vater Josef in den folgenden Jahren, wie er Siegmund an einem regnerischen Märztag mit

seinem Motorrad am Bahnhof in Lindau abgeholt hatte (...). Beide jungen Polen aßen mit der Familie vom gleichen Tisch, aus demselben Topf, verrichteten die gleiche Arbeit und schliefen in vergleichbaren Betten. Es gab in damaliger Zeit wahrlich schlechtere Lose.“⁴⁵

Die Lindau-Reutiner Altbäuerin Leni Schweizer berichtete 1991, dass die polnischen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter des Stadtgebiets Lindau jeden Sonntag in den Räumen der ehemaligen Aeschacher Gemeindeverwaltung an der Stelle der heutigen Sparkassenfiliale erscheinen, ihre Anwesenheit melden und sich überprüfen lassen mussten. Zeitweise habe es dann für diese in der katholischen Kapelle auf dem alten Aeschacher Friedhof einen Sonntagsgottesdienst gegeben. Dem Hof von Leni und Georg Schweizer war die erst 16 Jahre alte Polin Stefka Wach als Zwangsarbeiterin zugeteilt gewesen.⁴⁶

Gallus Halder, Ortsheimatpfleger von Sigmarszell, berichtete davon, dass es auf dem Weg durch den Wald zum Schlachterner Weiher eine Zeit lang einen „Russentanzplatz“ gegeben habe. Dort trafen sich sonntags in der arbeitsfreien Zeit Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter der Firma Nikolodi-Obstverwertung und des Edelweiß-Milchwerkes Schlachters aus der Sowjetunion, machten selbst Musik und tanzten dazu.⁴⁷

Iwan Paczyk (1928–1944) war Zwangsarbeiter in Lindau. Er kam 1941 als dreizehnjähriger Junge mit einem „Polentransport“ aus dem Raum Kielce südlich von Warschau nach Lindau. Halb verhungert und zerlumpt, wurde er von einer Motzacher Bäuerin aus Mitleid mit auf ihren Hof genommen. Dort konnte er zunächst nicht als Arbeitskraft verwendet werden, sondern musste erst wieder genesen und zu Kräften kommen. Es fiel bald auf, dass er handwerklich sehr geschickt war und beispielsweise aus trockenen Maisblättern Schuhe flechten konnte.

Einmal beobachtete ihn der Leiter der damaligen Milchzentrale Lindau, als er aus einer, wie auf Milchbauernhöfen üblich, zum Kühlen in den Brunnen vor dem Hof abgestellten Milchkanne et-

was Rahm abschöpfte und trank. Dies galt damals als „volksschädlich“ und war streng verboten. Ein weiteres Mal war er mit zwei jugendlichen Mädchen des Dorfes allein am Waldrand auf der Motzacher Reute beim Kirschenpflücken. Auch eine derartige zwischenmenschliche Nähe war aus rassistischen Gründen untersagt.

Eine Magd des Bauernhofs wurde in jener Zeit entlassen, da sie trotz wiederholter Ermahnungen durch den Bauern einfachste Hygieneregeln nicht beachtete. Als sie einige Zeit später auch auf einem weiteren Bauernhof in Oberhof bei Weißensberg entlassen worden war, kehrte sie nach Vorarlberg zurück. Dort wurde sie von der Polizei aufgegriffen und verhört. Nicht arbeitende Knechte und Mägde wurden in den Kriegsjahren durch NS-Behörden schnell als „asoziales Gesindel“ eingestuft und entsprechend bestraft. Wohl als Notlüge, so die Auskunft der heutigen Bauernfamilie, gab diese Magd vermutlich an, der polnische Zwangsarbeiter habe ihr „nachgestellt“.

Iwan Paczyk wurde nun von der Gestapo in Lindau verhaftet, eingesperrt und verhört. Der Bauernfamilie wurde zunächst nichts darüber mitgeteilt, wie der Vorwurf lautete. Obwohl sich der Bauer selbst und die NS-Bauernführer von Reutin und Aeschach bei der NSDAP-Kreisleitung und den Behörden für den Jugendlichen einsetzten, konnten sie dessen Ermordung nach 14 Tagen nicht mehr verhindern.

Alle Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter der umliegenden Bauernhöfe und die Bauern wurden von der NSDAP-Leitung angewiesen, der Hinrichtung am Schönbühl nördlich des Stadtteils Reutin beizuwohnen. Dies verweigerten allerdings etliche von ihnen, darunter die Familie, auf deren Hof Iwan gearbeitet hatte, ohne dass sie dafür bestraft wurden. Der unschuldige Jugendliche musste ohne Gerichtsurteil vor der versammelten Partei- und Behördenprominenz in der Nähe des damaligen „Sonnenhäuschens“ nördlich des großen Klosterweihers auf Obstkisten steigen und wurde von dort aus an einem der Bäume erhängt.⁴⁸

Vom Kriegsende im Frühjahr 1945

Im Frühjahr 1945 kam der Krieg, der von NS-Deutschland nach ganz Europa getragen worden war, direkt auch in den Landkreis Lindau zurück. Für alle oppositionellen Menschen und die Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter auch im Landkreis Lindau war im April 1945 das herannahende Ende des NS-Faschismus und dessen mörderischen Weltenbrandes das entscheidende Ereignis großer Freude und Hoffnungen. Wilhelm Gierer beschrieb dies für Nonnenhorn u. a. mit folgenden Worten: „Wenn die Menschen am Karstamstagnachmittag von der Auferstehungsfeier heimgingen, war



Ehemalige jugoslawisch-serbische
Zwangsarbeiter im Gasthaus Prinz in
Röthenbach-Rentershofen nach der Befreiung
im Jahr 1945 mit jugoslawischer Fahne
samt rotem Stern über der Haustür

auch etwas in ihrem Blick, so wie jetzt bei Siegmund, dem gerade Neunzehnjährigen, der als schmales, ausgehungertes Büblein Anfang dreiundvierzig auf den Hof gekommen war. Hoffnung, Leben, Überwindung, Zukunft, Freiheit (...).⁴⁹

Gelegentlich entlud sich nun auch bei einzelnen Zwangsarbeitern im Landkreis Lindau die angestaute Wut über die frühere Verschleppung aus ihrer Heimat sowie über die vielen seither erlebten Schikanen und Demütigungen in gewalttätiger Form.

In Lindau wurde unmittelbar nach der Befreiung vom NS-Regime das Grab des ersten bayerischen NS-Ministerpräsidenten und langjährigen Lindauer Oberbürgermeisters, Ludwig Siebert, auf dem neuen Aeschacher Friedhof von freigekommenen bisherigen Zwangsarbeitern zerstört.

Im Ortsteil Isnerberg der Gemeinde Gestratz waren 1941, zusätzlich zu jenen in Gestratz selbst, rund 18 männliche serbische Kriegsgefangene als Arbeitskräfte an die Bauern verteilt worden. Diese waren vom STALAG (Stammlager) in Memmingen zugeteilt und per Eisenbahn bis Isny transportiert worden. Die Nächte mussten sie jeweils eingeschlossen im Käsekeller der damaligen Käserei Isnerberg verbringen. Dabei wurden sie zunächst von einem verletzten Wehrmachtssoldaten, später von einem Bauern der Ortschaft kontrolliert. Tagsüber arbeiteten sie auf den größeren Bauernhöfen. Sonntags hatten sie arbeitsfrei und hielten sich meist rund um die Käserei auf.

Ein serbischer Gefangener arbeitete bei einem Bauern, der samt seiner Frau mit dessen Arbeitsmoral nicht einverstanden war. Die Frau beschimpfte den serbischen Gefangenen deswegen nur, der Bauer selbst aber schlug diesen auch. Nachdem der Bauer das Verhalten des Gefangenen außerdem auch den Behörden gemeldet hatte, kam dieser zurück ins STALAG Memmingen, schwor dem Bauern bei seinem Abtransport aber Vergeltung.

Zwei Tage vor Ende der Kampfhandlungen im württembergischen und bayerischen Westallgäu waren die Reste einer Wehrmachtskompanie samt zwei Pferden nach Isnerberg gekommen, hatten dort ihre Waffen abgegeben und versteckt sowie ihre beiden Pferde und sich selbst auf die Bauernhöfe aufgeteilt. Die serbischen Kriegsgefangenen erhielten diese Waffen nicht.

Nachdem die französische Armee am 30. April 1945 Isny durch Teile der 4. Marokkanischen Gebirgsjägerdivision befreit hatte, fuhren ein französischer sowie ein englischer Soldat in einem Panzer von Isny nach Isnerberg, um die entwaffneten dortigen Wehrmachtssoldaten und deren Waffen ab-



Französische Soldaten überqueren eine der Leiblachbrücken in Sigmarszell-Hangnach Richtung Vorarlberg am 1. Mai 1945 (nachträglich gestellte Aufnahme).

zuholen. Mit dabei war auch jener bisherige serbische Kriegsgefangene, welcher angedroht hatte, sich für die schändliche Behandlung bei besagtem Bauern zu rächen. Als sie auf dessen Hof fuhren, kam der Bauer gerade nach Hause und versteckte sich umgehend in einer Kammer seines Wohnhauses. Dort wurde er von den beiden Soldaten erschossen. Die Bäuerin erhielt Schläge.

Nun arbeiteten fast alle der bisherigen Gefangenen nicht mehr, die eine Hälfte von ihnen zog bei Kriegsende sofort zurück in ihre Heimat, die andere Hälfte erst im Herbst. Nur einer der ehemaligen Kriegsgefangenen im Gestratzer Gemeindegebiet kam nach 25 Jahren zu einem Kurzbesuch zurück in das Dorf.⁵⁰

Befreiung in einem ganz besonderen Sinne bedeutete das Ende des NS-Regimes auch für jene jungen Männer aus den französischen Regionen Elsass und Lothringen, welche seit August 1942 zwangsweise in die deutsche Wehrmacht eingezogen worden waren. Von diesen insgesamt rund 130.000 Männern waren durch den Krieg 40.000 ums Leben gekommen, 30.000 verletzt worden und rund 10.000 war die Flucht gelungen.

Karl Heinz Burmeister skizzierte das glückliche Ende des Schicksals des jungen Elsässer Franzosen Eugène Philipps mit folgenden Worten: „Philipps war zwangsweise zur deutschen Wehrmacht eingezogen worden; er befand sich am 24. April 1945 bei einer Kampfgruppe der 78. Sturmdivision in der Gegend zwischen Ravensburg und Waldburg, wo die Leute zu berichten wussten, dass die ersten Verbände der französischen Armee unter General De Lattre de Tassigny bereits den Bodensee bei Radolfzell und die Donau bei Ulm erreicht hatten und nur noch 30 km entfernt waren. Wörtlich fährt der Bericht (Eugène Philipps, K.S.) dann fort: „Von Wetzisreute sind wir zu Fuß nach Neuravensburg gegangen. Von dort auf Lastwagen nach Wasserburg. Von Wasserburg nach Elgetsweiler [in Wirklich-



Militärzug im Bahnhof Harbatshofen im Mai 1945 nach Ende des Kriegs

keit war es Enzisweiler]. Dort bin ich mit sechs Deutschen geflohen und habe die französischen Linien erreicht [in Oberdorf]. Ich bin endlich der deutschen Armee entkommen. Hoffentlich werde ich bald die meinen sehen, dann werden

wir schon sehen. Es lebe Frankreich!‘ Von Oberdorf wurden sie nach Ravensburg gebracht, wo Philipps von den sechs anderen getrennt wurde. Er konnte am 5. Mai 1945 Ravensburg verlassen, um über St. Margrethen in seine Heimat zurückzukehren.“⁵¹

Für die Nonnenhorner Südwestecke des Landkreisgebiets schildert Ortsheimatpfleger Fritz Koberle das Ende des Regimes und dessen düsterer Untergangsfantasien u. a. wie folgt: „Am 30. April 1945 rollten die ersten französischen Panzer auf der späteren B31 Richtung Lindau. Sie belegten die vom „Volkssturm“ geschaffenen Schanzgräben an der bayerisch-württembergischen Grenze (drei Gräben hintereinander), am Mauthaus, an der Straße nach Hattnau und am Reutele mit Maschinengewehrfeuer. Durch gezielte Kugeln wurden Hildegard Lucas und deren Tochter getötet. Sie standen außerhalb des Hauses und wollten durch Schwenken einer weißen Fahne ihr Haus vor der Zerstörung retten.

Der etwa 200 Mann starke Volkssturm der Gemeinde Nonnenhorn wurde im Dezember 1944 am Schlegelsbühel vereidigt. Dabei beschloss Lehrer Otto Müller (Wasserburg) seine Ansprache an die Volkssturmmänner mit den unglaublichen Worten: ‚Der Volkssturm muss kämpfen wie jene tapferen Frauen vor 2.000 Jahren, die sich selbst ermordet und zuvor ihre Kinder an den Wagendeichseln erhängt haben‘ (...).“⁵²

In Opfenbach (→ 18) und Hergatz-Wohmbrechts (→ 6) befahlen SS-Offiziere am 28. und 29. April, die Orte müssten militärisch verteidigt werden. Die zwei größeren Brücken in den Gemeindeteilen Wigratzbad und Ruhlandstobel sollten gesprengt werden. Als die SS jene in Wigratzbad bereits gesprengt hatte, erreichte Pfarrer Mannsnetter aus Opfenbach bei den SS-Offizieren, dass diese den Ort am 29. April abrupt verließen und die Ruhlandstobelbrücke nicht mehr gesprengt wurde. Am 30. April befreiten französische Truppen die Gemeinde.

„In diesen letzten Apriltagen blieb ein Güterzug mit Kanonen und Munition auf der Strecke zwischen Spattweg und Mellatz liegen, weil

feindliche Flugzeuge ihm die Lokomotive zusammenschossen. Am 29.4. wurde er abermals angegriffen und es explodierte dabei ein Güterwagen voll schwerer Artilleriemunition. Um zu verhindern, dass weitere Wagen explodierten, koppelten Soldaten dieses Zuges den angegriffenen Teil ab, wobei sie den Tod fanden. Sie wurden in Stücke zerrissen. Am Abend des 29. April wurden sie dann auf dem hiesigen Friedhof beerdigt, unter Anteilnahme der ganzen Bevölkerung (...).⁵³



Französischer Spähwagen oberhalb der Gmündmühle zwischen Niederstaufen und Hohenweiler Ende April 1945

Am gleichen Tag, den 30. April 1945, wurde die Kreishauptstadt Lindau von französischen Truppen besetzt und militärisch vom NS-Faschismus befreit. Lindenberg war am Abend zuvor noch von französischer Artillerie beschossen worden, da sich motorisierte Munitions- und Versorgungsreste der NS-Wehrmacht von Tettwang kommend über Niederstaufen, Opfenbach, Mellatz, Lindenberg und Weiler zurückgezogen hatten. Am 30. April um 15.45 Uhr war der Krieg auch für das städtische Zentrum des Westallgäus zu Ende.

Der fanatische Leiter der NSDAP im Landkreis, Hauptlehrer Hans Vogel aus Lindenberg, welcher seit Sommer 1933 auch 1. Bürgermeister der Stadt war, hatte bis Kriegsende erfolglos versucht, Anhänger für einen bewaffneten Rückzug in die propagierte NS-„Alpenfestung“ zu gewinnen. Zusammen mit zwei weiteren NS-Anhängern versuchte er nun nach dem Einmarsch der französischen Truppen per PKW über Hergensweiler in den Bereich hinter deren Frontlinie zu gelangen. Auf der Landstraße beim Ortsteil Einöd gerieten sie in eine Patrouille aus freigegebenen Zwangsarbeitern. Beim Versuch, seinen Revolver zu ziehen, wurde er gemäß mündlicher Überlieferung erschossen. Das in den Köpfen und Herzen der Mehrheit der Menschen hinterlassene bösertige NS-Erbe bildete auch im Landkreis Lindau ab Mai 1945 für lange Jahre eine bleierne Last. Im Juli 1945 berichteten beispielsweise Sankt Gallener Journalisten über ihren Besuch am deutschen und österreichischen Bodenseeufer auf Einladung des Roten Kreuzes u. a. wie folgt:

„Wenig erfreulich sind die wenigen Gespräche ausgefallen, die wir mit Deutschen führen konnten. In der nur von französischen Soldaten, Senegalnegern, Marokkanern belebten Altstadt von Lindau stießen wir auf einen Feuerwehmann, der sich ohne ein Zeichen bes-

serer Einsicht über die Evakuierung der Stadt beklagte. Andere Deutsche in Lindau und Konstanz erklärten, sie hätten das Naziregime nie mitgemacht; die Plakate über die Gräueltaten in den Konzentrationslagern seien Propaganda (...).“⁵⁴

Am 5. März 1946 sah sich der neue Lindauer Landrat, Oskar Groll, (SPD) dazu veranlasst, folgende „Öffentliche Warnung“ zu publizieren: „In letzter Zeit ist es vorgekommen, dass Kinder von Juden in Lindau durch andere Kinder angepöbeln und belästigt worden sind. Ein solches Benehmen von deutschen Kindern lässt auf die Gesinnung der Eltern sichere Schlüsse ziehen (...).“⁵⁵

Anmerkungen

- 1 Vgl. Stadtmuseum München (Hrg.): München – ‚Hauptstadt der Bewegung‘, München 1993.
- 2 Vgl. Staatsarchiv München: Emil Bogdon, Lindau, am 7. Mai 1940 an die Staatsanwaltschaft München, in: Sign.: Staatsanwaltschaften Nr. 9546; Karl Schweizer/Heiner Stauder: Lindauer Gedenkweg – Verfolgung und Widerstand 1933–1945, Lindau 2010, S. 6f; Manfred Stoppel: Die Entwicklung der frühen NSDAP (1922–1933) in Lindau am Bodensee, in: Andreas Kurz (Hrg.): Jahrbuch des Landkreises Lindau 2002, Bergatreute 2002, S. 106ff.
- 3 Fünfzehn Jahre Ortsgruppe Lindenberg der NSDAP, in: Lindener Tagblatt vom 15.7.1938.
- 4 Ebenda: Fünfzehn Jahre Ortsgruppe Lindenberg der NSDAP, a.a.O.
- 5 Vgl. Karl Schweizer: Von Menschen, Maschinen und Sommerfesten – 90 Jahre Lindauer Gewerkschaftskartell, Lindau 1991, S. 81f.
- 6 Staatsarchiv Augsburg, Bezirksamt Lindau, Akte Nr. 3631.
- 7 Anzeigebblatt für das westliche Allgäu, Weiler, vom 6.3.1933; vgl. auch Günter Fichter: Das Jahr 1933 in Lindenberg – Der Weg in den braunen Terror, in: Andreas Kurz (Hrg.): Jahrbuch des Landkreises Lindau 2002, Bergatreute 2008, S. 119ff.
- 8 Anzeigebblatt für das westliche Allgäu, Weiler, vom 6. 3.1933.
- 9 Anzeigebblatt für das westliche Allgäu, Weiler, vom 22. 3.1933.
- 10 Lindauer Volkszeitung vom 20. März 1933.
- 11 Gernot Römer: Die Austreibung der Juden aus Schwaben – Schicksale nach 1933, Augsburg 1987, S. 87ff; Karl Schweizer/Heiner Stauder: Lindauer Gedenkweg – Verfolgung und Widerstand 1933–1945, Lindau 2010, S. 12.
- 12 Michael Rehm: Die Auswirkungen des Nationalsozialismus auf eine ländliche Gemeinde, dargestellt am Beispiel von Hergensweiler, unveröffentlichte Facharbeit vom Februar 1988, S. 9.
- 13 Georg Grübel in Georg Grübel/Klaus Gietinger/Manfred Röhrli: Chapeau – Das Westallgäu behütet die Welt, Lindenberg 2015, S. 114.
- 14 Michael Rehm: Die Auswirkungen des Nationalsozialismus (...), a.a.O., S. 12.
- 15 Michael Rehm: Die Auswirkungen des Nationalsozialismus (...), a.a.O., Dokumentenanhang, S. 59.
- 16 Michael Rehm: Die Auswirkungen des Nationalsozialismus (...), Dokumentenanhang, a.a.O., S. 64.
- 17 Hans Huber: Chronik über ehemalige Bürgermeister vor und nach dem Jahre 1900 der ehemaligen Gemeinde Ellhofen, Ellhofen 1985, im Kreisdokumentationszentrum des Landkreises Lindau in Weiler/Allg.
- 18 Lindener Tagblatt vom 22.2.1934; vgl. auch: Herbert Mader (Stiefenhofen): Führende Parteimitglieder nach dem Alphabet (1934), Zusammenstellung im Kreisdokumentationszentrum in Weiler/Allg.
- 19 Anzeigebblatt für das westliche Allgäu, Weiler, 23.10.1933.
- 20 Michael Rehm: Die Auswirkungen des Nationalsozialismus (...), Dokumentenanhang, a.a.O., S. 184.
- 21 Michael Rehm: Die Auswirkungen des Nationalsozialismus (...), Dokumentenanhang, a.a.O., S. 182.
- 22 Michael Rehm: Die Auswirkungen des Nationalsozialismus (...), Dokumentenanhang, a.a.O., S. 218.
- 23 Michael Rehm: Die Auswirkungen des Nationalsozialismus (...), Dokumentenanhang, a.a.O., S. 200.

- 24 Michael Rehm: Die Auswirkungen des Nationalsozialismus (...), Dokumenten-anhang, a.a.O., S. 188ff.
- 25 Michael Rehm: Die Auswirkungen des Nationalsozialismus (...), Dokumenten-anhang, a.a.O., S. 67.
- 26 Mitteilung von Klaus Gorlo, Röthenbach und Isny, an den Autor am 27. August 2015.
- 27 Karl Schweizer/Heiner Stauder: Lindauer Gedenkweg – Verfolgung und Widerstand 1933–1945, Lindau 2010, S. 12.
- 28 Hartmut Mehringer: Die KPD in Bayern 1919–1945, in: Martin Broszat/Hartmut Mehringer (Hrg.): Bayern in der NS-Zeit, Band 5 – Die Parteien KPD, SPD, BVP in Verfolgung und Widerstand, München 1983, S. 202; Staatsarchiv München: Staatsanwaltschaft München, Nr. 7417 und 7441.
- 29 Lindauer Nationalzeitung/Lindauer Tagblatt vom 14.6.1940.
- 30 Berichtet von Gallus Fink, Isnerberg, im Gespräch mit dem Autor am 1.10. 2015.
- 31 Vgl.: Stadtarchiv Lindau, Akt BII/134/2; Archiv des Evgl. Luth. Pfarramts St. Stephan Lindau, Sachakten zum Kirchenkampf Nr. 16 bis 19, 1934–1940; Pfarrerkartei Georg Kühn des landeskirchlichen Archivs der Evgl. Luth. Kirche in Bayern, Nürnberg; Lindauer Nationalzeitung/Lindauer Tagblatt vom 18.8.1934 und 18.5.1935.
- 32 Zitiert aus: Josef Fuchs/Karl Hofmann/Hans Thieme (Hrg.): Christus! – nicht Hitler. Zeugnis und Widerstand von Katholiken in der Diözese Augsburg zur Zeit des Nationalsozialismus, Sankt Ottilien 1984, S. 8.
- 33 Die Monatsberichtsauszüge sind zitiert aus: Beilage für Stadt und Landkreis Lindau, zu: Josef Fuchs/Karl Hofmann/Hans Thieme (Hrg.): Christus! – nicht Hitler. Zeugnis und Widerstand von Katholiken in der Diözese Augsburg zur Zeit des Nationalsozialismus, Sankt Ottilien 1984, S. 9.
- 34 Die Angaben sind entnommen aus: Ulrich von Hehl (Hrg.): Priester unter Hitlers Terror – Eine biographische und statistische Erhebung, Band II, München 1963, S. 321ff., sowie aus: Beilage für Stadt und Landkreis Lindau, zu: Josef Fuchs u. a. (Hrg.): Christus! – nicht Hitler (...), Sankt Ottilien 1984, S. 10f.
- 35 Vgl. Michael von Cranach/Hans-Ludwig Siemen (Hrg.): Psychiatrie im Nationalsozialismus – Die Bayerischen Heil und Pflegenanstalten zwischen 1933 und 1945, München 1999; Wunden der Erinnerung im Alten Rathaus, in: Lindauer Zeitung vom 18.4.1997.
- 36 Hans-Ludwig Siemen: Psychiatrie im Nationalsozialismus, in: Michael von Cranach/Hans-Ludwig Siemen (Hrg.): Psychiatrie im Nationalsozialismus (...), München 1999, S. 15ff.
- 37 Michael Rehm: Die Auswirkungen des Nationalsozialismus auf eine ländliche Gemeinde (...), S. 13 und 77.
- 38 Mündliche Information von Gallus Halder vom 19. Mai 2015 an den Autor.
- 39 Weinmann, Martin (Hrg.): Das nationalsozialistische Lagersystem, Frankfurt/M 1990, S. 508.
- 40 Bundesarchiv/Militärarchiv Freiburg, Sign.: RMfRUK 1490 und RW 21-1/17.
- 41 Vgl. Karl Schweizer/Heiner Stauder: Lindauer Gedenkweg (...), Lindau 2010, S. 60f.
- 42 Bundesarchiv/Militärarchiv Freiburg, Sign.: RMfRUK 1051
- 43 Karl Heinz Burmeister/Andreas Durrer: Bodolz – Eine Gemeinde am bayerischen Bodensee, Bodolz 2010, S. 384f.
- 44 Berichtet von Gallus Fink, Isnerberg, im Gespräch mit dem Autor am 1.10.2015.
- 45 Wilhelm Gierer: Eine Jugend am See – Erinnerungen an ein nicht ganz misslungenes Leben, Memmingen 2007, S. 39f.
- 46 Mündliche Informationen von Leni Schweizer am 18. November 1983 und 23. Oktober 1991 an den Autor.
- 47 Information von Gallus Halder vom 19. Mai 2015 an den Autor.
- 48 Vgl. Karl Schweizer/Heiner Stauder: Lindauer Gedenkweg (...), Lindau 2010, S. 52f.
- 49 Wilhelm Gierer: Eine Jugend am See (...), Memmingen 2007, S. 40.
- 50 Berichtet von Gallus Fink, Isnerberg, im Gespräch mit dem Autor am 1.10.2015.
- 51 Karl Heinz Burmeister/Andreas Durrer: Bodolz (...), Bodolz 2010, S. 388.
- 52 Fritz Koberle: Die französische Besetzung in Nonnenhorn 1945–1948, als Kopie dem Verfasser freundlicherweise von Rolf Mack vom Heimatpflegeteam Nonnenhorn überlassen.
- 53 Franz Steinbauer: Schicksale aus der Gemeinde Opfenbach, im Gemeindearchiv Opfenbach, 2014.
- 54 Volksstimme – Sozialdemokratisches Tagblatt für die Kantone St. Gallen, Appenzell, Graubünden und Glarus, St. Gallen, 14. Juli 1945, S. 1.
- 55 Amtsblatt der Stadt Lindau (B) vom 8. März 1946.

Esseratsweiler/Hugelitz

Josef Reinhardt
musste für Leni Riefenstahl
schauspielen



Josef Reinhardt
(1927–1994)

Josef Reinhardt wurde am 1. Juni 1927 im Grenzgebiet zwischen dem damals preußisch-hohenzollerischen Esseratsweiler und dem winzigen bayrischen Hugelitz im Landkreis Lindau geboren. Offizielle Registrierungen bei irgendwelchen Herrschaften auf irgendwelchen Amtsstuben waren sei-

nen Eltern damals nicht wirklich wichtig. Josef Reinhardt, seine Eltern sowie seine Geschwister waren Sinti. Deshalb findet sich im Geburtsregister der Gemeinde Esseratsweiler auch kein Eintrag über ihn, obwohl seine Eltern dieses Dorf Esseratsweiler später, als dies von staatlicher Wichtigkeit wurde, als Geburtsort angaben.

Josef war das älteste der fünf Kinder der 1904 in Glattfelden bei Zürich geborenen Hausfrau Anna Reinhardt und des 1895 im Elsaß geborenen Wanderhändlers Konrad Reinhardt. Beide heirateten 1929 und ließen sich zunächst in Ravensburg nieder. Von 1935 bis 1937 zog die Familie nach Karlsruhe und Pforzheim. Um der zunehmenden Diskriminierung und Verfolgung von „Zigeunern“ seit dem NS-Gesetz „Zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“ (Nürnberger Rassegesetze) von 1935 auszuweichen, zog die Familie nun nach Vorarlberg. Doch auch dort begann mit dem Anschluss an NS-Deutschland im März 1938 die offene Verfolgung der Sinti und Roma. Bei Gastein/Tirol versteckte sich die Familie Reinhardt 1939 in den Bergwäldern und verkaufte gelegentlich heimlich an Bauern selbstgeflochtene Körbe. Trotzdem wurde sie im Oktober 1939 von der Polizei entdeckt, festgenommen und zusammen mit anderen Sinti und Roma in eine Scheune beim Dorf Gastein gebracht.

Im August 1940 wurden sie von dort mit einem Sammeltransport in das provisorische „Zigeunerlager“ auf der Rennbahn bei Salzburg-Maxglan gebracht. Die dort rund 250 Internierten waren von Stacheldraht und Wachposten umgeben und erhielten Pferdeboxen zugewiesen. In dieser Zeit mussten sie unter Bewachung, ebenfalls bei Maxglan, ein „Zigeuner“-Konzentrationslager mit Baracken, matschigem Lagerboden, Wachtürmen, Scheinwerfern und bewaffneten Wachposten errichten. Dorthin wurden sie nach dessen Fertigstellung nach rund sieben Wochen eingesperrt. Die jugendlichen

und männlichen Insassen mussten nun u. a. Flussbauarbeiten am dortigen Glanbach verrichten.

Im Herbst 1940 forderte die inzwischen bekannte Schauspielerin und NS-Filmregisseurin Leni Riefenstahl als Nebenrollendarsteller für ihren Film „Tiefland“ einen Teil der Lagerinsassen an. Sie sollten in diesem Liebesfilm als Komparsen ersatzweise Spanier darstellen. Riefenstahl selbst spielte die Titelrolle. Auch fünf Mitglieder der Familie Reinhardt wurden verpflichtet, darunter die am 5. Juni 1932 in Enzisweiler bei Lindau geborene Elisabeth Reinhardt. Dem inzwischen 14-jährigen Josef Reinhardt wurde wegen seiner musikalischen Fähigkeiten die Rolle eines Geigenspielers übertragen. Den beteiligten Sinti und Roma war eine Gage und später durch Josef Reinhardts Bitte das Bemühen versprochen worden, in Berlin dafür sorgen zu wollen, dass sie nach den Dreharbeiten freigelassen würden. Doch die von der Riefenstahl-Film GmbH gezahlte Entlohnung ging an die KZ-Lagerleitung und verblieb dort und frei kam nach der Fertigstellung des Filmes 1942 keiner der beteiligten „Zigeuner“.

Im Jahre 1943 wurde ein Großteil der Lagerinsassen in das „Zigeunerlager“ im KZ Auschwitz verschleppt und dort ermordet. Rund 500.000 Sinti und Roma wurden durch das NS-Regime insgesamt ermordet. Nur wenige Familien, darunter die von Josef Reinhardt, kamen von Maxglan in das eingezäunte und bewachte Arbeitslager in Lackenbach im Burgenland nahe der ungarischen Grenze. Dort mussten sie unter unmenschlichen Bedingungen für die Inhaber der Keramikfabrik Loober Zwangsarbeit verrichten. Am 28. März 1945 wurden sie von der Roten Armee der Sowjetunion befreit. Endlich wieder frei, zogen sie zunächst nach Friedrichshafen am Bodensee. Erst nach drei Anträgen und einem Gerichtsprozess erhielten die Eltern und zwei der Kinder endgültig eine kleine „Wiedergutmachung“ als rassistisch Verfolgte zugesprochen und ausbezahlt. Josef Reinhardt wurde Berufsmusiker und heiratete 1965 seine Frau Renate. Sie hatten zusammen drei Kinder.

Nachdem der WDR 1982 den Film „Zeit des Schweigens und der Dunkelheit“ der Dokumentarfilmerin Nina Gladitz gesendet hatte, welcher u. a. die Verstrickungen Leni Riefenstahls in die KZ-Leidensgeschichte der Familie Reinhardt darstellte, verklagte Leni Riefenstahl die Regisseurin. Nach vier Prozessjahren war Nina Gladitz finanziell ruiniert. Josef Reinhardt starb im Oktober 1994.

Quellen: Sendemanuskript des Bayerischen Rundfunks zum Rundfunkfeature „Maxl Glan aus Maxglan“ von Ulrich Enzensberger, München, 23.8.2007; www.derfunke.at/nostalgie/hp_artikel/Interview_Riefenstahl.htm, aufgerufen am 11.10.2007; Unterlagen des Rom e.V. zu Josef Reinhardt, Köln 2007; Thorsten Böhmer/Erhard Meueler: Mitten unter uns: Sinti und Roma, Darmstadt 1984.

Gestratz/Horben

Michael Kitzelmann wollte nicht unter NS-Lumpen leben



Michael Kitzelmann
(1916–1942) als Soldat
im 2. Weltkrieg

Michael Kitzelmann wurde am 29. Januar 1916 als Bauernsohn im Weiler Horben bei Gestratz im Landkreis Lindau geboren, streng katholisch zu Gehorsam gegenüber den Eltern und in Ehrfurcht vor dem christlichen Gott erzogen. Außerdem musste er, wie auf Bauernhöfen damals üblich, von Kin-

desbeinen an bei der Arbeit auf dem elterlichen Hof mithelfen. Als leistungsbereiter Schüler förderten ihn Lehrer und Pfarrer, sodass er von 1928 bis 1936 Schüler des humanistischen Gymnasiums in Dillingen wurde. Im Jahr 1936 absolvierte er sechs Monate Reichsarbeitsdienst und begann im September an der kirchlichen Akademie in Augsburg mit dem Studium der für den Priesterberuf notwendigen philosophischen Semester.

Im Jahr 1937 wurde seine Bewerbung an die Lehrerschule in München-Pasing abgelehnt, da er sich weigerte, in eine der vorgeschriebenen NS-Organisationen einzutreten. Unsicher geworden, ob der Beruf des Priesters für sein Leben der richtige sei, rückte er im Sommer 1937 als Freiwilliger zum 91. Infanterie-Regiment in die Lindauer Luitpoldkaserne ein. Die Soldaten des Lindauer III. Bataillons des 91. Infanterieregiments wurden bei der Besetzung Österreichs im März 1938 in Perchtoldsdorf bei Wien eingesetzt. Mit Entfesselung des 2. Weltkriegs 1939 wurde das Bataillon von 1940 bis 1941 zum Gebirgsregiment 91 der 4. Gebirgsdivision. An seiner Stelle kam das 488. Reserve-Bataillon nach Lindau.

1938 war Michael Kitzelmann noch begeistert am deutschen Einmarsch in Österreich beteiligt und 1939, inzwischen zum Unteroffizier befördert, am Überfall auf Polen. 1940 verteidigte er gar den Angriff gegen Frankreich gegenüber dem eigenen eher kritischen Vater.

Die Wende in seinen Auffassungen kam mit der Beteiligung am Überfall auf die Sowjetunion 1941 sowie dem dortigen Kriegs- und Besatzungsalltag. Gemäß seinem christlichen Glauben lehnte er die deutschen Greuelthaten immer deutlicher ab. In der Ukraine wurde ihm nun die Leitung einer Maschinengewehr-Kompanie übertragen. Auf dem Weg dorthin schrieb er u. a. nach Hause: „Heute habe ich mich schon wieder schrecklich ärgern müssen. In diesem Lemberg sieht man so viele Etoppenschweine herumlaufen (...).“

Aus Priluki schrieb er am 28. September nach Hause: „Der einzige Gedanke und Wunsch eines jeden ist nur: Ende des Krieges, raus aus Russland und zurück in die Heimat.“ Vierzehn Tage später wurde er noch deutlicher: „Wir sind ein ewig wandernder, raubender Heerhaufen geworden (...).“

Immer klarer zeigte er nun in Briefen nach Hause und bei Gesprächen mit Kameraden seine aus christlicher Grundhaltung entstehende Ablehnung des Krieges, des Verhaltens der deutschen Besatzung in der UdSSR und gegenüber den dafür verantwortlichen NS- und Wehrmachtsführungen: „Wenn diese Lumpen siegen, dann kann und will ich nicht mehr leben.“ Doch dafür wurde er von einem Feldwebel denunziert.

Nach Genesung seiner zweiten Verwundung im Lazarett in Orel wurde er Anfang April 1942 bei der Rückkehr zu seiner Division verhaftet und am Karfreitag vom Standgericht wegen Wehrkraftzersetzung zum Tode verurteilt. Seine Mutter fuhr wegen eines Gnadengesuchs zum Obersten Gerichtshof nach Berlin und wurde abgewiesen: „Was erwarten Sie eigentlich, Frau Kitzelmann? Seien Sie zufrieden, wenn wir nicht auch Sie und Ihren Mann belangen. Sehen sie hier diesen Stoß von Briefen – das haben Sie und Ihr Sohn geschrieben.“

Am 11. Juni 1942 wurde Michael Kitzelmann unter Verlust der „Wehrwürdigkeit“ im Gefängnis von Orel, rund 350 km südwestlich von Moskau, gemäß dem Urteil eines NS-deutschen Militärgerichts durch Erschießen hingerichtet. Im August 1943 wurde Orel durch die Rote Armee der UdSSR wieder befreit.

Michael Kitzelmans Name findet sich in Gestratz auf dem 1958 eingeweihten Kriegerdenkmal. In der Gestratzer Kirche erinnert als Gedenkstätte ein kleines ovales Glasgemälde neben dem Taufbecken an ihn, in der politischen Gemeinde die Michael-Kitzelmann-Straße.

	Politisch	Beruf-Verweiser	Einigkeit	Bibel-forscher	Jesus-kennart	Relig.ä
Grund-farben	Red	Green	Black	Black	Orange	Black
Äußerlich für Häftlinge	Red	Green	Black	Black	Orange	Black
Häftlinge der Straf-Kompanie	Red	Green	Black	Black	Orange	Black
Äußerlich für Juden	Star	Green	Black	Black	Star	Black
Äußerlich für andere	Yellow	Star	Red	2508	Yellow	Yellow
	Jah-Zahl	Äußerlich	Sucht-verkänge	Häftlinge		
	Pote	Äußerlich	Äußerlich	Häftlinge		

Heimenkirch

Johann und Karoline Pfaff

Johann Friedrich Pfaff wurde am 18. Juni 1892 in Ebingen im Amtsbezirk Balingen auf der Schwäbischen Alb außerehelich geboren und von seiner Mutter Walburga Pfaff katholisch erzogen.¹ Albstadt-Ebingen war damals bereits eine von Textil- und Metallindustrie geprägte Kleinstadt im Albtal des Flüsschens Schmiecha und der Eisenbahnstrecke von Tübingen nach Sigmaringen.

Da er armen Verhältnissen entstammte, konnte er nur Fabrikhilfsarbeiter werden und als Spuler in der Textilindustrie arbeiten.

Im 1. Weltkrieg wurde Johann Pfaff als deutscher Soldat verwundet und

hatte nun als junger Mann mit dem Kriegstrauma sowie dem Stigma eines verkürzten Fußes zurechtzukommen. Am 5. Februar 1917 heiratete er in Singen/Hohentwiel Karolina Kulle, verwitwete Bruckmeier. Die am 23. März 1887 in Immenstadt im Bezirk Sonthofen geborene Karolina Kulle brachte aus ihrer Ehe mit ihrem verstorbenen ersten Mann Bruckmeier bereits vier Kinder mit in die Ehe. Ein fünftes war im Kleinkindesalter verstorben.

Das junge Ehepaar Pfaff zog nach Heimenkirch im Westallgäu. Karolina Pfaff arbeitete hier als Strohhutgarniererin, Johann Pfaff als Strohhutarbeiter in Lindenberg. Hier engagierte er sich eine Zeit lang auch in der örtlichen Textilarbeitergewerkschaft.² Zusammen wohnten sie im Heimenkircher Ortsteil Riedhirsch im winzigen Haus Nr. 231, welches Johann Pfaff bis 1924 sogar hatte erwerben können.

Aus ihrer Ehe entstammten weitere fünf Kinder, von welchen ebenfalls eines kurz nach der Geburt verstarb. Dreizehn Tage nach der Geburt ihrer jüngsten Tochter Klothilde zuhause in der eigenen Wohnung, verstarb Mutter Karolina Pfaff am 22 Juli 1924 in Heimenkirch im Allgäu ebenfalls in der eigenen Wohnung an einer Embolie.³ Johann Pfaff war nun mit 32 Jahren Kriegsversehrter sowie Witwer mit zusammen acht zu versorgenden Kindern und Jugendlichen. Seine jüngste Tochter Klothilde (1924–2004) blieb bei den Schwestern des 1909 errichteten und 1978 wieder geschlosse-

nen Krankenhauses Heimenkirch. Bis sie 28 Jahre alt war, musste sie dort nach Erreichen des entsprechenden Alters arbeiten.⁴ 1954 heiratete sie nach Scheidegg.⁵

Wegen sexueller Kontakte zu seiner Halbschwester war Johann Pfaff bereits 1917 in Konstanz sowie 1924 wegen sexueller Annäherungsversuche gegenüber einer Stieftochter vom Landgericht Kempten zu Haftstrafen verurteilt worden.⁶

Im Jahr 1939 befanden sich seine vier ehelichen Kinder im Alter zwischen 15 und 21 Jahren, darunter die fünfzehnjährige Tochter Klothilde im Heimenkircher Krankenhaus. Er selbst arbeitete inzwischen als Hilfsarbeiter in der Schreinerei Wilhelm Kitzer in Truchtlfingen, einem Nachbarort von Ebingen auf der Schwäbischen Alb. Wegen seines kriegsbedingt verkürzten Fußes bezog er außerdem eine geringe Kriegsrente. Sein früheres armseliges Häuschen in Heimenkirch-Riedhirsch gehörte inzwischen dem Händler Gottlieb Gaile.⁷

Seine Homosexualität konnte er in all den Jahren nur heimlich leben. Doch stellte sie seine sexuelle Identität dar und wollte gelebt werden. Im Juni 1939 wurde er nach entsprechender Denunziation vom Landgericht Hechingen auf Grundlage des §175 des Strafgesetzbuchs (StGB), welcher sexuelle Kontakte zwischen Männern verbot, zu einer Haftstrafe verurteilt. Am 13. Dezember 1939 stand er deswegen erneut vor Gericht, diesmal vor dem Amtsgericht Balingen und wurde nochmals wegen „Unzucht mit Männern“ verurteilt, diesmal zu einem Jahr Gefängnis. Die Haft saß der mit 1,48 Metern Körpergröße und einem Gewicht von nur 58 kg kleinwüchsige, dunkelblonde Johann Pfaff bis Dezember 1940 im Strafgefängnis von Rottenburg am Neckar ab. Von dort aus schrieb er fünf Mal an seinen Bruder Karl in Tailfingen und erhielt von Käthe Pfaff aus Tailfingen einen Brief.

Im Januar 1940 wünschte er sich im Gefängnis erfolgreich, dass ihm wegen seines Fußleidens auch in der Haft seine orthopädischen Schuhe wieder ausgehändigt würden.⁸ Nach der Haftzeit wurde er im Dezember 1940 zurück nach Ebingen entlassen und arbeitete in Tailfingen als Spüler. Allerdings meldete der Anstaltsdirektor auf Anforderung nun umgehend an die Stuttgarter Kriminalpolizeistelle, Johann Pfaff müsse „mindestens in guter Überwachung gehalten werden!“⁹ Seine Kinder hatten auch im Westallgäu Jahre lang unter der boshaften Diffamierung zu leiden, das „Kind eines Zuchthäuslers“ zu sein.¹⁰

Das NS-Regime hatte 1935 den Text des „Schwulenparagraphen“ §175 StGB deutlich verschärft, und bereits 1934 rund um die parteiinternen Morde an SA-Stabschef Ernst Röhm und dessen Umfeld eine beispiellose Hetze gegen diese Minderheitenform von Sexuali-

tät entfaltet. Das propagierte NS-Männerbild grenzte sich ihr gegenüber zwanghaft ab. 1936 wurde im Reichskriminalpolizeiamt in Berlin eine zentrale Stelle zur „Bekämpfung der Homosexualität und der Abtreibung“ eingerichtet. Im September 1937 begannen die zunehmend systematischeren Verhaftungen dieser Menschen, welche „dem Führer“ durch ihre Form der Sexualität keine Kinder und somit keine Soldaten schenken konnten. Zwischen 50.000 und 63.000 homosexuelle Männer wurden ab 1933 gerichtlich abgeurteilt und bis zu 15.000 von ihnen nach verbüßter Gefängnishaft zusätzlich in die Konzentrationslager (KZ) Dachau, Sachsenhausen, Buchenwald usw. verschleppt, allein 595 von ihnen nach Dachau. „Wer mit dem Rosa Winkel auf der Brust diesen Mikrokosmos betrat, musste in seine Überlebensstrategie nicht nur den Vernichtungswillen der SS einbeziehen, sondern auch ein verständnisloses, ablehnendes und überwiegend unsolidarisches Verhalten der Mithäftlinge (...). Stigmatisierung mit dem Rosa Winkel, Isolierbaracken, lückenlose Überwachung, erschwerte Arbeitsbedingungen und verringerte Essensrationen.“¹¹

Johann Pfaff wurde am 7. Februar 1941 zur „polizeilichen Sicherungsverwahrung“ in das KZ bei Dachau deportiert. Vom 12. Juli 1941 bis zum 7. Juli 1942 wurde er in das KZ Buchenwald bei Weimar verlegt und anschließend wieder zurück nach Dachau.¹² Er schrieb von dort zwar an seine jüngste Tochter Klothilde in Heimenkirch, doch wurde der gesamte Text geschwärzt und nur die Anrede „Liebe Hilde“ und die Schlussworte „Dein Vater“ blieben lesbar.

Ab 28. Juli 1943 wurde Johann Pfaff im KZ Dachau als Testperson für die mörderischen Malariaversuche des SS-Hauptsturmführers Dr. Rudolf Brachtel von Schilling und seiner Assistenten herangezogen. Rund 1100 Lagerinsassen mussten bis Anfang April 1945 diese Malariaversuche und deren Zerstörungen in ihren Körpern durchstehen. In der Folge starben allein 85 der als „geheilt“ aus der Malaria-Station wieder in den KZ-Alltag „entlassenen“ Häftlinge, welche Dr. Brachtel von Schilling verschiedentlich als „Gesindel“ bezeichnete.

Der Häftling Eugène Ost aus Luxemburg, welcher als Schreibkraft auf der Malaria-Versuchsstation arbeiten musste, beschrieb Jahre später das dortige menschenverachtende Treiben des Dr. Brachtel von Schilling u. a. wie folgt: „Im Prinzip setzte er oder sein Assistent die Infektion durch Übertragung von infiziertem Blut oder Sichelkeimen, die aus der Speiseröhre infizierter Mücken herauspräpariert worden waren. Manchmal erfolgte die Ansteckung durch infizierte Mücken, die in kleinen Käfigen gehalten wurden (...). Eine Reihe von Versuchspersonen wurden mit dem Erreger des Recurrensfiebers infiziert, ohne dass klar wurde, zu welchem Zweck (...). Die

pharmazeutische Industrie machte Anstrengungen, wirkungsvolle einheimische Produkte zu erzeugen. So wurde monatelang Boehringer Präparat 2516 – Chininersatz, wie es schien, bei der Behandlung von Malaria-kranken ausprobiert, der Erfolg war gering (...). Zum anderen hatten die Versuche politische Zwecke: gemäß Himmlers Auftrag sollte nach dem Endsieg das Donbecken mit deutschen Menschen besiedelt werden (...). Das Hauptziel der Arbeit war also, eine zuverlässige Impfmethode zu finden.“¹³

Johann Pfaff gehörte zu den Glücklichen, welche die Befreiung des Konzentrationslagers Dachau am 29. April 1945 erlebten. Doch seine Gesundheit war durch die Schläge, den Hunger, die Demütigungen, die andauernde Angst, die Hofappelle, die medizinischen Versuche usw. in solchem Ausmaß angegriffen, dass er am 8. Januar 1946 im Alter von 53 Jahren in Meßkirch starb.¹⁴

Bis 1952 wurden seiner Tochter Klothilde in Heimenkirch durch das Bürgermeisteramt Briefe ihrer Schwester Lore unterschlagen und ihr der letzte davon erst nach erniedrigendem Betteln endlich ausgehändigt.¹⁵



Die eigenhändige Unterschrift von
Johann Pfaff (1892–1946)

Quellen:

- 1 Sterbeurkunde Johann Friedrich Pfaff, ausgestellt vom Standesamt der Stadt Meßkirch vom 3.5.1983 in Privatbesitz der Nachkommen.
- 2 Auskunft von Anna Ladwig, Enkelin des Johann Pfaff, vom 21.11.2015 an den Autor.
- 3 Ortsarchiv Heimenkirch: Tauf- und Sterberegister der Gemeinde Heimenkirch von 1924, Einträge Nr. 18 und 24 vom 14. und 22. Juli 1924.
- 4 Mitteilung von Anna Ladwig vom 21.11.2015
- 5 Ortsarchiv Heimenkirch: Tauf- und Sterberegister der Gemeinde Heimenkirch von 1924, Ergänzungen zum Eintrag Nr. 24 vom 14. Juli 1924.
- 6 Staatsarchiv Augsburg, Akte: Landgericht Kempten, Strafkammer 6/1924 – Johann Pfaff.
- 7 Vgl. Einwohnerbuch der Stadt Lindau-Bodensee, Anhang Einwohner-Verzeichnis der Bezirksgemeinden, S. 19, Lindau 1936.
- 8 Staatsarchiv Sigmaringen, Akte des Strafgefangenen Johann Pfaff, Sign.: Wü 32/2 Z. 1991/89 Nr. 6819.
- 9 Staatsarchiv Sigmaringen, Akte des Strafgefangenen Johann Pfaff, darin: Brief des Strafanstaltsdirektors Rottenburg vom 16. 12.1940.
- 10 Auskunft von Anna Ladwig, Enkelin des Johann Pfaff, vom 21.11.2015 an den Autor.
- 11 Albert Knoll: Totgeschlagen – totgeschwiegen – Die Homosexuellen Häftlinge im KZ Dachau, in: Dachauer Hefte, Nr. 14/1998, Dachau 1998.
- 12 Schriftliche Auskunft der KZ-Gedenkstätte Dachau an Anna Ladwig vom 5.2.2015.
- 13 Eugène Ost: Die Malaria-Versuchsstation im Konzentrationslager Dachau, in: Wolfgang Benz/Barbara Distel (Hrg.): Dachauer Hefte – Studien und Dokumente, Heft 4/1988, Dachau 1988, S. 174ff.
- 14 Sterbeurkunde Johann Friedrich Pfaff, ausgestellt vom Standesamt der Stadt Meßkirch vom 3.5.1983 in Privatbesitz der Nachkommen.
- 15 Auskunft von Anna Ladwig, Enkelin des Johann Pfaff, vom 1.12.2015 an den Autor.

Heimenkirch

Zwangsarbeiter Marian erinnert sich



Verladen von Zwangsarbeiterinnen aus der Sowjetunion am Augsburger Güterbahnhof am 30. Juni 1942

Die beiden ehemaligen polnischen Zwangsarbeiter Herr Manka und Herr Marian erinnerten sich Jahre später in einem von Schülern zusammengefassten Interview an die Zeit als Zwangsarbeiter in der Nähe von Heimenkirch.

Nachfolgend einige Auszüge aus der Niederschrift:

„In Polen wurden die Bewohner oft von der Straße weg verschleppt. Dabei handelte es sich meist um arbeitsfähige Menschen, Arbeitslose und Studenten. Sogar 12-Jährige wurden nicht verschont. Die Eltern wurden nicht benachrichtigt; sie erfuhren erst von ihren Kindern, als diese ihnen aus Deutschland Briefe schickten.

Zuerst versuchte man mittels Plakaten die Polen zu bewegen, freiwillig nach Deutschland zu kommen. Als sich darauf kaum jemand meldete, wurden neue Plakate herausgebracht, auf denen man mit Bestrafung drohte. Als auch dies geringe Wirkung zeigte, drohte man die Todesstrafe an. In Polen wurde alles beschlagnahmt und verstaatlicht.

Diejenigen, die nach Deutschland transportiert werden sollten, wurden in Sammellager gebracht und ärztlich untersucht. Dann beförderte man sie in Personenzügen an die Orte, in denen sie benötigt wurden. Marian kam zuerst nach Kempten, dann brachte man ihn und einige andere mit dem Zug nach Röthenbach. Dort waren die Bauern versammelt und jeder konnte sich den Polen aussuchen, der ihm gefiel. Dabei war es nur den Bauern, die einen großen Hof besaßen, erlaubt, zwei Polen zu nehmen.

Wenn es einem Polen an seiner Arbeitsstelle nicht gefiel, konnte er darum bitten, ob er diese wechseln durfte, was ohne weiteres ging, wenn es der Bauer zuließ. Wurde ein Zwangsverschleppter von einem Bauern schlecht behandelt, konnte es vorkommen, dass man ihm die Arbeitskraft wegnahm und er auch keine mehr bekam.

Die Polen waren verpflichtet, auf ihrer Kleidung ein Volkstumsabzeichen zu tragen, welches ein blaues P auf gelbem Grund war. Dies wurde aber nur befolgt, wenn sie weggingen und wenn eine Kontrolle kam. Man durfte sich nicht ohne P erwischen lassen, sonst wurde man bestraft. Die Kontrollgänge wurden stichprobenweise extra von Hilfspolizisten gemacht. Häufig kontrollierte man abends, um zu se-

hen, ob das Ausgangsverbot eingehalten wurde. Wenn nicht, musste man Strafe bezahlen, was bei Marian oft vorkam. Wenn die Kontrolleure kamen, sagte die Bäuerin des öfteren, er sei schon Holz einschlagen gegangen, was diese auch meistens glaubten, denn sie vertrauten ihr.

Außerdem bestand ein Verbot, dass sie den Ort, an dem sie arbeiteten, nicht ohne Grund verlassen durften. Um mit dem Zug fahren zu dürfen, brauchte man eine Genehmigung. Doch manchmal fuhren Marian und seine Freunde schwarz. Kinobesuche waren verboten, aber einmal schmuggelte sich Marian in eine Vorstellung. Außerdem war den Polen das Radiohören nicht erlaubt (...).

Anfangs verdiente Marian im Monat 17,50 Reichsmark (RM), später bekam er 30,- RM. Zusätzlich konnte man noch 2,- RM für's Melken verdienen (...). Die polnischen Arbeiter wurden vom Bauern bezahlt, dem die Höhe des Lohnes genau vorgeschrieben war. Die Bauern hielten sich aber nicht daran. Anfangs bekamen die Polen noch Bezugsscheine, die ihnen dann später entzogen wurden. Er habe aber doch einmal Schuhe ohne ‚Punktekarte‘ kaufen können (...).

Marian war von Beruf Frisör, doch er arbeitete lieber in der Landwirtschaft, denn dort gab es mehr zu essen. Er wusste auch von einem Fall, in dem ein Pole von einem Bauern ins KZ gebracht wurde. Dieser behauptete, er habe sich an seiner Tochter vergriffen. Die Polen fürchteten sich vor ihm, denn er hatte schon öfters versucht, einem Polen etwas anzuhängen.

Gegen Ende des Krieges wurden sie alle in Scheidegg ärztlich untersucht. Warum, wusste keiner (...).

Beim Holzfällen war Marian einmal zu voreilig, als der Bauer gerade nicht da war, und fällte einen Baum, der zwar gekennzeichnet war, den er aber nicht fällen hätte müssen. Dieser stand in der Nähe einer Hochspannungsleitung und fiel direkt in die Drähte. Dadurch setzte in der ganzen Umgebung die Stromversorgung aus. Er wurde der Sabotage beschuldigt und kam beinahe ins KZ. Nur mit Hilfe von einigen Bauern konnte er davor bewahrt werden (...).“

Hergatz

Eine Zwangsarbeiterin erinnert sich



Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter in den Jahren 1943/44 in Hergatz. Zwei der Kinder und zwei der Erwachsenen fehlen auf dem Foto.

Um die militärische und zivile Produktion während des 2. Weltkriegs überhaupt aufrecht erhalten zu können, verschleppten die deutschen Faschisten rund 13 Millionen Frauen und Männer

aus den besetzten Ländern nach Deutschland. Neben KZ-Häftlingen, Kriegsgefangenen und vielen einheimischen Frauen mussten in Lindau zwischen 1939 und 1945 rund 770 Personen als Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter die Wirtschaft am Laufen halten. Hinzu kamen beispielsweise in der Gemeinde Bodolz 115 und in Sigmarzell 135 Personen.

Eine damals junge Sowjetbürgerin, Anna Teres aus der Ukraine, erinnerte sich im Jahr 2008 an diese Zeit:

„Ich komme aus Ruda Sczutkowska bei der Stadt Lubaczow im Kreis Lemberg (Lwow) im damals polnischen Galizien. Meine Mutter war Polin. Ich war Ukrainerin.

Ich bin 1942 in einem Kontingent mit einem Transport in Güterwaggons nach Deutschland gekommen. Es hieß, dies sei nur für drei Monate. Wir sollten bei Bauern arbeiten. Ich war damals 22 Jahre alt. Ich hatte mich nicht dafür gemeldet. Wir mussten nach Deutschland gehen. Uns war kein Lohn versprochen worden. Es hieß, dass wenn die Getreideernte fertig sei, dann könnten wir wieder heim. Aber das war gelogen.

Von Nördlingen kamen wir 1943/44 nach Hergatz. Unser Lager war im alten Maschinenhaus, dem Lokschuppen auf der Westseite der Gleise, schräg gegenüber dem Bahnhofsgebäude. Dort hat man für uns Doppelbetten und Dreifachbetten aufgestellt. Wir waren wieder die 14 Frauen wie zuvor in Nördlingen. Aber wir mussten jetzt als Frauen mit Männern im Lager zusammen sein. In Hergatz waren wir ungefähr 50 bis 60 Menschen insgesamt im Lager, Kinder und Erwachsene aus Polen, der Sowjetunion, Jugoslawien usw. Unser Lager in Hergatz war bewacht. Ein Wachmann hieß Wagner, einer Fiedler. Der lud mich am ersten Sonntag, nachdem ich ins Lager gekommen war, allein zu sich nach Hause zum Mittagessen ein. Ein dritter Wachmann kam aus Lindau. Der hatte oft eine SS-Uniform an.

Wir erfuhren, dass damals in Leutkirch am Sonntag eine Ukrainische Messe gelesen wurde, also ein griechisch-katholischer Got-

tesdienst. Meine Freundin und ich wollten dort hin. Daheim hatte ich neun Jahre lang im Chor gesungen. Doch der Lagerführer aus Lindau hat uns das nicht erlaubt. Der rief am Bahnhof von Hergatz an, damit wir dort keine Fahrkarten nach Leutkirch kaufen konnten. Wir bekamen auch keine. Deshalb sind wir am Sonntag ganz früh aufgestanden, aus dem Lager geschlichen und zu Fuß nach Wangen gelaufen. Dort kauften wir am Bahnhof Fahrkarten und fuhren mit dem Zug nach Leutkirch.

Dort standen aber am Eingang zum Gottesdienst Polizisten. Da wir aus Bayern kamen, Leutkirch aber in Württemberg liegt, mussten wir unseren ganzen Monatslohn, also 40 Reichsmark, als Strafe bezahlen. Aber das machte mir nichts aus.

Wir haben sowieso nichts bekommen für das Geld. Mir war wichtig, dass wir in den Gottesdienst kamen. Ich bekam damals 35 bis 40 RM Monatslohn. Meine Freundin, die sieben Jahre jünger war, erhielt 25 RM: Wir durften für das Geld einkaufen. Doch wir haben fast nichts bekommen dafür. Weil damals gab es nur etwas, wenn man Lebensmittel- oder Kleiderkarten dazu hatte. Nur wir beiden Ukrainerinnen bekamen als „Galizierukrainerinnen“ zwei Wochenmarken, aber nicht für Fleisch, Wurstwaren oder Brot. Die wurden uns abgeschnitten. Die anderen im Lager bekamen auch diese Marken nicht.

Wir bekamen unser Essen am Abend ja im Lager. Das Essen kam vom Lager der Kriegsgefangenen in Schlachters, die dort für die Firma Geiger arbeiten mussten. Am Freitag wurde in der Küche im Lager in Schlachters immer für drei Tage gekocht und wir bekamen das Essen für Freitag, Samstag und Sonntag. Das wurde in großen Kübeln zu uns gebracht. Weil es im Herbst 1943 so warm war und unser Essen nicht gekühlt wurde, begann das Essen in den Kübeln zu gären. Das hat so stark gegärt, dass man es nicht mehr essen konnte. Daraufhin streikten wir in Hergatz. Wir sagten, dass wir dieses verdorbene Essen nicht essen. Weil wir streikten, bekamen wir auch kein Brot. Daraufhin kam einer von der Reichsbahn. Der war schon in Ordnung, denn der gab uns dann Brot.

Auch in Hergatz mussten wir auf der Strecke arbeiten. Wieder mussten wir für neue Signalkabel Kanäle und Schächte graben und die Kabel darin verlegen. Im Winter 1943/44 mussten wir außerdem in Oberstaufen Schnee schaufeln. Es hatte so viel geschneit.

In Hergatz waren wir ein dreiviertel Jahr. Danach kamen wir im Herbst 1944 in das Kamelbuckel-Lager in Lindau-Reutin.“

Hergatz-Wohmbrechts

Georg Straub
wurde kurz vor dem
NS-Ende 1945 ermordet



Rauchende Reste des zerstörten
Bauernhofnebenhauses der Familie
Straub in Hergatz vom 30. April 1945

Zwei Tage vor dem Ende des NS-Regimes und des 2. Weltkriegs, am 28. April 1945, schwebte Georg Straub aus Hergatz, damals ein Teilort der Gemeinde Wohmbrechts, in höchster Lebensgefahr.

Georg Straub war Bauer, Parteimitglied der NSDAP und der NS-Kreisleitung sowie dem Landratsamt Lindau in diesem Sinne positiv aufgefallen. Deshalb wurde er auf Vorschlag des neuen NS-Ortsgruppenleiters Franz Luitz im März 1937 als Nachfolger des bisherigen und nicht mehr genehmen Bürgermeisters der Gemeinde Wohmbrechts, dem Bäckermeister und Gastwirt Josef Wurm von der NSDAP in Wohmbrechts, zum neuen Bürgermeister der damals rund 775 Einwohnerinnen und Einwohner ernannt. „Der neue Bürgermeister Pg. (Parteigenosse, K.S.) Straub dankte für das in ihn gesetzte Vertrauen und versprach, im Sinne der Bewegung und in der Treue zum Führer das ihm anvertraute Amt in der Gesamtgemeinde führen zu wollen“, berichtete die westallgäuer Lokalzeitung damals. Dies tat Straub nun auch gut acht Jahre lang. So wurde beispielsweise 1938 auf der „Wehe-Halde“ neben dem bereits seit 1933 errichteten 20 m hohen NS-Fahnenmast ein gleich großer zweiter aufgestellt, mit jeweils einer Hakenkreuzfahne von acht auf zwei Metern Größe.

Im Frühjahr 1945 aber gelangte Straub, ähnlich wie z. B. am 24. April 1945 der Bürgermeister von Vöhringen bei Senden und am Tag darauf jener von Illertissen, zu der pragmatisch-realistischen Einsicht, dass das militärische Ende des bisher von ihm gestützten NS-Regimes und die eventuelle Zerstörung von Hergatz kurz bevorstanden.

In seinen turnusmäßigen amtlichen Rathaus-Bekanntmachungen vom 21. April 1945 mahnte er die Bewohner der Gemeinde, alle Türen an ihren Häusern gut geschlossen zu halten. Auch die sich auf dem Rückzug befindlichen deutschen Wehrmachts- und SS-Einheiten wüssten inzwischen oft nicht mehr, wie man „Mein und Dein auseinander hält“. Diese Soldaten sollten doch draußen an der Front sein und die Bevölkerung solle sie nicht in die Häuser hinein lassen. Ein Teil von ihnen sei inzwischen durch ihr Verhalten geradezu zu „Vaterlandsverrätern“ geworden.

Von diesen Zeilen Straubs erfuhr auch die durch Wehrmachtssoldaten verstärkte SS-Kampfgruppe Bauer, die sich am 28. April im

Teilort Hergatz aufhielt und die Einwohnerschaft dazu anhielt, den anrückenden französischen Truppen u. a. die Zufahrt über Wigratzbad nach Opfenbach durch Straßensperren und eine Brückensprengung zu verbauen. SS-Angehörige holten Georg Straub gegen 14.00 Uhr von seinem Bauernhof ab und schleppten ihn zunächst in ihre Kommandantur im beschlagnahmten Haus Rädler im benachbarten Wigratzbad. Dort verurteilte ihn ein schnell gebildetes „Feldgericht“ zum Tode. Eine ihm durch Bauer Josef Specht aus Wigratz angebotene Befreiung schlug Georg Straub aus. Warum, ist nicht bekannt.

Danach wurde er von Soldaten zu Fuß nach Wohmbrechts geführt. Vermutlich verhinderte der dortige Pfarrer, dass Georg Straub bereits dort an der Linde vor der Kirche aufgehängt wurde. Am nächsten Tag war Sonntag.

Georg Straub wurde nun wieder zu Fuß nach Hergatz zurückgeführt. Gegen 20.00 Uhr wurde er dort gegenüber einem Nachbarhaus seines Hofes an einem Telefonmasten aufgehängt. Angeblich riss dabei der erste Strick. Entgegen den üblichen Gepflogenheiten ist Straub nun aber von der SS nicht begnadigt, sondern mit Hilfe eines zweiten Stricks ermordet worden. Zwei Wehrmachtssoldaten mussten seine Leiche bewachen.

Am nächsten Tag erreichte seine Frau zusammen mit Frau Rädler durch inständiges Bitten, dass der Leichnam ihres Mannes abgenommen wurde und sie diesen zuhause aufbewahren durfte. Die SS-Einheit zog noch am Sonntagabend über Opfenbach nach Heimenkirch weiter und hat sich dort aufgelöst.

Die anrückenden französischen Truppen wurden nun von einigen verbliebenen Wehrmachtssoldaten aus Hergatz heraus beschossen. Daraufhin schossen diese mit ihren Panzern zurück und zerstörten dabei vier Häuser samt ihren Nebengebäuden, darunter auch den Bauernhof der Familie Straub. Georg Straubs Leichnam konnte zuvor noch aus dem Haus gebracht und am nächsten Tag in Wohmbrechts beerdigt werden.

Auf Veranlassung von Frau Straub wurde der SS-Kommandant, der Straub zum Tode verurteilt hatte, in den 1950er-Jahren in Ravensburg vor Gericht gestellt. Dort wurde er aber freigesprochen, da er in seinem Handeln nur das zur Tatzeit geltende NS-Recht angewendet habe.

Quellen: Anton Leipolz: Die letzten Kriegstage in der Gemeinde Wohmbrechts und der Mord an Bürgermeister Georg Straub in Hergatz am 28.4.1945 (Niederschrift vom 2. April 1995 im Gemeindearchiv Wohmbrechts-Hergatz); Brief von Paul Straub vom 23.11.2015; Norbert Jacques: Dunkle Mächte, in: Lindauer Zeitung vom 18.5.1955 (wobei Jacques den NS-Ortsgruppenleiter mit dem Bürgermeister vertauscht); Anzeigebblatt für das westliche Allgäu, Weiler, vom 8.3.1937, 11.4. und 12.4.1938.



Emblem des Reichsnährstandes von 1933 bis 1945

Hergensweiler

Der Reichsnährstand will einzelne Bauern ruinieren

Die NSDAP hatte ab Februar 1933 schnell dafür gesorgt, dass ihre Macht in der von ihr propagandistisch schon seit Jahren hoch gelobten Landwirtschaft gesichert und ausgebaut wurde. Am 18. Oktober 1933 hatte sich deshalb auch der bisherige Allgäuer Bauernverband aufzulösen und die Milch

erzeugenden Landwirte mussten dem südbayerischen Milcherzeugerverband beitreten. Dieser war Teil des neuen von der NS-Ideologie und deren Führerprinzip geprägten „Reichsnährstandes“. Nicht linientreue Bauern im Sinne der NS-Propaganda wurden nun in der Regel rücksichtslos unter Druck gesetzt. Die Allgäuzentrale des „Reichsnährstandes“ war in Kempten angesiedelt.

Von dort kam am „29. Ostermond 1935“ beispielsweise ein denunziatorisches Schreiben an den Bürgermeister von Hergensweiler, weil der „Kreisbauernschaft Kempten“ der bisherige bäuerliche Vorstand des örtlichen landwirtschaftlichen Spar- und Darlehenskassenvereins Hergensweiler nicht genehm war:

„Vertraulich (...) Nach uns vorliegenden Berichten neigt man zu der Ansicht, dass der Verein unter seinem 1. Vorstand N (...) nicht zur Ruhe kommt, N (...) soll noch von seinen Freunden aus der früheren Bayerischen Volkspartei gehalten werden und es geschickt anzufassen verstehen, Absetzungsbestrebungen durch rücksichtsloses Vorgehen zu unterbinden. Eine Abberufung des 1. Vorstandes N (...) würde sich nur zu Gunsten des Vereins auswirken. Im Interesse der Darlehenskasse wäre es notwendig, um schwere Rückschläge zu vermeiden, die sofortige Abberufung des N (...) zu veranlassen (...).“

Noch deutlich weiter ging der NS-Fanatismus beispielsweise im folgenden Fall, in welchem ein widerspenstiger Hergensweiler Landwirt finanziell derart ruiniert werden sollte, bis er seinen Hof zum Verkauf anbietet.

NS-Bürgermeister Georg Bodenmüller schrieb deshalb am 19. Februar 1936 an den Landkreis-Bauernführer Pabst in Lindenberg:

„Habe bei der Bezirkssparkasse Lindau bereits veranlasst, dass G (...) die erste Hypothek in Höhe von vermutlich 3.000 RM gekündigt wird. Es geht dies um so leichter, weil er ein sehr mangelhafter Zinszahler ist. An den Kaufliebhabern fehlt es nämlich nicht. Dies äußerst schön gelegene Anwesen wird ausgerauft, (darum wird ge-

stritten, K.S.) sobald es einmal ernstlich ans Verkaufen geht. Übrigens hat mir der Anwesensvermittler R (...) aus Oberreitnau gesagt, G (...) hätte sich jetzt entschlossen zu verkaufen, was ich jedoch das erste Mal noch nicht glaube. Es wird gut sein, wenn man doppelt ans Werk geht, damit wir diese leichtsinnige Gesellschaft endlich einmal losbringen. Wenn Sie gelegentlich nach Hergensweiler kommen, erkundigen Sie sich in der mech. Werkstätte des August W. oder in der angrenzenden Käserei nach G (...), wo man Ihnen auch gleich Bescheid sagen kann, was es für ein Musterlandwirt ist und wo er sich befindet.

Für Ihre Mithilfe im Voraus bestens dankend, Heil Hitler.“

Doch dem Bauern G. und seiner Familie gelang es, ihren Bauernhof durch eigene Kraftanstrengungen über die verbleibenden Jahre des NS-Regimes zu retten.

Ein dritter Fall der Repression gegenüber einem unliebsamen, da nicht NS-hörigen Landwirt, allein im Dorf Hergensweiler, wird u. a. durch das rufschädigende Schreiben der „Kreisbauernschaft Kempten im Reichsnährstand“ vom 28. April 1937 wiederum an den Bürgermeister von Hergensweiler dokumentiert.

„L (...) hat durch die Landwirtschaftsstelle Immenstadt auf Bewilligung einer Beihilfe zur Einzäunung und Unterteilung von Dauergrünland als Weide oder Mähweide gestellt. Sein Antrag lautet auf RM 400,-. Diese Maßnahme wurde bei Durchführung des Vierjahresplanes veranlasst. Es wird mir nun vom zuständigen Ortsbauernführer mitgeteilt, dass L (...) Dom (...) einer der größten Nörgler gegen das 3. Reich ist, dass er keine Bauernversammlung besucht, dass er nicht Mitglied der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt ist und dass er bei seinem sehr schönen Hof zum Winterhilfswerk nie die entsprechenden Spenden leistet. Sollte der Antrag auf Gewährung dieses Zuschusses genehmigt werden, dürften die dortigen Bauern und Landwirte daran Anstoß nehmen.

Ich bitte Sie aus diesem Grunde um baldgefällige Stellungnahme, damit ich alles Weitere bei der Landesbauernschaft veranlassen kann. Heil Hitler.“

Bürgermeister Leo Geiselman unterstützte die Kemptener Behörde sowie Ortsbauernführer Anton Rogg in seinem Antwortbrief u. a. mit folgenden denunziatorischen Behauptungen, die Gemeinde schlage dazu vor, „die Beihilfe zur Einzäunung und Unterteilung von Dauergrünland wegen staatsfeindlicher Einstellung grundsätzlich nicht zu genehmigen“.



Sportfest der Hergensweiler Jugend am Hagersbach 1934

Hergensweiler- Stockenweiler

Mathilde K.
durfte nicht heiraten

Bereits in seiner Schlussrede auf dem Nürnberger Reichsparteitag der NSDAP vom August 1929 hatte Adolf Hitler programmatisch erklärt, dass wenn in Deutschland jährlich eine Million Kinder geboren und zugleich 700.000 bis 800.000 der Schwächsten beseitigt würden, wäre dies im Ergebnis eine Kräftesteigerung. Der damals in der klinischen Psychiatrie längst aufgekommene Fanatismus der „Rassenhygiene“ gipfelte bereits am 14. Juli 1933 u. a. im rassistischen „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“. Dieses legalisierte ab 1. Januar 1934 u. a. Zwangssterilisationen an vom Gesetz behaupteten „Erbkranken“ ab 14 Jahren. Bereits im Jahr 1934 wurden 62.000 Zwangssterilisationen angeordnet.

Eines der Opfer war 1935 die neunzehnjährige Mathilde K. aus Stockenweiler. Wenige Jahre später hatte sie sich verliebt, wollte heiraten und benötigte hierzu die „rassehygienische“ Erlaubnis vom Staat.

Am 4. Juni 1938 schrieb das Staatliche Gesundheitsamt in Lindau Ludwigstraße 21 deswegen an den Bürgermeister von Hergensweiler: „Streng vertraulich teile ich ihnen mit, dass bei Mathilde K. ein Eehindernis nach §1d des Ehegesundheitsgesetzes vorliegt und daher auch kein Aufgebot beantragt werden kann. Wenn aber die K. und der in Aussicht stehende Bräutigam Max H. trotzdem auf ihrem Vorhaben bestehen, so kann die K. ein Gesuch beim staatlichen Gesundheitsamt Lindau einreichen (...)“

Mathilde K. schrieb deswegen acht Tage später an das Gesundheitsamt: „Mir Unterzeichnender, Mathilde K. in Stockenweiler, Gde. Hergensweiler, geb. am 14.4.1916 in Thumen, Gde. Sigmarzell, ist zur Zeit Gelegenheit geboten, mich mit einem ordentlichen, fleißigen Manne zu verheiraten. Ein gesetzliches Hindernis zu meiner Verehelichung besteht darin, dass ich mich wegen eines Sprachfehlers – gegen meinen Willen und den meiner Eltern – der Operation wegen Verhütung erbkranken Nachwuchses unterziehen musste.

Seinerzeit wurde mir versichert, dass ich, unbeschadet dieser Operation, den Mann meiner Wahl heiraten könne; jetzt wird mir eröffnet, dass solche Operation ein Eehindernis sei. Seit meiner Operation kann ich strengen Dienststellen nicht mehr vorstehen, bin aber wohl in der Lage einen kleinen Eigenhaushalt zu versehen. Aus die-

sem Grunde bitte ich um Genehmigung, mich mit meinem, vermutlich erbgesunden, Bräutigam vermählen zu dürfen. Heil Hitler.“

Auf der Rückseite des Briefes fügte der Geliebte folgende Zeilen hinzu: „Bezugnehmend auf kehrseitiges Gesuch bestätige ich Unterzeichnender, Max H., Tagelöhner in Degersee, Gde. Langnau, geb. am 11.11.1907 in Schwarzach bei Bregenz, dass es mein fester Wille ist, mit der Gesuchstellerin Mathilde K. die Ehe einzugehen und schließe ich mich grunddessen der Bitte um Genehmigung zu dieser Verhelichung an.

Da unsere Ehe allerdings eine kinderlose wird, sind wir beide darüber einig, ein oder zwei außereheliche arme Kinder – wie dies eben unser Einkommen gestattet – an Kindesstatt anzunehmen. Auf diese Weise dürfte der Zweck der Ehe auch zum Teil erfüllt sein. Heil Hitler!“

Selbst Hergensweilers Bürgermeister fügte dem zwei Tage später noch folgende am Geldsäckel der Gemeinde orientierte Zeilen hinzu: „Gemeindeamtlicherseits wird das Gesuch sehr befürwortet. Es wäre angebracht, wenn K. Mathilde mit Rücksicht ihrer Gesundheit und der zukünftigen Versorgung wegen, die beabsichtigte Ehe eingehen dürfte. K. ist übrigens mit Rücksicht ihrer Gesundheit, anlässlich der vollzogenen Operation Sterilisierung angeblich die vollwertige Person nicht mehr wie ehemals. Eine Verheiratung aus Versorgungsgründen wäre sehr zu befürworten.“

Doch das Gesundheitsamt blieb gesetzestreu und verhinderte die Heirat.

Sechs Jahre später, im April 1944, als der 1908 geborene Bauernsohn Georg Z., der zu jener Zeit als Gefreiter einen massiven Gelenkrheumatismus auskurierte, Mathilde K. heiraten wollte, verhinderte dies das Regierungspräsidium in Augsburg mit folgendem Bescheid: „1. Dem Georg Z. in Lindau wird zur Eheschließung mit der Mathilde K. in Lindau Befreiung von den Vorschriften (...) nicht bewilligt. 2. Die baren Auslagen des Verfahrens hat Mathilde K. zu tragen (...). Gründe. Er ist Erbhofbauer und hat damit die Verpflichtung, eine Gattenwahl zu treffen, die es ihm ermöglicht, den biologischen Pflichten bezgl. der Nachkommenschaft zu entsprechen. Eine Befreiung konnte daher nicht bewilligt werden (...).“

Quellen: Michael Rehm: Die Auswirkungen des Nationalsozialismus auf eine ländliche Gemeinde, dargestellt am Beispiel von Hergensweiler, unveröffentlichte Facharbeit vom Februar 1988 im Gemeindearchiv Hergensweiler; Michael von Cranach/Hans-Ludwig Siemen (Hrg.): Psychiatrie im Nationalsozialismus – Die Bayerischen Heil und Pflegeanstalten zwischen 1933 und 1945, München 1999; Ernst Klee: ‚Euthanasie‘ im Dritten Reich – Die ‚Vernichtung lebensunwerten Lebens‘, Frankfurt/Main 2010.

Lindau-Hoyren

Küfer Emil Haug
wurde in den Tod „verlegt“



Küfer und Kellermeister
Emil Haug (1907–1940)

Im September 1940 erreichte die Eltern Berta und Julius Haug im Lindauer Stadtteil Hoyren eine schreckliche Nachricht. Ihr im Mai 1907 geborener Sohn Emil Haug, ledig und inzwischen von Beruf Küfer und Kellermeister, war in der „Reichsanstalt Grafeneck“ bei Münsingen auf der Schwäbischen Alb verstorben. Julius und Berta Haug betrieben zu jener Zeit in der Schönauer Straße erfolgreich eine

Kolonialwarenhandlung sowie eine Gärtnerei mit Baum- und Rosenschule. Sohn Emil wurde zwischen 1931 und 1933 viermal in die Heil- und Pflegeanstalt Kaufbeuren mit Irsee eingeliefert. Anfangs immer wieder in die „offene Fürsorge“ entlassen, blieb er ab Juni 1933 in Kaufbeuren. Von dort aus wurde er am 5. September 1940 nach Grafeneck „verlegt“.

Im Schloss Grafeneck, einst ein Jagdschloss der Herzöge von Württemberg, sowie in den dazu gehörenden landwirtschaftlichen Gebäuden hatte die evangelische Samariterstiftung Stuttgart 1929 ein Behindertenheim eingerichtet. Im Rahmen des rassistischen „Rassenhygiene-Programms“ des NS-Regimes begannen 1939 mit Beginn des 2. Weltkriegs die direkten Vorbereitungen zur systematischen Ermordung von Menschen mit seelischer Erkrankung oder geistiger Behinderung unter dem zynischen Namen „Euthanasie“ (griechisch: „Schöner Tod“). Das Württembergische Innenministerium in Stuttgart beschlagnahmte in diesem Zusammenhang das Behindertenheim Grafeneck und ließ dieses „für Zwecke des Reichs“ in eine Mordanstalt umwandeln.

Am 18. Januar 1940 begannen auf dem Gelände, nur sechs Kilometer von der Stadt Münsingen entfernt, die „Euthanasie“-Morde. Grafeneck war der erste Ort in Deutschland selbst, an dem der NS-Faschismus in systematisch-industrieller Form Menschen tötete. 10.654 Menschen wurden allein hier im Jahr 1940 dessen Opfer. Das von Stuttgart und Berlin aus rekrutierte Tötungspersonal, zwischen 80 und 100 Personen, war samt den Verwaltungsstrukturen im Schloss selbst untergebracht.

Die Morde erfolgten etwa 300 Meter davon entfernt in einem umgebauten landwirtschaftlichen Schuppen. In diesen waren eine Gas-

kammer sowie ein Krematorium mit zwei mobilen Verbrennungsöfen eingebaut worden. In einer Aufnahmebaracke wurden die Opfer entkleidet, dann fotografiert und anschließend einer oberflächlichen ärztlichen Begutachtung unterzogen. Die grauen Busse zum Antransport der Opfer waren in einer Garage stationiert. Allein aus der Klinik Bedburg-Hau im Rheinland wurden beispielsweise im März 1940 mit 10 Zugwaggons 457 Patienten zum nahe gelegenen Bahnhof Marbach/Alb deportiert und von dort mit den grauen Bussen nach Grafeneck gefahren. Aus Bayern wurden 1940 von den acht Anstalten in Eglfing-Haar/München, Kaufbeuren mit Irsee, Günzburg, Schweinspoint bei Donauwörth, Lohr a.M. sowie Werneck insgesamt 985 Menschen in Grafeneck ermordet. Unter ihnen war am 5. September Emil Haug aus Hoyren, zusammen mit 74 weiteren Frauen und Männern aus Kaufbeuren mit Irsee.

Emil Haugs Eltern erhielten mit Datum vom 17. September 1940 aus Grafeneck einen der Standardbriefe, voller Unwahrheiten, wie den folgenden: „Es tut uns aufrichtig leid, (...) dass Ihr Sohn, Emil Haug, am 16. September 1940 in unserer Anstalt plötzlich und unerwartet an Venenentzündung mit nachfolgender Sepsis (Blutvergiftung, K.S.) verstorben ist. Ihr Sohn wurde am 5. September 1940 auf ministerielle Anordnung gemäß Weisung des Reichsverteidigungskommissars in die hiesige Anstalt verlegt. Bei der schweren geistigen Erkrankung bedeutete für den Verstorbenen das Leben eine Qual. So müssen sie seinen Tod als Erlösung auffassen. Da in der hiesigen Anstalt z.Zt. Seuchengefahr herrscht, ordnete die Polizeibehörde die sofortige Einäscherung des Leichnams an (...).“ Die Eltern forderten die entsprechende Urne gegen Bezahlung an und setzten diese in Lindau bei.

Der erste ärztliche Leiter der Mordmaschinerie in Grafeneck, Dr. Horst Schumann, war ab Herbst 1942 Selektionsarzt an der Rampe im KZ-Auschwitz-Birkenau. Ein gegen ihn 1970 eingeleitetes Verfahren wurde wegen Verhandlungsunfähigkeit des Mordgehilfen 1971 eingestellt.

Quellen: Gedenkstätte Grafeneck: Dokumentationszentrum und Namensbuch; Stöckle, Thomas: Grafeneck 1940. Die Euthanasie-Verbrechen in Südwestdeutschland, Tübingen 2005; Michael von Cranach/Hans-Ludwig Siemen (Hrg.): Psychiatrie im Nationalsozialismus – Die Bayerischen Heil- und Pflegeanstalten zwischen 1933 und 1945, München 1999; Privatunterlagen zu Emil Haug; Unterlagen im historischen Archiv des Bezirkskrankenhauses Kaufbeuren.

Lindenberg

Karl Aßfalg und
Benedikt Hagenauer
litten bereits früh
unter der Verfolgung



Karl Friedrich Aßfalg (1884–1948) (links),
Benedikt Hagenauer (1892–1971) (rechts)

Das Lindenberger Tagblatt vom 30. Juni 1933 meldete u. a.: „In Schutzhaft genommen wurden heute früh 6 Uhr die beiden Stadtratsmitglieder der SPD (Sozialdemokratische Partei Deutschlands, K.S.), die Herren Benedikt Hagenauer und Karl Aßfalg. Von derselben Maßnahme betroffen wurden am Mittwoch nach einer Mitteilung der ‚Allgäuer Nationalzeitung‘ vom gestrigen Donnerstag die drei Bezirkstagsmitglieder der BVP (Bayerische Volkspartei, K.S.), Martin Vögel, Oekonomierat Ehrle und Buchdruckereibesitzer Fridolin Holzer. – Aus der Schutzhaft wieder entlassen wurde der Bäckermeister Josef Koller, Weiler, und am Mittwoch vormittag nach kurzem Verhör Herr Josef Keller, Lindenberg. Die übrigen Mitglieder der Bayerischen Volkspartei befinden sich noch in Haft.“

Ihre Haftdauer im damaligen Amtsgerichtsgefängnis in Weiler betrug zwischen sechs und zehn Tagen. Auch der Lindenberger Sekretär des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes ADGB, Konstantin Rekla, und der Vorsitzende des republikanischen Schutzbundes „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“, Georg Baldauf, wurden verhaftet.

Die vier Lindenberger BVP-Stadträte sowie die beiden Sozialdemokraten waren bei den Stadtratswahlen vom 22. April 1933 für die Zeit bis 1937 gewählt worden. Trotzdem waren die beiden SPD-Stadträte der Hutarbeiterstadt von der NSDAP-Fraktion sowie vom NSDAP-Ortsvorsitzenden und Hauptlehrer Hans Vogel bereits von der geheimen Sitzung am 19. Juni „ferngehalten“ worden. Am 22. Juni verloren sie wegen des deutschlandweiten Verbots der SPD auch ihre Stadtratssitze. Die vier BVP-Stadträte verloren die ihrigen am 4. August 1933. Ihre zusammen sechs Stadtratssitze nahmen nun NSDAP-Mitglieder in Anspruch, darunter August Haisermann.

Bürstenmacher Karl Friedrich Aßfalg (1884–1948) hatte sich im Jahr 1912 von Untermarchtal stammend in Lindenberg ansässig gemacht und die öffentliche Werbearbeit für die Freie Hutarbeitergewerkschaft im Westallgäu übernommen. Hans Brey erinnerte sich 1955 daran:

„Aber auch sein Arbeitsplatz stand auf dem Spiel, da die Fabrikanten von seinem Arbeitgeber (Haisermann) seine Entlassung forder-

ten, oder mit Boykottierung seines Geschäftes drohten. Es blieb aber beim Versuch (...).“

Im 1. Weltkrieg ab 1914 waren er und der 1892 in Lindenberg geborene Buchdrucker Benedikt Hagenauer Soldaten und im November 1918 aktiv an dessen revolutionärer Beendigung durch die Arbeiter- und Soldatenräte beteiligt, wie Adolf Manz sich 1961 erinnerte: „Die Genossen Abfal, Hagenauer und Wilhelm Wiedemann (der übrigens im KZ erschlagen wurde) waren die leitenden Genossen. Abfal war im Mai 1917 vom Kriegsdienst entlassen worden und Hagenauer ist am 2. Juni 1916 schwer verwundet worden.“

Abfal, Hagenauer und Wiedemann wurden im Juni 1919 zusammen mit drei weiteren SPD-Mitgliedern erstmals zu Lindener Stadträten gewählt. Abfal wurde deren Fraktionsvorsitzender. Nun wurde er auch hauptamtlich als Sekretär der Freien Hutarbeitergewerkschaft angestellt und wohnte in der Schulstraße 4.

Am 2. Mai 1933 verbot das NS-Regime die freien Gewerkschaften des ADGB, beraubte diese ihres Geldes und finanzierte damit die Gründung einer eigenen faschistischen Einheitsorganisation von Arbeitern, Angestellten und Unternehmern, der DAF („Deutsche Arbeitsfront“). Hans Klingler, späterer Lindener Gewerkschaftssekretär, charakterisierte dies 1974 u. a. wie folgt: „Das Dritte Reich hat dann die Gewerkschaften in Lindenberg zerschlagen, seine Vertreter der Verfolgung ausgesetzt und durch Verwirklichung des Führerprinzips auch im Betrieb die hiesigen Fabrikanten zu ‚Betriebsführern‘ werden lassen, was einige in ihrem Gebaren bis heute noch nicht haben ablegen können.“

Nach dem militärischen Ende des NS-Faschismus am 8. Mai 1945 engagierten sich Hagenauer und Abfal sofort wieder als SPD-Mitglieder bei der Gestaltung der lokalen und regionalen Politik. Auch die Wiedergründung der Gewerkschaften und des SPD-Ortsvereins wurde von ihnen mit vorangetrieben. Abfal wurde 1946 SPD-Ortsvorsitzender. Auch in der neuen Hutarbeitergewerkschaft, der Gewerkschaft Textil und Bekleidung, wurde er nun wieder ihr Lindener Vorsitzender.

Während Karl Abfal aber nach schwerer Krankheit bereits am 15. Januar 1948 starb, erhielt Benedikt Hagenauer am 6. Februar 1956 für 25 Jahre ehrenamtliche Tätigkeit im Lindener Stadtrat den Ehrenring der Stadt für besondere Verdienste. Er verstarb am 6. Juni 1971 im Krankenhaus Weiler/Allgäu.

Quellen: Georg Grübel, Klaus Gietinger, Manfred Röhl: Chapeau – Das Westallgäu behütet die Welt, Lindenberg 2015; Hans Brey: Chronik über die Gewerkschaftsbewegung in Lindenberg, Lindenberg 1955, im Stadtarchiv Lindenberg; SPD Lindenberg (Hrg.): 70 Jahre SPD Ortsverein Lindenberg/Allgäu, Lindenberg 1981, S. 7–11. Günter Fichter: Das Jahr 1933 in Lindenberg, in: Andreas Kurz (Hrg.): Jahrbuch des Landkreises Lindau 2008, Bergatreute 2008, S. 119ff.



Der Lindenberger Strohhutarbeiter, Gewerkschafter und Sozialdemokrat Josef Bentele (1908–1974)

Josef Bentele sollte mundtot gemacht werden

Josef Bentele kam am 29. März 1908 als Sohn der Lindenberger Strohhutarbeiterfamilie Thomas und Mechthilde Bentele in der Hansenweiherstraße 9 auf die Welt.

Auch Lindenberg's Industrie hatte zu Beginn der 1930er-Jahre unter der 1929 einsetzenden Weltwirtschaftskrise zu leiden. Josef Bentele hatte Glück im Unglück und erhielt von 1932 bis 1934 einen Behelfsarbeitsplatz im Freiwilligen Arbeitsdienst FAD in der Stadt. Danach fand er bei der Hutfabrik Ottmar Reich einen Arbeitsplatz in deren Modellgießerei.

Bentele war schon seit seiner Jugend Sozialdemokrat und für die SPD und die Freien Gewerkschaften aktiv. Bei politischen Diskussionen unter Arbeitskollegen und in der Freizeit fiel er auch nach 1933 den Fanatikern und den opportunistisch Gewendeten weiterhin gelegentlich dadurch auf, dass seine Stellungnahmen nicht dem offiziell vorgegebenen Meinungsdictat der neuen Mächtigen entsprachen. So auch bei einem Gespräch mit einem der SA beigetretenen Arbeitskollegen im März 1936.

Die Sturmabteilungen SA der NSDAP waren deren zahlenmäßig größte uniformierte Massenorganisation für Meinungs- und Straßenterror sowie zur vormilitärischen Ausbildung. Bentele warf dem auf Linientreue eingeschworenen Arbeitskollegen u. a. vor: „Du hosch d'Kurve zur SA frej gnu gfunde.“ Der über solcherart Kritik empörte Kollege rief deshalb sofort in Lindenberg's „Braunem Haus“, der NS-Parteizentrale in der Schäfflerstraße an und denunzierte Josef Bentele. Dieser wurde daraufhin von seinem Arbeitsplatz weg verhaftet und zunächst in das Amtsgerichtsgefängnis in Lindau eingeliefert.

Am 28. September 1936 wurde Josef Bentele von dort aus in das Konzentrationslager KZ bei Dachau eingeliefert, erhielt die Haftnummer 10802 und wurde KZ-Häftling im dortigen Block 6. Im Oktober 1938 wurden die ersten Häftlinge aus dem von NS-Deutschland besetzten sudetischen Teil der Tschechoslowakei eingeliefert. Nach den antijüdischen Pogromen („Reichskristallnacht“) am 9. und

10. November 1938 wurden allein 10.911 jüdische Deutsche in Dachau eingesperrt. Das KZ war seit dem Vorjahr vergrößert worden.

Am 29. November 1938 wurde Josef Bentele aus dieser KZ-Hölle wieder entlassen. Zu den üblichen Entlassungsaufgaben gehörte, dass er unter Androhung einer erneuten Verhaftung niemanden, auch nicht den engsten Familienkreis, über die Zustände im KZ informieren durfte.

Der NS-Faschismus hatte zwischenzeitlich längst mit seinem offenen Kriegskurs begonnen, sich im März 1938 Österreich einverleibt und im Oktober 1938 das Sudetenland in der Tschechoslowakei besetzt. Im April 1940 wurde Josef Bentele zum Militärdienst einberufen und zunächst zum Zollgrenzschutz abgestellt. Nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion wurde er an die Ostfront versetzt. Während des winterlichen Fronteinsatzes beim 3. Grenadier-Regiment 848 erfroren ihm beide Beine. Dadurch verlor er seine Zehen am linken Fuß sowie den rechten Unterschenkel. Deswegen erhielt er das Verwundeten-Abzeichen in Silber und am 1. März 1944 das Infanterie-Sturmabzeichen in Silber. Über verschiedene Reservelazarette kam er wieder zurück in das Westallgäu und wurde am 30. März 1945 aus der Wehrmacht entlassen.

Nach NS-Regime und zweitem Weltkrieg bewarb sich Josef Bentele erfolgreich beim Lindenberger Ernährungsamt und wurde schließlich auch dessen Leiter. Nach der Auflösung dieses Amtes wurde er zum Leiter des Einwohnermeldeamts ernannt. Als gelernter Hutarbeiter bewältigte er auch seine neuen Verwaltungsaufgaben mit Bravour. Am 31. Dezember 1972 trat er in den Ruhestand und starb bereits zwei Jahre später mit 66 Jahren am 21. Dezember 1974.

Lindenberg



Franziska Weber
(1886–1985)

Franziska Weber wurde denunziert und ins Konzentrationslager eingeliefert

Von zwei Frauen ist bekannt, dass sie als Lindenbergerinnen in Konzentrationslager (KZ) des NS-Regimes eingeliefert wurden.

Am 6 Juni 1944 wurde die am 13. April 1913 in Lindenberg geborene Auguste Zwiesler, geschiedene Herr, im KZ Auschwitz ermordet. Am 23. März 1944 war sie in das Vernichtungslager

Auschwitz II Birkenau eingeliefert worden und hatte die Häftlingsnummer 76048 erhalten. Bis zum Tode ihrer Mutter war sie bei dieser in Lindenberg gemeldet. Danach war sie um das Jahr 1940 von Lindenberg mit seinen damals rund 5.325 Einwohnerinnen und Einwohnern weggezogen. In dem auf Anweisung von Reichsführer-SS Heinrich Himmler im Juni 1940 in Polen eröffneten KZ Auschwitz wurden bis zu dessen Befreiung am 27. Januar 1945 durch die Rote Armee der UdSSR rund 1,1 Millionen Menschen auf unterschiedliche Art ermordet. Zeitweise waren gleichzeitig rund 140.000 Menschen in den drei Teillagern Auschwitz I (Stammlager), Auschwitz II Birkenau sowie Auschwitz III, dem Buna-, bzw. Monowitz-Arbeitslager für Firmen wie Siemens und die deutsche IG-Farben AG.

Die 1886 geborene Franziska Weber, geborene Reichart, war die Tochter des Ehepaars Reichart, Wirtsleute des „Rößle“-Gasthofs in Lindenberg. Im Jahr 1909 heiratete sie den Bankkaufmann Friedrich Weber. Dieser arbeitete im Bankhaus König auf dem damaligen „Rößle-Feld“ an der Bahnhofstraße. Nach dem Ausscheiden von Oskar König aus seiner Bank und deren Übernahme durch die Bayerische Hypotheken- und Wechselbank wurde Friedrich Weber ihr Lindenberger Filialdirektor.

Seine Frau Franziska Weber, von vielen Lindenbergern der Einfachheit halber „Bankwäbere“ genannt, lehnte das NS-Regime aus tiefstem Herzen ab. Sie beugte sich nicht dem im Bürgertum üblichen Opportunismus und äußerte immer wieder ihre ablehnende Meinung über das Regime und dessen Machthaber. Nach dem Beginn des Zweiten Weltkriegs durch den Überfall NS-Deutschlands auf Polen am 1. September 1939 kritisierte sie in einem Lindenberg-

ger Ladengeschäft „den Hitler“ für seine Politik. Dies wurde dem Lindenberger Bürgermeister und NSDAP-Kreisleiter, Hauptlehrer Hans Vogel zugetragen. Dieser fand dadurch endlich den Vorwand, Frau Weber auf der Grundlage des NS-Heimtückegesetzes verhaften zu lassen. In „Schutzhaft“ genommen, wurde Franziska Weber am 4. September 1939 in das Amtsgerichtsgefängnis Lindau eingeliefert. Von dort wurde sie, ohne dass jemals ein Gerichtsverfahren stattgefunden hatte, am 13. November 1939 in das Frauenkonzentrationslager Ravensbrück eingeliefert.

Dieses Konzentrationslager am Schwedt-See bei Fürstenberg nahe Berlin war im Mai 1939 mit den ersten 860 deutschen sowie sieben österreichischen Frauen als Häftlinge in Betrieb genommen worden. Im Juni kamen aus Österreich 440 Sinti- und Romafrauen mit Kindern als Häftlinge hinzu, im Dezember 1939 die ersten Frauen aus Polen.

Als Franziska Weber aus Lindenberger eingeliefert wurde, erhielt sie im Block I die Häftlingsnummer 2363. Ein erhaltener Brief von ihr aus dem KZ an ihren Mann vom Anfang Dezember 1941 macht deutlich, dass sie jegliche Hoffnung auf Rückkehr in die Freiheit verloren hatte. Sie erlaubte ihrem Mann sogar ausdrücklich, sich eine neue Frau zu suchen, damit er versorgt sei. Im KZ Ravensbrück waren inzwischen bei nunmehr rund 5.900 inhaftierten Frauen und Männern die ersten verhafteten Frauen aus der Sowjetunion eingeliefert worden und eine aus Berlin angereiste Kommission stellte im Dezember 1941 eine erste Liste mit gebrechlichen, kranken und jüdischen Frauen des KZs zusammen, welche mit Gas ermordet werden sollten.

Friedrich Weber in Lindenberger aber war zwischenzeitlich zur Zentrale der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) in Berlin gefahren, um über die Freilassung seiner Frau zu verhandeln. Diese wurde auch tatsächlich am 10. Dezember 1941 aus dieser KZ-Hölle entlassen.

Im April 1951 erhielt sie für die erlittenen rund 27 Monate Gefängnis- und KZ-Haft eine Entschädigung von 4.100,- DM. Am 7. Oktober 1985 verstarb Franziska Weber in Lindenberger, Waldstraße 13.



Kaufmann Jakob Plaut
aus Lindenberg (1867–1955)

Jakob Plaut überlebte das KZ-Ghetto Theresienstadt

Jakob Plaut war Hutverkäufer in gehobener Stellung bei der Lindenerger Firma Ottmar Reich, heute das Gebäude des Lindenerger Hutmuseums. Als ausgebildeter Kaufmann jüdischen Glaubens war der 1867 geborene Plaut von Straßburg kommend zusammen mit seiner 1875 geborenen Frau Luise 1920 nach Lindenberg gezogen. Sie

wohnten in der Hauptstraße 24. Im April 1938 verstarb Luise Plaut in Lindenberg.

Rund zwei Monate später wurde Jakob Plaut im Alter von 71 Jahren von der Firmenleitung wegen seines jüdischen Glaubens in den Ruhestand geschickt. Im entsprechenden Schreiben heißt es dazu: „Ihr sicher vorhandener persönlicher Wunsch, nach einem arbeitsreichen Leben sich zur Ruhe zu setzen, und der Zwang der politischen Verhältnisse andererseits, veranlassen mich, Ihnen Folgendes mitzuteilen: Ab 1. 7. des Jahres entbinde ich Sie von jeder Tätigkeit für mich und meine Tochtergesellschaft (...) und teile Ihnen von diesem Zeitpunkt eine monatliche Pension von RM 225,- zu (...).“

Ottmar Ritter von Reich war im Oktober 1934 zum Führer der NS-Reichsfachgruppe der Deutschen Damenhutindustrie aufgestiegen. Diplomkaufmann Otto Jung, 1923 eines der Gründungsmitglieder der NSDAP Lindenberg und bis 1933 stellvertretender Geschäftsführer der mit der Hutfabrik Ottmar Reich liierten Hutfirma M.E. Glunz, war bis 1938 zum Direktor des Reichsverbands der Bekleidungsindustrie in Berlin aufgestiegen.

Jakob Plaut lebte nach der Pensionierung weiter in Lindenberg, bis er am 12. Januar 1944 auf Anweisung der Gestapo von der Polizei abgeholt und in das KZ-Ghetto Theresienstadt bei Prag verschleppt wurde. Plaut schreibt dazu in seinen Erinnerungen: „(...) jegliche Verschleppung von Möbeln etc. würde strafrechtlich verfolgt werden, und da ich mich in meinem Leben stets an die Bestimmungen gehalten habe, ließ ich auch meinen kompletten Haushalt so stehen, wie er stand. Mitzunehmen war nur 1 Koffer und 1 Rucksack erlaubt (...). Als ich dann Anfang Juli 1945, nach 18-monatlicher Inhaftierung zurück nach Lindenberg kam, war von meinem gesamten Haushalt nichts mehr da (...).“ In Theresienstadt arbeitete Jakob Plaut als

Straßenkehrer, dann in der Abteilung Krankenkarteien der Häftlinge, als Torwächter an der Krankenstation und danach als Briefträger innerhalb des Ghettos. Seinen dortigen Alltag ab der Einlieferung schilderte er u. a. folgendermaßen: „Man musste sich vollkommen ausziehen und wurde auf das Allerpeinlichste untersucht, nach Waffen, Geld, Schmuck usw. Die zweite Plünderung begann (...). So bekam ich von einem SS-Mann mit einer Hundepeitsche einen Schlag auf den Kopf, da ich mich nicht schnell genug anzog.“

Nach all diesen Schikanen ging es dann in unser zugewiesenes Quartier, und zwar kamen wir auf einen Dachboden; irgendwelche Vorbereitungen waren absolut nicht getroffen. Wir übernachteten auf dem blanken Boden und nur der Überzieher diente als Unterlage und dies bei großer Kälte.

Im Laufe der Zeit bekam man eine Decke und von der Fürsorge auch ein Kissen und wer Glück hatte, konnte auch ein Bettgestell erlangen. So hauste ich sieben Monate auf drei Dachböden. Man wurde von Zeit zu Zeit immer wieder umquartiert (...).

Das Essen war vollkommen unzureichend. Es gab monatelang nur dünne Linsenextraktsuppe, das Brot war so schlecht, dass es in ganz kurzer Zeit verschimmelte (...).

In den Jahren 1943–45 war die Durchschnittsterblichkeit 30–40 Personen täglich (...).

Wenn auch die Zukunft in Theresienstadt für mich nicht gerade rosig aussah, ließ ich den Kopf nicht hängen, und um mich zu betäuben, verrichtete ich jegliche mir gebotene Arbeit.“

Jakob Plaut überlebte die gefürchteten Fleckfieberseuchen im Lager, die willkürlichen Erschießungen, wurde nicht auf einen der regelmäßigen Eisenbahntransporte zur Vernichtung der Gefangenen in den Todeslagern Auschwitz, Treblinka usw. mit zusammen rund 88.000 Todesopfern geschickt und gehörte nicht zu den rund 34.000 Toten im KZ-Ghetto selbst.

Am 8. Mai 1945 befreite die sowjetische Rote Armee das Lager. Im Sommer 1945 kehrte Jakob Plaut nach Lindenberg zurück. Vor dem dortigen Wiedergutmachungsausschuss musste er um eine Entschädigung für das erlittene Unrecht kämpfen. Er starb am 9. September 1955 in Augsburg.

Lindenberg

Otto Geßler und
Anton Fehr und
das Attentat vom
20. Juli 1944



Dr. Otto Geßler (1875–1955) (links),
Dr. Anton Fehr (1881–1954) (rechts)

Das Attentat der Gruppe um Claus von Stauffenberg gegen Adolf Hitler am 20. Juli 1944 schlug fehl. Adolf Hitler überlebte verletzt. In ganz Deutschland folgte eine Verhaftungswelle mit 200 Toten, die auch den Landkreis Lindau erreichte.

Trotz regnerischen Wetters fuhren die beiden ehemaligen Reichsminister der „Weimarer Republik“, welche inzwischen in Lindenberg wohnten, Dr. Otto Geßler und Prof. Dr. Anton Fehr, zwei Tage nach dem Attentat von dort per Kutsche zur Kirschenernte nach Achberg. Geßler schilderte die folgenden Ereignisse in seinen 1958 erschienen Memoiren:

„Dort trafen wir zufällig mit Minister a.D. Dr. Hermes zusammen, der seine Kinder zu Verwandten in Achberg evakuiert hatte. Als ich gegen 7 Uhr abends nach Hause zurückkehrte und eben das Abendessen einnehmen wollte, erschienen auf meinem Hofe in Lindenberg in zwei Autos vier Beamte des Sicherheitsdienstes SD. Der Führer, ein Oberregierungsrat, erklärte mir, er habe den Auftrag, mich festzunehmen, ebenso Dr. Fehr und Dr. Hermes.

Die Sache kam mir insofern nicht überraschend, als sofort nach Bekanntwerden des Anschlags auf Hitler meine Frau sagte: ‚Es wird jetzt eine neue große Terrorwelle durch das Land geben.‘ Außerdem war mir bekannt, dass ich seit Jahren überwacht werde. Mir blieb nur kurze Zeit, unter der Kontrolle der Beamten das Allernotwendigste zusammenzupacken und mich von meiner Frau zu verabschieden.“

Auch zu Dr. Fehr kam die Geheime Staatspolizei (Gestapo) nach Hause, durchwühlte die komplette Wohnungseinrichtung und verhaftete ihn. Hintergrund der Polizeiaktion war einerseits das zufällige Zusammentreffen der drei ehemaligen Minister bei der Achberger Kirschenernte, weitergemeldet durch einen Denunzianten. Außerdem standen sowohl Fehr als auch Geßler, ohne selbst davon zu wissen, schon 1942 auf einer Namensliste des früheren Leipziger Bürgermeisters Carl Friedrich Goerdeler, notiert als mögliche Mitarbeiter einer neuen Regierung nach Hitlers Tod. Goerdelers bürgerlicher Widerstandskreis wiederum hatte über den ehemaligen Generalstabschef des Heeres, Ludwig Beck, Verbindung zum militärischen Oppositionskreis um die Gebrüder von Stauffenberg. Poli-

tisches Ziel war ein elitärer deutscher Staat mit Führersystem und Antisemitismus, allerdings ohne den Nazi-Terror und mit der Beendigung des längst verlorenen 2. Weltkriegs.

Gegen die nun folgenden Verhöre und Folterungen half es nichts, dass es Dr. Geßler in seinen Jahren als Reichswehrminister gewesen war, der zusätzlich zur legalen Reichswehr heimlich die „Schwarze Reichswehr“ hatte aufbauen lassen und dass Dr. Fehr als Reichstagsabgeordneter der Deutschen Bauernpartei 1933 für Hitlers antideмократische Ermächtigungsgesetze gestimmt hatte.

Dr. Hermes wurde in das Gefängnis im Zivilarbeitslager Lehrter bei Celle verschleppt, wo er überlebte. Fehr und Geßler wurden getrennt über Augsburg nach Berlin in das GESTAPO-Gefängnis in der Lehrter Straße und von dort in die Zellen der Sicherheitspolizeischule in Drögen/Mecklenburg (in der Nachbarschaft der Konzentrationslager KZ Ravensbrück und Sachsenhausen gelegen) verschleppt.

Dr. Fehr wurde danach in Ravensbrück verhört, während die Gestapo aus Stuttgart seinen Lindenberger Bauernhof „Lindenlohe“ nochmals durchsuchte. Aus der Haft in Drögen schrieb er am 27. Juli seiner Frau nach Lindenberg, dass er nur zweimal die Woche schreiben dürfe und dass es ihm „naturgemäß körperlich besser geht als seelisch (...). Ich weiß bis heute nicht, was der ursächliche Grund meiner Festnahme und Inhaftierung in Berlin ist.“ Am 13. September 1944 kam er wegen offensichtlicher Nichtbeteiligung an der Verschwörung gegen Hitler wieder frei. Seine Angehörigen hatten sich bei NSDAP-Kreisleiter Vogel in Lindenberg, bei NSDAP-Gauleiter Wahl in Augsburg und beim verhörenden Kriminalrat Lange in Drögen persönlich für ihn eingesetzt.

Dr. Geßler aber blieb in Haft und schilderte später die erlittenen Folterungen: „Bei meiner Ankunft wurde ich von Lange (Burschenschaftler mit großem Schmiss) mit den wüstesten Beschimpfungen empfangen: Er habe mich schon im Frühjahr holen wollen, sei aber leider daran gehindert worden. Jetzt sei ich des Hochverrats so viel wie überführt. Auf meine Frage, worauf sich diese Anklage stütze, erwiderte er, ich sei von den Hochverrättern als politischer Beauftragter beim Wehrkreis VII bestimmt worden. Meine Aufgabe sei gewesen, am ‚Sitz der Bewegung‘ die führenden Parteileute umzulegen. Ich konnte darauf mit ruhigem Gewissen erwidern, dass mir von niemandem irgendein Amt angeboten worden sei und dass ich deshalb auch gar keine Gelegenheit gehabt hätte, ein solches anzunehmen (...). Die Folterung bestand darin, dass mir zwischen die Finger beider Hände scharfgeschnittene Holzstäbe bis auf den Knochen mit aller Gewalt eingepresst und die Wunden dann mit rohen Stäben erweitert wurden.“



Die Wunden eiterten wochenlang, und ich trage die Narben wohl für immer an den Händen.“

Was die Gestapo offensichtlich nicht wusste und nicht erfuhr, war die Tatsache, dass sowohl Fehr als auch Geßler Teil des informellen großbürgerlichen Oppositionsnetzwerks um Franz Sperr waren, dem bis 1934 letzten bayerischen Gesandten in Berlin ohne NSDAP-Mitgliedschaft.

Nach zwei Monaten Haft im Männertrakt des KZ Ravensbrück wurden Otto Geßlers Haftbedingungen verschlechtert. Er erhielt eine miserablere Zelle, musste KZ-Häftlingskleidung tragen, erhielt zu wenig Essen und durfte nicht mehr schreiben. Im November 1944 in das Berliner Gefängnis Lehrter Straße verlegt, kam er im Monat darauf wieder zurück in das KZ und ab 24. Januar 1945 erneut nach Berlin in Gefängnishaft. Inzwischen war er durch den



Das HJ-Heim Lindenberg's im „Hans-Vogel-Heim“ (im Haus der früheren Hutfabrik „Mercedes“) um das Jahr 1938, mit den Fahnen der NSDAP, der SS, der SA, der Deutschen Arbeitsfront und des Reichsnährstandes, heute im Brenntnerwinkel 4

Nahrungsmangel derart geschwächt, dass er selbst seinen Tod erwartete.

Unerwartet wurde er am 24. Februar 1945 in Freiheit entlassen. Da er sich im KZ Ravensbrück einen Oberschenkel gebrochen hatte, konnte er beinahe nicht zum Gefängnistor laufen. Dort traf er auf Frau Hermes, welche ihn für drei Wochen in eines der verbliebenen Krankenhäuser brachte. Erst danach fuhr er zurück nach Lindenberg. Vom US-amerikanischen Oberkommandierenden in Bayern wurde er im Mai 1945 als Staatsrat ohne Bezüge in die erste provisorische bayerische Landesregierung nach dem NS-Regime berufen.

Nach sechs Wochen aber wurde er wieder entlassen. Seine geplante Berufung zum ersten Kreispräsidenten im französisch besetzten Landkreis Lindau scheiterte daran, dass der französischen Militäradministration kurz zuvor seine frühere Mitwirkung an der gegen die Bestimmungen des Versailler Friedensvertrags von 1919 verstoßende „Schwarzen Reichswehr“ bekannt wurden. 1952 wurde er Ehrenbürger der Stadt Lindenberg.

Dr. Anton Fehr, einer der Neubegründer des bayerischen Bauernverbands nach 1945, erhielt 1951 die Ehrenbürgerwürde seiner Heimatstadt Lindenberg.

Quellen: Hermann Stoller: Reichswehrminister Dr. Otto Geßler, in: Andreas Kurz (Hrg.): Jahrbuch des Landkreises Lindau 2006, Aulendorf 2006, S. 26ff; Briefwechsel von Dr. Anton Fehr 24.7.1944–31.3.1945, im Kreisdokumentationszentrum des Landkreises Lindau in Weiler; Anton Dörner: Keine moralische Demütigung erspart, in: Der Westallgäuer vom 20.7.1994.

Nonnenhorn

Anni und Georg Stoppel
trotzten erfolgreich
einem Todesurteil



Anni Breher und Georg Stoppel als Liebespaar im Oktober 1934

Jungbauer Georg Stoppel (1908–1973) aus Nonnenhorn, Sohn aus zweiter Ehe seines Vaters Georg Stoppel und seiner Mutter Maria Magdalena, geb. Hotz, musste 1934 wegen einer Erkrankung an Tuberkulose für neun Monate zur Erholung weg von Nonnenhorn und kam nach Davos. Dort, außerhalb der geistigen Enge NS-

Deutschlands, lernte er andere Menschen aus unterschiedlichen Ländern und in Gesprächen mit diesen deren Besorgnis über Deutschlands Entwicklung kennen.

Gleichzeitig musste sein 1869 geborener Vater in Nonnenhorn viele Unannehmlichkeiten durch das NS-Regime aushalten. Dieser war bereits ein drittes Mal als Bürgermeister gewählt worden und weigerte sich weiterhin standhaft, der NSDAP beizutreten. Nun aber trat er von seinem Bürgermeisteramt zurück und starb nach einer Magenoperation am 4. Mai 1936.

Georg Stoppel junior, wieder zurück am Bodensee, übernahm den elterlichen Bauernhof und heiratete 1937 seine langjährige Liebe. Anni Breher (1915–2013), Tochter des Wirts der Nonnenhorer Bahnhofswirtschaft mit Dorfschlachthaus und Metzgerei (heute „Zum Torkel“), wurde nach Zeit raubenden Schikanen durch die Ämter seine Frau und zog zu ihm auf den Bauernhof, welchen seine Mutter mit in ihre Ehe gebracht hatte.

Wegen seiner überstandenen TBC war Georg Stoppel junior inzwischen amtlich als „wehrunfähig“ eingestuft worden. Deshalb wurde er auch nicht als Soldat in den 2. Weltkrieg geschickt, im Dorf selbst aber von anderen im arbeitsreichen Alltag argwöhnisch beobachtet.

Am 20 Juli 1944 scheiterte das Attentat von deutschen Offizieren um Claus von Stauffenberg gegen Adolf Hitler. Am Tag danach wurden auch in Nonnenhorn verschiedene Menschen verhaftet, welche schon länger als regimekritisch bekannt waren. Unter ihnen war auch der inzwischen fünffache Familienvater Georg Stoppel, welcher im Bereich der heutigen Seesteig gerade Kirschen erntete. Er war von zwei Nonnenhornern, einem kaufmännischen Angestellten und einem Bahnbediensteten, denunziert worden, weil er am Stammtisch in der Bahnhofswirtschaft nach einem Schoppen Wein gesagt hat-

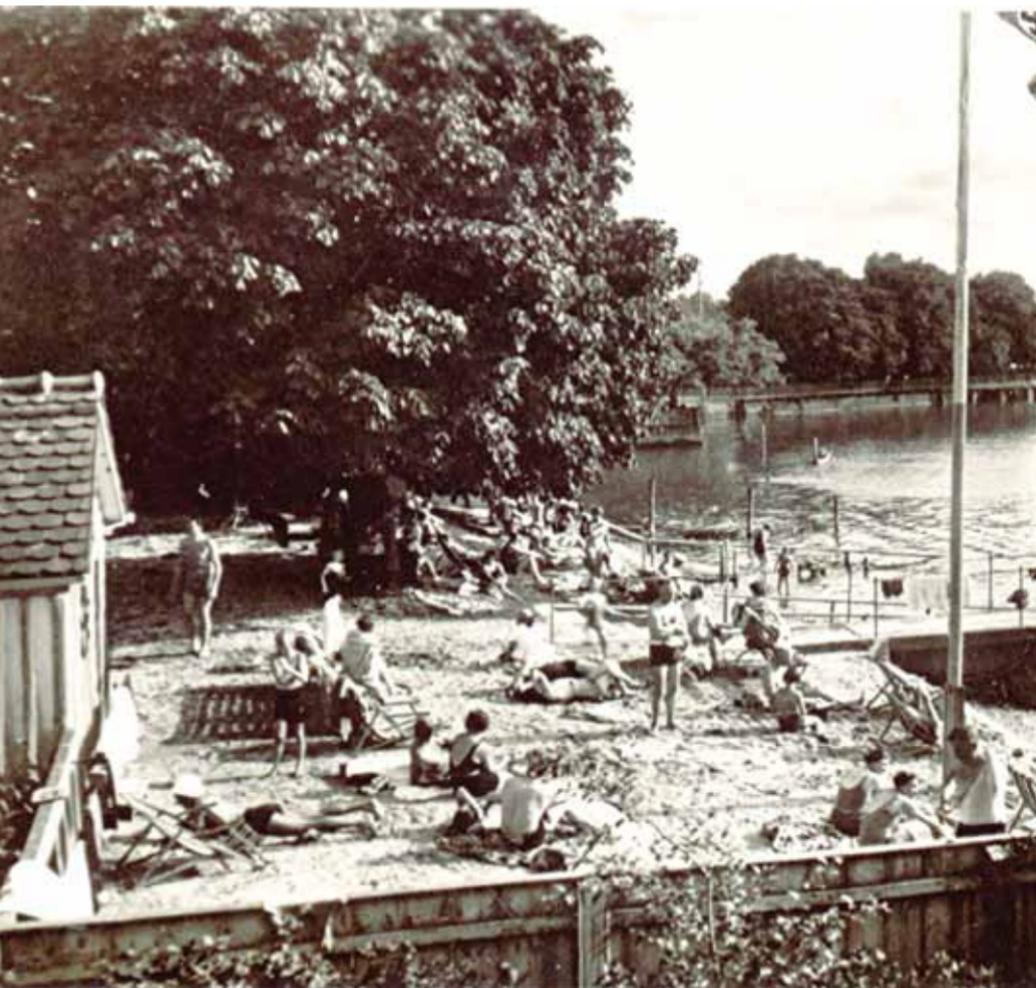
te, ein Bekannter von ihm sei verletzt von Stalingrad zurückgekehrt und habe ihn darüber informiert, dass die deutschen Medien über die dortige blutige Niederlage der Wehrmacht vom Januar 1943 nicht die Wahrheit berichten würden.

Zunächst wurde Georg Stoppel im Lindauer Amtsgerichtsgefängnis am Stiftsplatz inhaftiert, nach vier Wochen gefesselt durch die Stadt zum Bahnhof geführt und in U-Haft ins berüchtigte Münchner Gefängnis Stadelheim verlegt. Am 1. Dezember 1944 kam es im Münchner Justizpalast wegen „Wehrkraftzersetzung“ zum Prozess gegen ihn. In der Anklageschrift der Staatsanwaltschaft wurden ihm folgende weitere Ansichten vorgeworfen: „Die Russen wollten dem deutschen Volke in Wirklichkeit nichts, lediglich das heutige System beseitigen (...). Der Beschuldigte hat sich noch weiter abträglich ausgelassen. So kritisierte er (...) die Einberufung der Bauern und die Behandlung der Juden. Er führte noch aus, dass man uns Verschiedenes versprochen, aber nur zum Teil gehalten habe (...). Alles sei so ein Schmus, den man uns einfach vormacht. An den Fronten würde es ganz anders aussehen. Auch an verschiedenen Persönlichkeiten würde es fehlen; man verbiete den Bauern Branntwein und Obst über den zulässigen Höchstpreis abzugeben, trotzdem kämen verschiedene Herren in Uniform, die höhere Preise bieten und sogar Tauschware mitbrächten.“

Stoppels Nachbarin, Agathe Wezler, welche zusammen mit Anni Stoppel zum Prozess gefahren war, trat als Zeugin der Verteidigung auf. Sie fragte den Richter, was Georg Stoppel denn verbrochen habe und bat das Gericht, ihn freizusprechen, da er zuhause auf dem Bauernhof dringend benötigt werde. Seine Frau mit den fünf Kindern, einer zugewiesenen sowjetischen Zwangsarbeiterin und einem polnischen Zwangarbeiter könne die viele Arbeit nicht allein bewältigen. Daraufhin wurden beide Frauen vom Richter bedrohlich angeschrien: „Für ihren Mann gilt nur das Wort des Führers und wissen Sie, was das heißt Frau Stoppel? Den Kopf herunter!“

In Nonnenhorn wurden damals die männlichen Zwangsarbeiter im Dorf des Nachts in einem kleinen Lager an der Uferstraße Richtung Kressbronn festgehalten. Einige von ihnen stellten in ihrer Freizeit Kinderspielzeug her und versuchten dieses heimlich gegen Lebensmittel zu tauschen.

Georg Stoppel wurde vom Oberlandesgericht in München umgehend wegen „Wehrkraftzersetzung“ zu einem Jahr und vier Monaten Haft verurteilt und zurück nach Stadelheim gebracht. Bei einem Besuch alle vier Wochen erkannte Anni Stoppel ihren abgemagerten und kahl geschorenen Mann beinahe nicht mehr. Auch sickerte durch, dass er am 1. Mai 1945 im KZ Dachau hingerichtet werden solle.



Im Winter und Frühjahr 1945 kamen immer mehr Bewohner der Städte aufs Land, um bei den Bauern Lebensmittel zu „hamstern“. Dabei lernte Anni Stoppel zufällig auch einen Münchner Staatsanwalt mit Frau und Sohn kennen. Dieser versprach nach einem längeren Gespräch, sich für eine Strafunterbrechung für ihren Mann einzusetzen. Tatsächlich durfte Georg Stoppel Mitte April für zwei Wochen nach Nonnenhorn.

Der dortige Fahrdienstleiter im Bahnhof, Josef Weh, Anni Stoppels Schwager, stand per Bahn internem Morsesystem in informeller Verbindung mit württembergischen Eisenbahnern. Täglich erfuhr er auf diesem Weg, wo sich im April 1945 gerade die französische Armee jeweils befand. Er informierte darüber Anni Stoppel und schlug dieser vor, ihren Georg für die restlichen Tage des Kriegs und des NS-Regimes zu verstecken und nicht zurück nach München zu lassen. Dies geschah nun auch im alten Restkeller des frühe-



Das Strandbad Nonnenhorn mit der NSDAP-Fahne auf einer Postkarte aus der NS-Zeit

ren Bauernhauses unterhalb ihres Gartens. Der Eingang wurde mit übrigen Wackersteinen des Kellers wieder verschlossen. Niemand außer ihr wusste davon. Nachts versorgte sie ihren Mann heimlich mit Lebensmitteln. Dem NS-Ortsgruppenleiter, der immer wieder zur Kontrolle kam, sagte sie auf Nachfrage: „Den Georg haben sie doch schon wieder abgeholt.“

Auch nachdem die französische Armee am 30. April 1945 Nonnenhorn befreit hatte, versteckte sich Georg Stoppel aus Unsicherheit weiter. Erst als der US-Armee in München aufgefallen war, dass der im Häftlingsbuch von Stadelheim aufgeführte Georg Stoppel aus Nonnenhorn fehlte, wandte sich dieser per Brief an dessen Frau.

Sie solle sich deshalb bei der entsprechenden US-Dienststelle melden. Außerdem sei für alle früheren politischen Gefangenen eine vorläufige Amnestie erlassen worden. Nachdem in der Nonnenhorer Villa am See ein Dolmetscher gefunden worden war, traute sich Georg Stoppel Mitte Mai 1945 erstmals wieder aus dem alten Keller ans Tageslicht, war gerettet und frei. Später erhielt er pro erlittenem Hafttag 8 Pfennige Entschädigung zugesprochen. Im Jahr 1950 wurde das Urteil gegen ihn rückwirkend wieder aufgehoben.

Oberreitnau

Landwirt Gebhard aus Humbertsweiler durfte sich 1940 nicht mit Soldaten unterhalten



Josef Fridolin Gebhard (1887–1965) als Soldat im 1. Weltkrieg

Das NS-Regime hatte mit der Besetzung Österreichs im März 1938, der Einverleibung des sudetischen Teils der Tschechoslowakei im Rahmen des „Münchener Abkommens“ im September 1938, der Besetzung des noch freien Teils der Tschechischen Republik im März 1939 sowie dem Überfall auf Polen am 1. September 1939 den Zweiten Weltkrieg entfesselt.

Am 6. Januar 1940 fuhr der 52-jährige Josef Gebhard, Landwirt aus Humbertsweiler in der damals noch selbständigen Gemeinde Oberreitnau nördlich von Lindau und ehemaliger Soldat des 1. Weltkriegs (1914–1918), in Begleitung seines 15-jährigen Sohnes mit dem von Bregenz kommenden Kursschiff „Bludenz“ von Lindau in Richtung Konstanz. Auf dem Schiff begegnete er u. a. einigen jungen Soldaten, welche sich auf dem Weg zu ihrer Kaserne an der Grenze zu Frankreich befanden. Der ursprünglich für November 1939 geplante Angriff NS-Deutschlands gegen Frankreich war von Adolf Hitler und dem Oberkommando der NS-Wehrmacht auf den Mai 1940 verschoben worden. Frankreich hatte zusammen mit Großbritannien als Unterstützung für das überfallene Polen am 3. September 1939 an NS-Deutschland den Krieg erklärt.

Der mitreisende Unterfeldwebel der Soldaten ließ Josef Gebhard im Hafen von Friedrichshafen durch die Grenzpolizei verhaften, der dortigen Geheimen Staatspolizei (Gestapo) ausliefern und später in das Amtsgerichtsgefängnis Lindau überführen.

Was war geschehen?

Laut polizeilicher Denunziation durch den Unterfeldwebel habe Josef Gebhard gegenüber den beiden Rekruten „zum Ausdruck gebracht, wir gingen einer schweren Zeit entgegen, worunter die Soldaten an der Front besonders zu leiden hätten. Die polnischen Kriegsgefangenen in Deutschland seien trotz der Vernichtung ihres Heeres der Ansicht, dass Deutschland diesen Krieg nicht gewinnen könne und diese Meinung teile er. Wer den Krieg gewinne, könne noch niemand sagen“. Außerdem hatte Gebhard trotz Verbots auch nach

Beginn des 2. Weltkriegs immer wieder Radio Beromünster aus der neutralen Schweiz angehört.

Auf Anfrage der Gestapo beurteilten nun der Ortsgruppenleiter Oberreitnaus sowie Kreisleiter Vogel der NSDAP Josef Gebhard noch am 6. Januar. Dieser habe nie einer politischen Partei angehört, stehe aber der katholischen Zentrums-Partei nahe, gelte als „kirchlich stark gebunden und muss politisch als unzuverlässig bezeichnet werden“.

Gebhards Frau, inzwischen mit der Frühjahrsarbeit auf dem Bauernhof sowie mit ihren fünf Kindern bis hin zur Erkrankung völlig überlastet, erreichte ab März, dass sich der Ortsbauernführer Oberreitnaus und in seinem Gefolge auch die Kreisleitung der NSDAP gegenüber der Staatsanwaltschaft für mildernde Umstände aussprachen.

Im Jahr 1940 griff das NS-Regime im April Dänemark und Norwegen an und überfiel im Mai die neutralen Länder Luxemburg, Belgien sowie die Niederlande sowie parallel Frankreich. Nun wurde Josef Gebhard bei der Sitzung des Sondergerichts am Oberlandesgericht München in Lindau am 11. Juni 1940 zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt, abzüglich der inzwischen erlittenen Untersuchungshaft von 4 Monaten und 2 Wochen. In boshafter Manier berichtete das Lindauer Tagblatt, seit 1934 mit der Lindauer Nationalzeitung der NSDAP zwangsvereinigt, darüber rufschädigend u. a., Gebhard sei als „Volksschädling abgeurteilt“ worden, da er aus „staatsgegnerscher Einstellung“ gehandelt habe. Außerdem wurde sein „Blaupunkt“-Radio eingezogen und er hatte bei einem Jahreseinkommen von nur rund 3.000 Reichsmark die Gerichtskosten von 208,- RM zu bezahlen.

Um die Fortexistenz seines Bauernhofs nicht existenziell zu gefährden, wurde die Vollstreckung der noch offenen Reststrafe im Sommer 1940 auf Bewährung ausgesetzt. Erst auf Antrag Gebhards wurde das NS-Unrechtsurteil fünf Jahre nach Ende des NS-Regimes 1950 durch das Landgericht München wieder aufgehoben.

Maria Sinz und Anna Maria Nussbaumer durften nicht weiter leben



Das am 7. November 2010 an der Kirche von Sulzberg/Vorarlberg eingeweihte Denkmal für die vier Euthanasieopfer aus dem ehemaligen Armenhaus des Dorfes, darunter Maria Sinz (1899–1945)

Anna Maria Nussbaumer wurde am 1. März 1901 in Zellers bei Oberreute im bayerischen Allgäu nahe der Grenze zu Vorarlberg geboren. Nach Angaben ihres Bruders Georg Nussbaumer, Landwirt in Langenegg im vorderen Bregenzer Wald, war Anna Maria eine Frühgeburt im 7. Monat. Sie war aber von so kräftiger Natur, dass sie diese schwierige Situation überlebte.

Auch in der Schule lernte sie später gut und arbeitete danach als eigenständige Näherin. Sie war römisch-katholischen Glaubens, blieb ledig und lebte als erwachsene Frau in Langenegg.

Nachdem sie sich immer stärker religiös betätigte, wurde sie immer nervöser. Deshalb wurde sie am 14. August 1929 in die 1870 gegründete Vorarlberger „Landesirrenanstalt Valduna“ bei Rankweil aufgenommen.

Maria Sinz kam ein Jahr nach ihrem Bruder Josef am 20. Juni 1899 in Oberreute auf die Welt. Ihre Eltern Martin Sinz und Theresia Sinz, geborene Mader, waren 1897 in Oberreute getraut worden und wohnten damals im Gemeindeteil Hinterschweinhöf. Theresia Sinz hatte einen 1889 geborenen ledigen Sohn in die Ehe mitgebracht. Sie starb bereits 1901, als Maria erst zwei Jahre alt war. Danach zog der Vater mit den drei Kindern nach Dornbirn. In Dornbirn-Hatlerdorf wohnte die Taufpatin von Maria. Diese kam zuerst in das berühmte „Kinderrettungshaus“ Jagdberg bei Feldkirch und dann in das Mädchenheim in Bürs gegenüber von Bludenz.

Im Frühjahr 1918 kam Maria mit der Diagnose „manisch-depressiv“ erstmals für rund zwei Monate zur Behandlung in die Valduna bei Rankweil. Während eines zweiten Aufenthalts dort von März 1921 bis September 1933 wurde sie in Bregenz zwangsweise sterilisiert. Danach wohnte sie auf eigenen Wunsch im Armenhaus der Gemeinde Sulzberg nahe von Oberreute. Von Januar 1934 bis März 1940 war Maria ein drittes Mal zur Behandlung in der Valduna, wurde danach aber vorübergehend zu ihrem Bruder nach Hause entlassen.

Zwischenzeitlich hatte das deutsche NS-Regime am 12. März 1938 Österreich militärisch besetzt und als „Ostmark“ in sein „Drittes Reich“ eingegliedert. Die „Landesirrenanstalt“ und die benachbarte kirchliche „Wohltätigkeitsanstalt“ in Valduna wurden im Dezember 1938 unter der Leitung von Dr. Josef Vonbun zur „Heil- und Pflegeanstalt Valduna“ zusammengeschlossen. Psychiater Dr. Vonbun war bereits 1937 heimlich der damals in Österreich verbotenen NSDAP beigetreten und Sturmarzt von deren SA geworden. Bereits 1939 begannen auch in der Valduna die Überlegungen dafür, die Anstalt von den bisherigen Insassen und Patienten zu leeren, um dadurch für den geplanten großen Krieg zusätzliche Lazaretträume zu gewinnen.

Maria Sinz wurde am 17. Dezember 1940 ein viertes Mal in die Valduna eingeliefert. Auch dort hatten inzwischen auf Grundlage des Erlasses von Adolf Hitler vom September 1939 die unmittelbaren Vorbereitungen für die industrielle Ermordung wirtschaftlich nicht genügend ausbeutbarer Menschen im Rahmen der NS-„Euthanasie“ begonnen. In insgesamt sieben Transporten in grauen Omnibussen wurden zusammen 447 Menschen aus und über die Valduna in die Mordanstalten in Schloss Hartheim und Niedernhart bei Linz sowie Hall in Tirol verschickt. Augenzeugen berichteten später davon, wie sich beim Verladen der Todgeweihten durch Pflegerinnen und NS-Ärzte erschütternde Szenen abspielten, da die Opfer offensichtlich ahnten, was ihnen bevorstand.

Maria Sinz war am 24. März 1941 im Todestransport nach Hall dabei. Dort starb sie am 15. März 1945, drei Wochen vor dem Ende des NS-Regimes, angeblich an Tuberkulose. Anna Maria Nussbaumer, zwischenzeitlich im Armenhaus in Langenegg wohnend, wurde von dort in die Gaskammer auf Schloss Hartheim deportiert und ermordet. Der 1913 in Oberreute geborene Gebhard Blank wurde während der Kriegsjahre des NS-Regimes von dort abgeholt. Danach gab es kein Lebenszeichen mehr von ihm.

Quellen: Unterlagen von Ortsheimatpfleger Heinz Möblang in Oberreute; Johann-August-Malin-Gesellschaft (Hrg.): Von Herren und Menschen – Verfolgung und Widerstand in Vorarlberg 1933–1945, Bregenz 1985; Meinrad Pichler: Nationalsozialismus in Vorarlberg – Opfer, Täter, Gegner, Innsbruck 2012; Thomas Rüscher: NS-„Euthanasie“ im Bregenzer Wald und Anwendungsmöglichkeiten im Unterricht, Diplomarbeit an der Universität Innsbruck 2008.

Opfenbach-Wigratzbad

Antonie Rädler und
Pfarrer Josef Wohlfinder
lebten mutig ihren Glauben



Antonie Rädler (1899–1991) in
der elterlichen Metzgerei
in Lindau vor 1936

Antonie Rädler wurde am 14. Dezember 1899 als jüngste von vier Töchtern der Anna Maria Rädler, geborene Gsell, und des Landwirts und Metzgermeisters Andreas Rädler in Opfenbach-Wigratzbad geboren.

Von 1927 bis 1936 war sie Filialleiterin der Metzgereifiliale ihres Vaters in der Fischergasse 17 in Lindau am Bodensee. Nebenbei beteiligte sie sich als Laiin immer stärker an den Aktivitäten der katholischen Kirche in Wohmbrechts und entwickelte dort also ein erfolgreiches Laienapostolat.

Nach der Machtübergabe an eine Regierung der NSDAP am 30. Januar 1933 durch Reichspräsident von Hindenburg weigerte sich Antonie Rädler ihrem Glauben folgend beharrlich auch gegenüber der Lindauer SA (NS-„Sturmabteilung“), das Marienbild der „Dreimal wunderbaren Mutter von Schönstadt“ in der Lindauer Metzgereifiliale durch ein Bild des NS-Führers Adolf Hitler zu ersetzen und ab nun mit dem Hitlergruß zu grüßen.

Das zog ihr zunehmend den Hass und die Verfolgung durch örtliche Faschisten zu. Dreimal wurde sie bei ihren nächtlichen Heimhängen von Unbekannten angehalten, belästigt und bedroht, konnte aber jeweils entkommen.

In ihrer Heimatgemeinde Opfenbach wurde zu dieser Zeit der am 9. Oktober 1889 in Ichenhausen bei Günzburg geborene Josef Wohlfinder (1889–1968) ebenfalls immer stärker unter Druck gesetzt. Er war seit 1929 der katholische Pfarrer von Opfenbach. Da seine Kanzelpredigten den örtlichen Nazis unter der Führung von Ortsgruppenleiter Martin Rogg oft nicht gefielen, wurde im Dorf mehr oder weniger offen von einer drohenden Verhaftung von Pfarrer Wohlfinder und seiner eventuellen Einlieferung in ein Konzentrationslager gesprochen.

Nach offenen denunziatorischen Anklagen durch die örtliche „Hitlerjugend“ rieten ihm 1934 mehrere Gemeinde- und Pfarrgemeindemitglieder, sich im Ausland in Sicherheit zu bringen. Der Käsermeister von Opfenbach-Heimen brachte ihn nun mit seinem Mo-

torrad bei Nacht und Nebel in die Schweiz, von wo aus er nach Argentinien emigrierte.

1936 telefonierte ein in die Planungen der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) und der NSDAP im Landkreis Lindau Eingeweihter, ein Freund von Metzgermeister Andreas Rädler, in einer Nacht mit diesem und riet ihm dringend: „Nimm Deine Tochter sofort von Lindau weg, sonst ist sie des Todes!“ Umgehend schloss Vater Rädler über Nacht die Lindauer Filiale und holte seine Tochter nach Wigratzbad.

Zum Dank für diese Rettung begann Antonie 1937 mit der Organisation für den Bau einer Kapelle auf einem Grundstück ihrer Eltern in Wigratzbad, welche den Namen „Unsere Liebe Frau, die unbefleckte Mutter vom Sieg“ erhalten sollte.

Am 21. November 1937 wurde sie zum ersten Mal von der Gestapo verhaftet, in deren berüchtigtes Gefängnis „Katzenstahl“ mit bis zu 500 Haftplätzen nach Augsburg gebracht und tagelang verhört. Am 8. Dezember 1937 sollte die von ihr gestiftete Kapelle geweiht werden, was die Polizei allerdings untersagte. Erst am 18. Dezember 1937 wurde Antonie wieder aus dem Gefängnis entlassen.

1940 sollte sie erneut verhaftet werden. Sie floh in den Bregenzer Wald und versteckte sich dort mehrere Jahre bei einer den eigenen Eltern bekannten Familie. Während dieser Zeit stand sie ständig auf der Fahndungsliste der Gestapo. Gegen Ende des Kriegs verließ sie ihr Versteck und lief vorsichtig wieder nach Hause, nach Opfenbach-Wigratzbad. Der Vater versteckte sie zunächst in einer Scheune, bis die NS-Herrschaft und deren Weltkrieg am 30. April 1945 in der Opfenbacher Gegend endgültig zu Ende war. Die über Hergatz heranrückende Französische Armee beschoss auch die Gegend von Wigratzbad und Opfenbach mit angeblich 180 Granaten. Reste der Waffen-SS hatten vorübergehend beschlossen, Opfenbach zu halten und die Brücke in Wigratzbad gesprengt. Die von Antonie Rädler gestiftete Kapelle wurde dabei nicht beschädigt. Um diese und ein ebenfalls von ihr gestiftetes benachbartes kleines Sanatorium für Krebspatienten entwickelte sich später die heutige Gebetsstätte Wigratzbad.

Quellen: Zusammenstellung zu Antonie Rädler von Ortsheimatpfleger Franz Steinbauer, Opfenbach; Einwohnerbuch der Stadt Lindau-Bodensee und der Bezirks-gemeinden, Lindau 1936; Armin Dörner: Das 20. Jahrhundert in den 19 Gemeinden im Landkreis Lindau, Weiler/Allgäu 2001; Antonie Rädler, in: www.wikipedia.com, aufgerufen am 26.8.2015.

Röthenbach

Benefiziat Franz Xaver Benedikter wurde ins KZ Dachau verschleppt



Franz Xaver Benedikter
(1888–1946)

Seit dem 1. März 1932 war Franz Xaver Benedikter Benefiziat (Inhaber eines kirchlichen Leihgutes bzw. einer kirchlichen Pfründe) in Röthenbach. Geboren wurde er am 5. Februar in Dischingen auf der östlichen Schwäbischen Alb geboren.

1912 erhielt er seine Priesterweihe, war Kaplan in Wörishofen, Stembach und Aichach und ab 1917 Benefiziat in

Sonthofen, bevor er 1932 nach Röthenbach kam.

Auch hier errichtete sich die örtliche NSDAP ein relativ dichtes Netz an Zuträgern und Spitzeln (vgl. das Kapitel über Ferdinand Hug aus Rentershofen → 22). Selbst die im Gottesdienst gesprochenen Worte wurden dem NS-Ortsgruppenleiter Hans Widmann immer wieder zugetragen. Andererseits hielt die örtliche Hitlerjugend (HJ) einen Teil ihrer Appelle während der Gottesdienstzeit ab, ebenso wie gegen Ende des Regimes und des 2. Weltkriegs der „Volkssturm“. Die Gemeinderatsfraktion der katholisch-konservativen „Bayerischen Volkspartei“ im Röthenbacher Gemeinderat hatte im Sommer von der dortigen NSDAP-Fraktionsführung die Aufforderung erhalten, nach der erzwungenen Selbstauflösung der Partei zur Monatswende Juni/Juli 1933 schriftlich ihren Verzicht auf ihren bisherigen Gemeinderatssitz zu erklären.

Der gegenseitige Anerkennungsvertrag, das Konkordat des Vatikans mit dem Deutschen Reich vom 20. Juli 1933 hatte einerseits z. B. zwar beinhaltet, dass „die Freiheit des Bekenntnisses und der öffentlichen Ausübung der katholischen Religion“ vom Staat gewährleistet werde. Andererseits mussten die katholischen Bischöfe, bevor sie „von ihrer Diözese Besitz ergreifen“, in die Hand des staatlichen Reichsstatthalters nun einen Treueeid leisten, der u. a. folgenden Satz enthält: „Ich schwöre und verspreche, die verfassungsmäßig gebildete Regierung zu achten und von meinem Klerus achten zu lassen.“ Entlang dieser Linie versuchte der neue faschistische Staat immer häufiger, seinen Einfluss auf die Menschen gegenüber jenem der Amtskirche auszudehnen.

Seit 1935 wurde deshalb in Röthenbach auch überwacht, was Benefiziat Benedikter redete und tat. Ab 1939, dem Jahr des Beginns des

2. Weltkriegs durch den NS-Überfall auf Polen, wurden auch dessen Post und sein Telefon kontrolliert. Ab dem 4. Februar 1940 wurde ihm der kirchliche Unterricht verboten.

Vom 28. Februar bis zum 29. September 1940 wurde Xaver Benedikter wegen „staatsfeindlicher Gesinnung“ in das Konzentrationslager (KZ) bei Dachau verschleppt. Auch ihm wurde während seiner dortigen Haftzeit von einem SS-Wachmann mit der Erschießung gedroht. Im KZ Dachau wurden seit 1939 und bis zu dessen Befreiung durch US-Truppen am 29. April 1945 zusammen 2.720 Geistliche aus 20 verschiedenen Ländern festgehalten. Von diesen waren allein 2.579 katholisch, davon wiederum 1.780 aus dem 1939 überfallenen Polen. Hinzu kamen 109 evangelische Geistliche, 22 griechisch-orthodoxe, 8 altkatholische und mariavitanische sowie zwei muslimische Imame. Von den Geistlichen starben im Lager 1.034. Insgesamt waren im KZ Dachau zwischen 1933 und 1945 über 206.000 Menschen gefangen gehalten worden. Von diesen überlebten 31.951 dieses Lager nicht.

Die ersten geistlichen Häftlinge waren polnische Priester. 1940, dem Jahr, in welchem auch Franz Xaver Benedikter aus Röthenbach dort Häftling war, wurden immer mehr Geistliche auch aus Deutschland selbst im KZ Dachau eingesperrt. Zuerst wurden sie in den mit einem zusätzlichen Stacheldraht umzäunten Strafblock 17 untergebracht. Später wurden sie vorübergehend unter den anderen Häftlingen verteilt. Ab Dezember 1940 wurden sie im Block Nr. 26 zusammengefasst. Ihnen wurde jegliche Form der Seelsorge an den Mithäftlingen verboten.

Am 29. September 1940 wurde Xaver Benedikter wieder aus dem KZ entlassen. Dies erlebten zusammen nur 314 der gefangenen Geistlichen vor 1945. Gesundheitlich war er inzwischen allerdings sehr angeschlagen. Zurück in Röthenbach kam er bis zum Ende des Regimes unter Polizeiaufsicht. Im März 1943 wurde er von der Geheimen Staatspolizei Gestapo verhört. Anlass dafür waren seine Äußerungen über die Tötung von Menschen in der Christenlehre. Er wurde gezwungen, eine Schulderklärung zu unterschreiben.

Am 19. Dezember 1946, eineinhalb Jahre nach dem Ende des NS-Regimes, verstarb Franz Xaver Benedikter in Röthenbach. Seine letzte Ruhestätte ist das Priestergrab der Pfarrei.



Albert Thannheimer (1879–1953) in jungen Jahren

Bürgermeister Albert Thannheimer musste zurücktreten

Am 1. Juli 1935 überraschte die Mehrheit der damals rund 1.500 Röthenbacherinnen und Röthenbacher folgende amtliche Bekanntmachung: „Bürgermeister Albert Thannheimer hat sein Amt niedergelegt. Bis zur endgültigen Besetzung dieser Stelle werden die Geschäfte vom 2. Bürgermeister besorgt. Die Gemeindeganzlei befindet sich ab 1. Juli im Parteibüro (Hotel Wagner,

Bahnhof), Eingang hintere Türe zum Saal. Der Gemeinderat spricht dem Bürgermeister Thannheimer für seine langjährige treue Mitarbeit den öffentlichen Dank und Anerkennung aus. Röthenbach/Allg., den 1. Juli 1935, Der Gemeinderat: Widmann, 2. Bürgermeister.“

Was war geschehen, dass Bürgermeister Thannheimer am 1. Juli 1935, dem Tag der Primiz von Pfarrer Buhmann, zum Rücktritt ge-
presst worden war?

Die NSDAP versuchte seit 1934 trotz ihres Abkommens mit dem Vatikan, dem Reichskonkordat zwischen NS-Deutschland sowie dem Vatikan vom 20. Juli 1933, den Einfluss auch der katholischen Kirche auf die Bevölkerung immer weiter zurückzudrängen. Dazu gehörte auch, dass kirchliche Feste und Feiern zunehmend weniger erwünscht waren, also auch Primiz-Feiern. Doch Bürgermeister Thannheimer hatte diese als gläubiger Katholik im Vorfeld für den 1. Juli 1935 genehmigt und diese Entscheidung gegenüber den NSDAP-Anhängern in Gemeinde und Gemeinderat verteidigt.

Den gesetzlichen Hintergrund hierfür bildete die am 30. Januar verkündete und zum 1. April 1935 in Kraft getretene neue Gemeindeordnung. In ihr war festgelegt worden, dass in typisch faschistischer Manier jeglicher Rest früherer Demokratie auch auf Gemeindeebene nun zerstört und die NSDAP als einzig zugelassene Partei direkt in die Gemeindepolitik einzubinden war. In den entsprechenden Bekanntmachungen der „Lindauer Nationalzeitung/Lindauer Tagblatt“ las sich dies Ende Januar 1935 beispielsweise wie folgt: „Der Parlamentarismus ist aus den Gemeindestuben endgültig verbannt (...). Die zur Beratung berufenen Gemeindevertreter stehen dem Leiter der Gemeinde (Bürgermeister, K.S.) nicht mehr als ge-

schlossene Vertretungskörperschaft mit Kontrollbefugnissen gegenüber, sondern sind in einheitlicher Zielsetzung mit ihm in der Selbstverwaltung tätig. Der Leiter wird auf Vorschlag des Beauftragten der NSDAP nach Genehmigung der Aufsichtsbehörde von der Gemeinde ernannt. Er muss daher das Vertrauen von Partei und Staat genießen (...). Die NSAP als die Vertretung des Gesamtvolkes, die dem Volk gegenüber die Mitverantwortung für alles öffentliche Geschehen trägt, ist in der Verwaltung der Gemeinde maßgebend eingeschaltet. Sie allein beruft die Gemeinderäte (...). Der Stellvertreter des Führers bestimmt, wer Beauftragter der NSDAP im Sinne des Gesetzes ist (...).“

Bürgermeister Albert Thannheimer war von Beruf Bauer auf dem von ihm und seiner Frau Kreszentia am Tag ihrer Hochzeit erworbenen Hof. Albert Thannheimer wurde am 15. Januar 1879 in Oberstdorf, seine Frau Kreszentia, geb. Hörburger, am 12. Mai 1880 in Heimhofen, Gemeinde Grünenbach, geboren. Beide heirateten 1903.

Den 1. Weltkrieg überlebte Albert Thannheimer als Soldat. Am 1. Mai wurde er erstmals in den Gemeinderat von Röthenbach gewählt, im Januar 1926 erstmals deren 2. Bürgermeister und im Juni 1926 deren 1. Bürgermeister. Außerdem war er 15 Jahre lang aktives Mitglied im Kirchenchor und in der Kirchenmusik. Als Bürgermeister sorgte er 1927 zusammen mit dem Gemeinderat dafür, dass das Haus Nr. 33 1/3 in Röthenbach, welches Sägereibesitzer Mader verkaufen musste, von der Gemeinde gekauft und 1927 zum Rathaus umgebaut wurde. Dort wurden dann das Gemeindeamt untergebracht, eine Wohnung für den Gemeindeangestellten, die Polizeistation sowie zwei Polizei-Dienstwohnungen.

Nach dem Ende des NS-Faschismus wurde Thannheimer vom Juni 1945 bis 1948 für die CSU erneut Gemeinderatsmitglied. Am 17. April 1953 erhielt er am Tag seiner Goldenen Hochzeit das Ehrenbürgerrecht der Gemeinde Röthenbach verliehen. Er starb am 17. Dezember 1953.

Sein Gegenspieler, NSDAP-Ortsgruppenvorsitzender Hans Widmann, war von Beruf Reichsbahnsekretär sowie Bahnhofsvorsteher im Gemeindeteil Oberhäuser und blieb 1. Beigeordneter des Röthenbacher Bürgermeisters. Er wurde später „wegen Verfehlungen mit Frauen“ festgenommen und verschwand für rund 2 Jahre aus der Gemeinde. Neuer Bürgermeister wurde noch 1935 der Kaufmann Alban Kolb.

Röthenbach-Happareute

Lehrer Otto Daschner
wurde strafversetzt



Lehrer Otto Daschner
(1891–1980)

Am 1. Juni 1941 musste Hauptlehrer Otto Daschner seinen Dienst in der 1814/15 erbauten Schule im Röthenbacher Gemeindeteil Happareute antreten. Drei Wochen später überfiel die deutsche Wehrmacht die Sowjetunion. Auch der 1891 in Schweinhöf bei Oberreute geborene Otto Daschner war 1937 gezwungen worden, gemäß dem neuen NS-Beamtenengesetz vom

26. Januar 1937 nochmals einen Amtseid, den folgenden „Treueid“ abzulegen: „Ich schwöre: Ich werde dem Führer des Deutschen Reichs und Volkes, Adolf Hitler, treu und gehorsam sein, die Gesetze beachten und meine Amtspflichten gewissenhaft erfüllen, so wahr mir Gott helfe.“

In Happareute unterrichtete Otto Daschner die Klassen eins bis acht, zeitweise bis zu 90 Schülerinnen und Schüler gleichzeitig in einem großen Schulsaal. Zu seinen Lieblingsfächern gehörten Orts- und Heimatkunde sowie die Geschichte des Landkreises. Doch Otto Daschner war nicht freiwillig nach Happareute gekommen. Auch nach Beginn des „Dritten Reichs“ 1933 hatte er seine Ablehnung dieser modernen Tyrannei und seine Zivilcourage immer wieder zum Ausdruck gebracht. Zeugnis davon gibt auch der Denunziantenbericht des Wiggensbacher Gemeindesekretärs Georg Mändler vom 19. Juni 1934 an den NSDAP-Kreisleiter Anton Brändle in Kempten. Wiggensbach liegt zwei Landkreisgrenzen weiter nordwestlich von Kempten:

„Betreff: Hauptlehrer Otto Daschner, Wiggensbach. Zufolge dem mir am vergangenen Sonntag von Ihnen mündlich erteilten Auftrag berichte ich in Sachen Hauptlehrer Daschner folgendes:

Daschner ist ein ausgesprochener Gegner des Nationalsozialismus. Ganz zu schweigen von seiner unaussprechlich gehässigen Hetze gegen unsere Bewegung und ihre Führer, die er vor der Revolution betrieb, lässt er seine Gegnerschaft auch heute noch häufig genug zum Ausdruck kommen.

Ich darf es mir wohl schenken, auf Einzelheiten einzugehen, nicht unerwähnt aber mag das Verhalten des Herrn Daschner bei der Gründungsversammlung der hiesigen Ortsgruppe der NS-Volkswohlfahrt, die am 9. April ds. Jhrs. stattfand, bleiben.

Wir hatten zu dieser Versammlung sämtliche Beamte und die Vorstände der Sennereigenossenschaft geladen. Wir nahmen als Selbstverständlichkeit an, dass die Beamten ohne Ausnahme die Sache unterstützen und uns bei der Bearbeitung der Bauern helfen würden. Ich hatte in meinem Aufklärungsvortrag darauf hingewiesen, dass es für jeden Beamten Pflicht sei, der NSV beizutreten. Sofort erhob sich Daschner und bestritt diesen Standpunkt. Er erklärte auch, dass es für Mitglieder der Krankenfürsorge des ‚Dritten Ordens‘ vollständig überflüssig sei, der NSV beizutreten. Nach Austeilung der Aufnahmeformulare stellte er in herausfordernder Weise die Frage, was der Satz ‚Ich erkläre keinem Orden anzugehören‘ zu bedeuten habe, ob Mitglieder christlicher Ordensgesellschaften oder Inhaber militärischer Orden, wie z. B. des Pour le Mérite, Mitglieder der NSV werden können. Er ließ dabei in eindeutiger Weise durchblicken, dass die NSV gegen das Christentum und die Einrichtungen der christlichen Kirchen eingestellt sei (...).

Erwähnt mag auch noch werden, dass sich der hiesige Scharführer der Hitlerjugend wiederholt über die feindliche Einstellung des Herrn Daschners beklagt hat (...).

Es ist nicht zu verantworten, einen solchen Mann länger in Wiggensbach zu belassen (...). Besonders ist dabei noch in Erwägung zu ziehen, dass Hauptlehrer Daschner vom Staate unsere Jugend, unsere Zukunft zur Erziehung in der nationalsozialistischen Weltanschauung anvertraut ist. Man muss sich wirklich fragen, ob dieser Erzieher hierfür Gewähr bietet (...). Es muss daher unbedingt angestrebt werden, dass Daschner an einen Posten versetzt wird, wo seine Einstellung keine Gefahr bedeutet und der Geist des Dritten Reiches in Schule und öffentlichem Leben gesichert ist. (...) Heil Hitler.“

In Happareute erreichte eine Versammlung von Frauen in Steinegaden im Sinne Otto Daschners, dass das Kreuz im Klassenzimmer von Happareute hängen blieb. Er selbst war dort bis 1956 Lehrer.

Bei der notwendigen politischen Säuberung gegen bisherige Stützen des NS-Regimes ab 1945 verblieb Otto Daschner selbstverständlich im Dienst. Er war weder Mitläufer noch Aktivist des NS-Faschismus gewesen. Er starb am 15. Juli 1980.

Röthenbach-Rentershofen

Hatte Ferdinand Hug
kein Recht auf
Arbeit und Brot?



Ferdinand Hug
(1879–1858)

Kaum hatte die örtliche NSDAP mit ihrem Ortsgruppenleiter Hans Widmann, seines Zeichens Bahnhofsvorsteher im Gemeindeteil Oberhäuser und stellvertretender Bürgermeister, auf den 1. Juli 1935 hin erreicht, dass der ihnen nicht genehme Bürgermeister Röthenbachs, Albert Thannheimer

zurückgetreten war, gingen die Nachstellungen gegenüber widerborstigen Einwohnern weiter.

Nun sollte der stellvertretende Gemeinde-Fleischbeschauer, Landwirt Ferdinand Hug aus dem Gemeindeteil Rentershofen, getroffen werden, Fleischbeschauer, in der Regel Tierärzte, haben im amtlichen Auftrag vor und nach der Schlachtung von Tieren die Qualität des Fleisches zu begutachten und dadurch Menschen vor dem Verzehr ungeeigneten Fleisches oder bei minderwertigem Fleisch vor der finanziellen Übervorteilung zu bewahren.

Am 21. September 1935 schrieb NSDAP-Ortsführer Widmann in Vertretung des noch nicht wieder besetzten nebenberuflichen Amtes des Bürgermeisters von Röthenbach an Ferdinand Hug einen Brief voller machtarroganter Beleidigungen und offener Drohungen. Der gemäßregelte Landwirt Ferdinand Hug war Anhänger der Ende 1918 gegründeten katholisch-konservativen Bayerischen Volkspartei. Ferdinand Hug war zeitweise einer ihrer BVP-Landtagsabgeordneten sowie von 1927 bis 1933 BVP-Gemeinderat. Die BVP war als die damals große bayerische Partei des politischen Katholizismus mit Graf Eugen von Quadt zu Wykradt und Isny als Wirtschaftsminister sogar vom 25. April bis 27. Juni 1933 an der zweiten bayerischen NS-Regierung beteiligt. Dann löste sie sich, dem massivem politischen Druck nachgebend, selbst auf.

Im Brief an Ferdinand Hug wurde auch deutlich, wie breit gefächert selbst in der Gemeinde Röthenbach das Spitzelsystem der NSDAP war:

„Sie wurden damals am 11. Februar 1935 als Ersatzfleischbeschauer mit der Ausführung beauftragt. Schon damals habe ich in aller Klarheit bekundet, dass Sie niemals als 1. Fleischbeschauer in Frage kommen. Wenn Sie mein Vorgänger, Bürgermeister Thannheimer, in einem anderen Sinne aufgeklärt hat, so ist das eine Angelegenheit,

die Sie mit ihm selbst zu regeln haben. Ihr Dienstverhältnis ist also nach wie vor Ersatzfleischbeschauer und wird Ihnen auch bis 1. Oktober belassen (...).

Es wurde nicht behauptet, dass Sie sich eine Pflichtverletzung zu Schulden kommen ließen. Sie haben nur deshalb am 30. September 35 die in Ihrem Besitz befindlichen Gegenstände bei der Gemeindeganzlei abzuliefern, weil Sie ganz genau wissen, dass im nationalsozialistischen Staate keiner Anspruch und das Recht auf Arbeit und Brot hat, der glaubt, alle Maßnahmen der Regierung und den Staat selbst noch bekämpfen zu müssen. Wir haben einem jeden Volksgenossen Zeit und Gelegenheit gegeben, dass er sich umstellen und mitarbeiten kann am Aufbau des III. Reiches. Gerade Sie sind derjenige, der glaubte unsere Geduld als Schwäche auslegen zu müssen, und der Bayerische Volksparteiler, wie Sie es vor der Machtübernahme waren.

Ich erinnere Sie nur an die Hetze am 31. August 1934 und an die verschiedenen Ausdrücke, die Sie immer wieder gebrauchen, wenn sie sich in Ihrem Freundeskreis befinden. Glauben Sie ja nicht, dass wir nicht genau informiert sind über Ihr Verhalten und dass wir nichts vergessen. Sie wissen scheint's immer noch nicht, dass der Nationalsozialismus ein ungeschriebenes Gesetz ist und wegen politischer Unzuverlässigkeit überhaupt keine Kündigungsfrist besteht (...).

Sollten Sie weiterhin auf Ihrem Ihnen niemals zustehenden Recht und auf Ihrem ganz durchsichtigen Standpunkt beharren, so möchte ich Sie heute schon darauf aufmerksam machen, dass Sie auch die Folgen zu tragen haben. Die nationalsozialistische Bevölkerung hat es noch niemals begreifen können, dass Sie überhaupt diesen Dienst so lange versehen durften und lehnt es konsequent ab, Sie auf diesem Posten zu belassen. Auch ich bin als Ortsgruppenleiter und stellvertretender Bürgermeister verpflichtet, Personen auf Stellen zu berufen, die sich würdig erweisen und auch im nationalsozialistischen Staate mitarbeiten. Heil Hitler!“

Das Bezirksamt, heute das Landratsamt Lindau, bestätigte nach Widerspruch durch Ferdinand Hug die Kündigung, verlängerte die Frist zwar bis 31. Dezember 1935, verlangte dann aber Bericht über ihren Vollzug.

Große Fluchten über die grüne Grenze



Dr. Friedrich Wolf (1888–1953), in Holz geschnitten von Conrad Felixmüller 1947/48 (Bildausschnitt)

Mit der Übergabe der politischen Macht an die erste NS-Regierung Adolf Hitlers am 30. Januar 1933 erwuchs auch dem Grenzgebiet zwischen Leiblachtal und Oberreute eine neue Rolle: Es wurde bis März 1938 ein heimliches Tor in die Freiheit für

von Verfolgung bedrohte Menschen aus Deutschland. Das Fluchthelfernetzwerk dazu war anfänglich weit verzweigt.

Dazu gehörte auch der 1877 geborene Biberacher SPD-Vorsitzende Josef Mader. Sein Sohn Willy Mader erinnert sich wie folgt daran: „Als solcher und Gewerkschafter hatte er viele Verbindungen zu Genossen, insbesondere aus dem Raum Ulm bis Göppingen. Als dann 1933 exponierte Genossen aus dem Raum unter Druck gerieten und mit Verhaftung rechnen mussten, setzten sie sich nach Österreich und in die Schweiz ab. Im Zuge der Verfolgung fiel der Gestapo auf, dass für viele dieser Genossen die Spur in Biberach endete. Wie lief nun alles ab?

Mein Vater wurde meist von anderen Genossen der jetzt aufgelösten Ortsgruppe verständigt, dass der oder jener unterwegs sei (Flucht). Diese Genossen stiegen meist in Warthausen oder Ummendorf aus (dem Zug) und kamen zu Fuß nach Biberach. Mein Vater brachte sie meist bei Dunkelheit nach Hause (Maschinenfabrik Beck (...)). In einem großen Trakt des Gebäudes, der von uns aus zugänglich war und von der Firma bereits stillgelegt war (Modellbühne), schliefen die auf der Flucht befindlichen Genossen. Sie hatten im Falle des Auftauchens von Polizei oder Gestapo nach drei Seiten verschwinden können. Anderntags ging es dann mit dem LKW des Konsums (Arbeiter-Lebensmittelgenossenschaft, K.S.), wo mein Vater beschäftigt war, nach Schussenried, Aulendorf und Waldsee, wo der Konsum jeweils ein Ladengeschäft zu beliefern hatte. Nach Aussagen meines Vaters gab es dann in Steinach bei Waldsee einen Viehhändler, der die Flüchtigen in den Raum Lindau-Lindenberg brachte. Dort gab es bei den deutschen Grenzern einen Genossen, der mit einer Frau aus Feldkirch/Österreich verheiratet war. Dieser half dann den Genossen über die grüne Grenze nach Österreich. Ab 1936 kamen dann keine Flüchtlinge mehr.“

Über persönliche Ortskenntnisse verfügte der Arzt, Kommunist und Schriftsteller Friedrich Wolf, als er hier vom 2. auf den 3.

März 1933 vor den NS-Nachstellungen nach Vorarlberg floh. Im 1. Weltkrieg als Stabsarzt zweimal verschüttet und verletzt, wurde er zum Kriegsgegner. Als sozial eingestellter Landarzt schrieb er 1923 in Hechingen an der Schwäbischen Alb sein bekanntes Bauernaufstandsdrama „Vom Armen Konrad“. 1926 verfasste er in Höllsteig oberhalb von Überlingen das medizinische Hausbuch „Die Natur als Arzt und Helfer“. 1927 in ein modernes Bausparner-Haus in Stuttgart umgezogen, trat er 1928 der KPD sowie dem Bund proletarisch-revolutionärer Schriftsteller bei und veröffentlichte 1929 sein gegen den §218 gerichtetes Drama „Cyankali“.

Im Januar 1930 mietete er sich im Landheim Weichert in Lindenbergried ein und schrieb neben ausgedehnten Wanderungen und Skisport in knapp drei Wochen sein neues Schauspiel „Die Matrosen von Cattaro“ zu Ende. An seine Frau schrieb er am 13. Januar u. a.: „Gut angekommen; sehr schönes Land mit Blick ins Gebirge; nur kein Schnee; viel Ruhe und Sonne. Die Hauptsache, ich komme zur Arbeit.“

Ende Februar 1933 geriet seine Freiheit in Stuttgart angesichts der immer skrupelloseren Umtriebe der Nazis täglich stärker in Gefahr. Nachdem die Aufführung seines Stücks „Bauer Baetz“ durch seinen „Spieltrupp Südwest“ am 1. März im Stuttgarter Gewerkschaftshaus eine halbe Stunde vor Spielbeginn verboten worden war und er dagegen noch bei der Polizei protestiert hatte, floh er durch das Westallgäu zu Fuß über die inzwischen scharf bewachte Grenze nach Vorarlberg. Am 3. März schrieb er seiner Frau aus Dornbirn u. a.: „Eben hier gelandet, ich will versuchen, auf einer empfohlenen Hütte auf dem Bödele zu sporteln und zu arbeiten (...). Vorerst möchte ich bloß ruhen, ruhen. Die letzten Tage waren aufregend genug.“ Über das Montafon, Basel und Frankreich emigrierte Wolf 1934 weiter nach Moskau, wo er dann wieder mit seiner Frau und seinen zwei Söhnen zusammentraf.

Dort erhielt sein Sohn Markus den Kosenamen Mischa. Er leitete von 1952 bis 1986 die Hauptverwaltung Aufklärung des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR. Am 25. Mai 1934 hatte der Staatsanzeiger Württembergs verkündet, dass die persönlichen Gegenstände, die schriftstellerischen Rechte und das Stuttgarter Haus des kommunistischen Arztes und Schriftstellers Dr. Friedrich Wolf entschädigungslos zugunsten des Landes Württemberg eingezogen worden seien.

Quellen: Hartwig Abraham/Martin Gerster: Die Geschichte der Sozialdemokratie in Biberach 1874–1999, Biberach/Riß 1999; Michael Kienzle/Dirk Mende: Dr. Friedrich Wolf, Stuttgart Zeppelinstraße 43 – Spuren Nr. 2, Stuttgart 1992; Manfred Bosch: Die Zeit des Dramatikers Friedrich Wolf am Bodensee, in: Leben am See – Heimatjahrbuch des Bodenseekreises, Nr. 10, Tettnang 1992; Else Wolf/Walther Pollatschek (Hrg.): Friedrich Wolf – Briefwechsel, Berlin/DDR 1968.

Schlachters-Biesings

Vom Außenlager des Konzentrationslagers Dachau



Das ehemalige Außenlager Biesings des Konzentrationslagers Dachau in einer Aufnahme von 1985

Im Nebengebäude des Bauernhofs oberhalb vom „Haus Sonne“, im Gemeindeteil Biesings zwischen Schlachters und

Sigmarszell unweit der heutigen Bundesstraße 308 gelegen, eröffnete die SS am 5. April 1944 ein kleines Außenlager des Konzentrationslagers KZ Dachau.

Zwischen 6 und 8 KZ-Häftlinge des Stammlagers Dachau wurden für einen kleinen Teil der berüchtigten medizinischen Menschenversuche des SS-Mitglieds und Stabsarztes der Luftwaffe, Dr. Sigmund Rascher, nach Biesings in dessen „Institut für wissenschaftliche Zweckforschung“ verlegt. Dort unterstanden sie einem SS-Sturmbannführer. Zu dessen Assistenten wurde ein Häftling ernannt, der 1893 in Wien geborene Chemiker Robert Feix. SS-Arzt Sigmund Rascher bemächtigte sich dessen Vorarbeiten für das Blutungsstillmittel „Polygal“ und ließ entsprechend weiter daran experimentieren, um es später an verwundeten Soldaten zu verwenden.

Dazu mussten die Häftlinge unter Bewachung zweier SS-Männer in der Obstverwertungsfirma Nikolodi in Schlachters mit Hilfe von präpariertem Wasser aus Rübenschnitzel Pektin gewinnen. Anschließend mussten sie in einem von der SS beschlagnahmten Apparat zur Herstellung von Trockenmilch das gewonnene Material im Hoefelmayr'schen Edelweiß-Milchwerk Schlachters trocknen. Übrig blieb ein Pulver. Die KZ-Häftlinge mussten dieses Pektin einnehmen. Danach wurde ihnen Blut abgenommen, dieses auf einen Objektträger geträufelt und untersucht, wie seine Gerinnungseigenschaften waren. Im Stammlager Dachau selbst wurden bis 1944 dazu Häftlinge erschossen. In Biesings kamen die Versuche allerdings nicht zu einem erfolgreichen Ende. Dafür hatten eventuell auch die Häftlinge mit gesorgt, wie es der ehemalige Gefangene Michael Rauch andeutete: „Wir wollten nicht den Krieg verlängern helfen.“

Der aus Kaufbeuren stammende Michael Rauch musste als gelernter Bäcker den Haushalt in der Biesinger KZ-Baracke führen. Was aus Dachau geliefert wurde, hatte er zuzubereiten. Zusätzlich erhielt er gelegentlich bei benachbarten Bauern und der Wirtin des damaligen Gasthauses „Sonne“ an der Straße Fleisch von einer notgeschlachteten Kuh oder einem Pferd, Kartoffeln, Brot oder Gemüse. Er war vor seiner KZ-Haft Mitglied der Kommunistischen Partei

Deutschlands KPD gewesen und hatte noch, nachdem die politische Macht 1933 an Hitler übergeben worden war, illegal Flugblätter und Zeitungen gegen den NS-Faschismus verteilt. Dafür war er verhaftet und in das KZ gesperrt worden.

Ein weiterer Häftling war der 1908 geborene österreichische Elektriker und Handlungsangestellte Heinrich Fritz. Er hatte als Kommunist von 1936 bis 1939 mitgeholfen, die Republik Spanien gegen die Franco-Putschisten und ihre deutschen und italienischen Helfershelfer zu verteidigen. Als ehemaliger „Rotspanienkämpfer“ war er 1942 im besetzten Frankreich verhaftet und in das KZ Dachau eingeliefert worden.

Der Textilarbeiter Franz Jauk aus Österreich war ebenfalls Kommunist, half nach der Besetzung Österreichs im März 1938 Verfolgten bei der Flucht vor den Nazis, wurde im November verhaftet und im Wiener Gestapo-Gebäude gefoltert. Nach zwei Jahren Untersuchungshaft kam er als politischer Häftling Ende 1940 in das KZ Dachau und im Sommer 1944 ins Außenlager Schlachters-Biesings.

Weitere namentlich bekannte Häftlinge waren der 1916 in Wien geborene Otto Albl, der 1901 in Forchheim geborene Michael Feustel und der 1921 in Röhlingshausen geborene Wawrzyniak Kazimierz.

Anfang April 1945 kam ein Brief von der Dachauer KZ-Kommandantur nach Biesings mit dem Befehl, die dortigen Häftlinge zu töten. Franz Jauk erhielt diesen Brief noch ungeöffnet in seine Hände, öffnete, las und verbrannte ihn. Ein Teil der Häftlinge kam vom 7. bis 25. April in ein Arbeitslager der Bayerischen Leichmetallwerke, später Diem-Lochau, im Brauhaus der Adler-Brauerei Reiner im vorarlbergischen Lochau. Die verbliebenen Häftlinge in Biesings erhielten von Einheimischen Zivilkleidung und sogar Waffen. Ende April übergaben der dortige SS-Arzt und die restlichen Bewacher ihre Pistolen und Gewehre an die Häftlinge und machen sich aus dem Staub. Später ankommende versprengte SS-Grüppchen schickten die sich nun als „Volkssturm“ ausgebenden ehemaligen Häftlinge Richtung Leiblach und Vorarlberg weiter.

Quellen: Gernot Römer: Für die Vergessenen – KZ-Außenlager in Schwaben – Schwaben in Konzentrationslagern, Augsburg 1984; Rosmarie Binger: Sigmarszell 1944/45 – Ein Stück Dorfgeschichte, in: Werner Dobras (Hrg.): Jahrbuch des Landkreises Lindau 1987, Bergatreute 1987; Wolfgang Benz und Barbara Distel (Hrg.): Medizin im NS-Staat: Täter, Opfer, Handlanger, Dachauer Hefte 4, Dachau 1988; Barbara Distel und Wolfgang Benz, Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit: Das Konzentrationslager Dachau 1933–1945 – Geschichte und Bedeutung, München 1994; www.geheimprojekte.at/kz_lochau.html, aufgerufen am 4.10.2007.

Sigmarszell-Thumen

Grete Jacques persönliche „Kristallnacht“



Margerite „Grete“ Jacques, geb. Samuely (1885–1965), die jüdische zweite Ehefrau des Schriftstellers Norbert Jacques, gemalt von Otto Tillkes (1884–1949), der von 1923 bis 1930 in Lindau lebte. Das Bild wurde erstmals 1927 im jährlichen Bodenseebuch veröffentlicht.

In ganz NS-Deutschland fanden am 9. und 10. November 1938 die von den Reichsleitungen der SA und SS organisierten antijüdischen Reichspogromnächte statt. Rassistische Brandanschläge auf verbliebene Synagogen, Gewalt gegen jüdische Menschen und Geschäfte, Verhaftungen und Morde erlebten einen neuen Höhepunkt. Anlass war der am gleichen Tag in Paris an den Folgen eines Attentats verstorbene deutsche Gesandte Ernst vom Rath. Herschel Grynzpan, dessen Eltern in die Mühlen der antijüdischen Deportationen NS-Deutschlands nach Polen geraten waren, war der Attentäter.

Für Lindau meldete die NS-Lokalzeitung am 11. November 1938 zynisch: „Noch in der Nacht vom Mittwoch auf Donnerstag kurz nach Bekanntwerden des Todes des überfallenen deutschen Gesandtschaftsrates kam es zu antijüdischen Demonstrationen, und auch im Laufe des gestrigen Tages wurden die Haussuchungen bei den noch sechs jüdischen Haushaltungen in Lindau fortgesetzt. Zwei Juden wurden vorläufig zur eigenen Sicherheit und zur Durchführung weiterer polizeilicher Erhebungen wegen des dringenden Verdachtes gesetzwidriger Handlungen in Schutzhaft genommen (...)“

Drei Wochen zuvor hatte das antisemitische Blatt bereits gemeldet: „Kauf beim Juden ist ein Scheidungsgrund.“ Auf der „Aufklärungsversammlung“ der NSDAP in Oberreitnau zwei Monate zuvor zum Thema „Die Judenfrage“ hatte der Lindauer Lehrer Wilhelm Hamp antisemitisch gehetzt: „Der Jude aber, dessen Wesen bedingt durch seine Rasse und die jahrtausendlange Inzucht keiner anderen Rasse bezüglich der Seele nur annähernd gleichwertig sein kann, hat wohl äußerlich die Merkmale eines Menschen, innerlich aber ist er der Teufel in Menschengestalt (...)“

Grete Jacques, jüdische Frau des in Thumen bei Schlachters auf dem Adelinenhof lebenden Schriftstellers Norbert Jacques, war es, auf welche sich der Fanatismus der dortigen Nazis am 3. Dezember 1938 konzentrierte. Norbert Jacques ließ sich von der 1885 in Wien

geborenen Schriftstellerin 1939 scheiden, um weiter in Deutschland leben zu können. Ihre Tochter Adeline erzählte über den Terror gegen ihre Mutter später: „Unsere persönliche Kristallnacht fand tatsächlich statt, indem 25 Fensterscheiben eingeworfen wurden, ein großer Stein haarscharf am Kopf meiner Tante vorbei, Zwillingsschwester meiner Mutter, die bereits von Wien her Schutz bei uns gesucht hatte. Die Damen waren durch den Lärm zum Fenster gestürzt, da Vater nicht zu Hause war. Da dies nachts geschah, konnte man nichts ausmachen.“

Später dann, dies am Tage, musste die Ortpolizei eine Hausdurchsuchung veranstalten. Acht SA-Männer umstanden das Haus. Wir mussten still sitzen und durften selbstverständlich nichts mehr anrühren. Im selben Jahr 1938 emigrierten Mutter und Tante, nachdem Vater Schweizer Freunde buchstäblich um Geld gebettelt hatte, zunächst nach Luxemburg und wohnten dort völlig isoliert in einer Waldwirtschaft (...) um schließlich 1940 mit letzter Gelegenheit via Portugal nach den USA zu kommen.“

Am 14 November 1938 meldete die Lindauer Nationalzeitung/Lindauer Tagblatt, dass in Folge des vorhergehenden antijüdischen NS-Terrors „die Juden 1 Million Buße zahlen müssen“.

Lindaus früherer Oberbürgermeister Ludwig Siebert (1919–1933), seit 1933 bayerischer NS-Ministerpräsident, ergänzte den Zynismus mit den Worten: „Was ist hier unchristlich? (...) dass die Befriedung der Welt aufs engste mit der Regelung der Judenfrage verbunden ist.“

Quellen: Rosmarie Bingger: Erinnerungen an zwei bedeutende Sigmarszeller Bürger, in: Andreas Kurz (Hrg.): Jahrbuch des Landkreises Lindau 1986, Bergatreute 1986; Norbert Jacques: Mit Lust gelebt – Roman meines Lebens, St. Ingbert 2004; Martina Peter: Konzentrierte Sachlichkeit – Der Maler Otto Tillkes in Lindau, in: Schriften des Vereins für Geschichte des Bodensees und seiner Umgebung, Heft 131/2013; Karl Schweizer: Jüdisches Leben und Leiden in Lindau – Ein Überblick, Lindau 1989.

Stiefenhofen

Gabriele darf nicht leben



Gabriele Schwarz (1937–1943),
Pflegekind bei der Familie
Aichele in Stiefenhofen-Moos

Die tragische Geschichte der kleinen Gabriele Schwarz spielte sich in der Gemeinde Stiefenhofen ab, die seit 1972 zum Landkreis Lindau gehört.

Im August 1933 heiratete der Hauptmann a. D. Wilhelm Eckart die jüdische Kaufmannstochter Charlotte Schwarz aus Augsburg. Eckart starb schon im folgenden Jahr. Seine kaum dreißigjährige Witwe betätigte

sich zunächst in Wörishofen als Atemlehrerin und baute 1936/37 in Liechtenstein eine Atemschule auf. Dort wurde sie schwanger und musste das Fürstentum verlassen. Sie fand Unterschlupf bei Rosalia Häringer in Markt Oberdorf, die zehn Jahre Köchin bei der Familie Schwarz in Augsburg gewesen war. Charlotte Eckart ließ sich katholisch taufen. Am 24. Mai 1937 erblickte ihre Tochter in Markt Oberdorf das Licht der Welt und wurde katholisch getauft. Mit drei Wochen wurde die kleine Gabi auf dem Bauernhof von Rosalias Schwester Theresia und ihrem Schwager Josef Aichele in der Gemeinde Stiefenhofen als Pflegekind angenommen.

Den Namen von Gabis Vater gab Charlotte Eckart niemals preis. Ehen und intime Beziehungen zwischen Juden und „Deutschblütigen“ waren seit den Nürnberger Rassegesetzen von 1935 verboten. Gabriele galt danach trotz Taufe wegen ihrer jüdischen Mutter und dem unbekanntem Vater als „Volljüdin“. Dennoch wählte Charlotte Eckart ihre Tochter bei der katholischen Bauernfamilie in Stiefenhofen in Sicherheit. Sie überwies dieser monatlich 50,- Reichsmark Pflegegeld und überließ den Aicheles einen Fotoapparat, mit dem die Kleine für sie häufig fotografiert wurde. Ihre Pflegeeltern Josef und Theresia Aichele nannte Gabriele bald „Papa“ und „Mama“, ihre leibliche Mutter begrüßte sie bei deren häufigen Besuchen auf dem Aichele-Hof mit „Mutti“.

Ab 1.1.1939 mussten Juden in NS-Deutschland bei Strafe von einem Jahr Gefängnis den zusätzlichen Vornamen „Israel“ bzw. „Sara“ annehmen. Massiv unter Druck gesetzt, meldete Charlotte Eckart im Dezember 1938 dem Standesamt in Markt Oberdorf, dass ihre Tochter Gabriele den weiteren Vornamen Sara führe. Die Behörden, die Gestapo und die Stiefenhofener Nazis ermittelten nun, dass im Dorf eine kleine Jüdin lebte. Oberlehrer Pletzer aus dem Ortsteil

Genhofen setzte sich als Jugendpfleger für Gabrieles Verbleib bei ihren Pflegeeltern ein, u. a. weil das Kind blond und blauäugig war.

Im Lauf des Jahres 1939 nahm die Verfolgung der Juden immer drastischere Formen an. Auch die Familie Schwarz in Augsburg wurde entrechtet und regelrecht ausgeplündert. Charlotte Eckarts Mutter nahm im September 1939 voller Verzweiflung Gift. Zusammen mit ihrer Schwester Johanna bemühte sich Charlotte Eckart um eine Auswanderung.

Nachdem deutschen Überfall auf Polen am 1. September 1939 den 2. Weltkrieg wurden Lebensmittelkarten ausgegeben. Auf Gabriele Karten wurde ein „J“ für Jude aufgestempelt. Die Aicheles lösten diese Marken nicht ein und fütterten das Kind ohne die amtlich zugeweilten Lebensmittelrationen durch. September 1941 wurde Charlotte Eckart von der Gestapo verhaftet. Sie kam ins Frauen-Konzentrationslager Ravensbrück bei Berlin und wurde Anfang 1942 zusammen mit ihrer Schwester Johanna im Rahmen einer Vergasungsaktion in der Reichsanstalt Bernburg a. D. Saale umgebracht.

Nun fragte die Bayerische Hypotheken- und Wechselbank Augsburg bei der Oberfinanzdirektion in München nach, ob die monatliche Überweisung der 50,- RM Pflegegeld für Gabriele weiter ausgeführt werden sollte. Auch die Gestapo München wurde eingeschaltet. Deren Leiter des Judenreferats, Johann Pfeuffer, verlangte Gabriele Überführung in ein jüdisches Sammellager in München. Auf Anweisung des Sonthofener Landrats Waller überbrachte der Ortsgruppenleiter und Bürgermeister von Stiefenhofen, Johann Seelos, am 12. Februar 1943 den Befehl. Aicheles waren verzweifelt. Per Zug wurde das Kind durch eine Fürsorgeschwester über Immenstadt nach München abgeschoben. Wenige Tage später kam ihr Koffer zu den Pflegeeltern zurück. Begründung: Juden dürften von „Ariern“ nichts besitzen.

Mutige Bemühungen von Josef Aichele und Lehrer Johann Pletzer, das Kind zurückzuholen, scheiterten. Vier Wochen später wurde das Sammellager im Vincentinerinnen-Kloster in Berg am Laim bei München aufgelöst, die Insassen in Viehwaggons nach Auschwitz transportiert. Nach drei Tagen und drei Nächten Fahrt durch den eisigen Winter kam der Zug dort an. Auch Gabriele wurde sofort am 16. März 1943 in die Gaskammern getrieben und ermordet. Im Mai wäre sie sechs Jahre alt geworden.

Quellen: Gernot Römer: Für die Vergessenen, Augsburg 1984; dgl.: In der Fremde leben meine Kinder, Augsburg 1996; Albert Eichmeier/Leo Hiemer: Neue Recherchen über Gabriele Schwarz (Leni), Referat bei der Tagung zur Geschichte und Kultur der Juden in Schwaben am 13.11.2009 in Irsee; Leo Hiemer: Leni ... muss fort, Spielfilm, Deutschland 1994; Leo Hiemer: Manuskript zu einem geplanten Buch über Gabriele Schwarz, 2016; Herbert Mader: Zum Gedenken an Gabriele Schwarz, Prospekt zum Gedenkfenster von 1989 in der Pestkapelle auf dem Lautenberg in Stiefenhofen, Stiefenhofen ca. 1997.

Stiefenhofen

Der Jude Prof. Rosenberg überlebte in Ranzenried



Leo Rosenberg (1879–1963)
im Ornat als Universitäts-
professor in Gießen vor 1932

Ende des Jahres 1938 fanden Professor Dr. jur., Dr. jur. h.c., Dr. oec. Publ. H.c. Leo Rosenberg und seine Frau Eva-Henriette Rosenberg, geb. Peter, vor den antijüdischen Nachstellungen der Nazis im Raum Leipzig Unterschlupf im Stiefenhofener Gemeindeteil Ranzenried.

Leo Rosenberg wurde am 7. Januar 1879 im schlesisch-preußischen Fraustadt als drittes von vier Kindern seiner jüdischen Eltern Emma und Michaelis Rosenberg geboren. 1906 habilitierte er an der Universität Göttingen für bürgerliches Recht und Zivilprozess über „Stellvertretung im Prozess“ zum Professor. 1909 ließ er sich christlich taufen und heiratete die 1887 in München geborene evangelische Eva-Henriette Peter. 1912 begann er als außerordentlicher Professor an der juristischen Fakultät der Landes-Universität Gießen mit seinen Vorlesungen, deren Rektor er 1928 wurde. 1932 erfolgte seine Ernennung zum Professor an der Universität Leipzig. Inzwischen war er die unangefochtene Autorität auf dem Gebiet der Zivilprozessrechts in Deutschland.

Nach der Machtübergabe an den deutschen Faschismus im Januar 1933 wurde er trotzdem als Jude im April 1934 aus dem Staatsdienst entlassen. 1936 verließ sein Sohn Hans NS-Deutschland und siedelte in die USA um. Seit Januar 1939 musste auch Leo Rosenberg den zusätzlichen Vornamen „Israel“ tragen. Sein erst 1935 erworbener Führerschein wurde ihm wieder entzogen.

Ende 1938 konnte er von Luitpold Pletzer, dem Bruder des sozialdemokratischen Lehrers Johann Pletzer, im Stiefenhofener Ortsteil Genhofen das Haus Nr. 2 käuflich erwerben und es zusammen mit seiner Frau beziehen. Pfarrer Herbert Mader schrieb dazu im „Pfarrblättle“ der katholischen Gemeinde St. Martin/Stiefenhofen 1989 u. a.: „Wahrscheinlich schützte ihn seine Bekanntheit und der Umstand, dass eine große Zahl von Juristen bei ihm studiert hatte, vor weiteren Maßnahmen (...). Eine Episode mag das ungebrochene Ansehen Prof. Dr. Rosenbergs in Juristenkreisen verdeutlichen. Als 1942 wegen einer Neufassung der Quelle der Wasserzins für das Haus Nr. 2 angehoben werden sollte, bestand Prof. Rosenberg auf dem bisherigen Vertrag. Als die Ranzenrieder darauf rechtliche Schritte zur Durchsetzung ihrer Vorstellungen einleiten wollten, be-

kamen sie zu hören: ‚Sie werden wohl keinen Rechtsanwalt finden, der gegen Prof. Rosenberg antritt‘. Daraufhin blieb alles beim alten.“

Zeitzeuge Johann Pletzer schrieb kurz nach der NS-Zeit, dass während des Regimes absolut niemand in Stiefenhofen wissen durfte, dass Rosenberg jüdischer Herkunft war, auch nicht seine Nachbarn.

1942 fuhr Rosenberg für wenige Tage nach Berlin, um bei der Beisetzung des jüdischen Verlegers seiner zahlreichen juristischen Bücher, dem im Juli 1942 verstorbenen Otto Liebmann, die Gedächtnisrede zu halten. Ab November 1943 erhielt der inzwischen 64-jährige Leo Rosenberg auf Betreiben des sächsischen NS-Reichsstatthalters Mutschmann keine Pensionsgelder mehr ausbezahlt. Auch die dem Ehepaar Rosenberg zugeteilten Lebensmittelmarken während der Kriegsjahre umfassten längst keine ausreichenden Lebensmittelmengen mehr. Geld für Zukäufe bei den bäuerlichen Nachbarn wurde deshalb um so wichtiger.

Während eines Besuchs bei ihren Eltern verstarb Tochter Gisela Rosenberg 1944 im Alter von 28 Jahren in Ranzenried. Als Kindergärtnerin hatte sie sich anscheinend in einem Arbeitslager eine gefährliche Infektion zugezogen. Auf Intervention ihrer beiden Brüder hin wurde ihr durch den Ausbau der Staatsstraße bedrohtes Stiefenhofener Grab 1974 zwar aufgelassen, ihr Name aber auf eine neue Gedenktafel an der Kirchennordwand aufgenommen.

Rosenbergs jüngstes Kind, Peter Gottfried, war seit Beginn des 2. Weltkriegs Wehrmachtssoldat. Im Herbst 1940 wurde er wegen seiner „nicht arischen Herkunft“ aus dieser „unehrenhaft“ entlassen, überlebte aber die NS-Zeit.

Leo Rosenbergs Bruder Josef wurde infolge der Reichspogromnacht vom 8. November 1938 vorübergehend in das Konzentrationslager Buchenwald bei Weimar verschleppt. 1943 starb er in einem Versteck in Leipzig.

Seine Schwester Irma, verheiratete Baum, wurde im Juli 1942 in das Konzentrationslager Theresienstadt verschleppt und dort im Juni 1944 ermordet. Seine zweite Schwester, Recha Deutsch, war dort bereits im Oktober 1943 ermordet worden.

Nach dem Ende des NS-Regimes verweigerte die juristische Fakultät der Universität Leipzig die Rückkehr von Prof. Dr. Rosenberg an diese. Gegen den massiven Widerstand des bayerischen Finanzministeriums erreichte Rosenberg mit einer erfolgreichen Anfechtungsklage, dass er ab August 1950 Dekan an der juristischen Fakultät der Universität München wurde.

Quellen: Ulrike Gräfe: Leo Rosenberg – Leben und Wirken (1879–1963), Berlin 2011; Johann Pletzer: Meine politische Vergangenheit, in der Personalakte Johann Pletzer in der Altregistratur des Staatlichen Kreisschulamtes Sonthofen; Herbert Mader: Zuflucht in einer schweren Zeit, in: Pfarrblättle des Kath. Pfarramtes St. Martin/Stiefenhofen Nr. 5/1989, Leo Hiemer: Manuskript zu einem geplanten Buch über Gabriele Schwarz, 2016.

Stiefenhofen-Genhofen

Johann Pletzer –
Sozi statt Nazi



Lehrer Johann Pletzer
(1884–1949) auf einem
Schulfoto des Jahres 1931

Oberlehrer Johann Pletzer gehörte als überzeugter Sozialdemokrat in den Jahren des NS-Faschismus zu jenen seltenen Menschen, die trotz ihrer grundsätzlichen Gegnerschaft zum „3. Reich“ und ihren praktischen Widersetzlichkeiten sich zeitweise genötigt sahen, der NSDAP beizutreten.

War er deshalb Opportunist?

1884 in Marktoberdorf geboren, trat Johann Pletzer 1913 im Stiefenhofener Ortsteil Genhofen seine Lehrerstelle an. Schüler und Schulrat lernten ihn als fleißigen und strengen Pädagogen kennen, welcher für gute selbst gemalte Bilder auch mal Birnen verschenkte und in Westallgäuer Mundart geschriebene Schulaufsätze gelegentlich in der Zeitung veröffentlichen ließ. Sogar im sieben Klassen umfassenden Schulraum versuchte er Kunstgeschichte zu vermitteln. Auf Wanderungen erklärte Pletzer die Tier- und Pflanzenwelt, legte einen Schulgarten an und war ein überzeugter Freigeist, der für Religion nicht viel übrig hatte.

Im Dorf trat er u. a. für die Elektrifizierung ein, war in der 1918 gegründeten Elektrizitätsgenossenschaft eines der drei Vorstandsmitglieder, war als Sänger sowie Schriftführer im Männergesangsverein aktiv und engagierte sich als Spielleiter für die Dorfbühne. Von 1918 bis 1933 organisierte er im oberen Landkreis SPD-Veranstaltungen, half bei der Gründung von anderen Ortsvereinen, so beispielsweise 1918 im benachbarten Oberstaufen, kümmerte sich um die „Naturfreunde“ in Lindenberg ebenso wie um die SPD-Jugend in Weiler. Zehn Jahre lang war er SPD-Gemeinderat in Stiefenhofen, bis 1933 Mitglied des Bezirkstags (heute Kreistag) und trat der sozialdemokratischen Selbstschutzorganisation „Reichsbanner Schwarz Rot Gold“ bei.

Kurz vor 1933 rettete ihn nur der hühnenhafte Schmiedemeister Lingg aus Genhofen vor den Bedrohungen der NS-Anhänger im Stiefenhofener Gasthaus „Rössle“.

Pletzer zur damaligen Stimmung: „Das Volk hörte nur noch auf die riesigen materiellen Versprechungen der Naziredner. Wir jedoch konnten kein Paradies verkünden, damit waren wir verloren. Die Wähler waren für die Wahrheit nicht reif.“ Bereits in den letzten freien Reichstagswahlen am 6. November 1932 erhielt die NSDAP in

Stiefenhofen 43,9%, im benachbarten Harbatshofen 41,3% der Stimmen.

Johann Pletzer war den neuen braunen Machthabern ab 1933 als aktiver Sozialdemokrat ein Dorn im Auge. Von 1933 bis 1937 erhielt Pletzer Redeverbot. 1934 stahl er sich zusammen mit seinem Freund Adamer von Obermaiselstein aus der Versammlung zur Ableistung eines gemeinsamen Treue-Eids auf das NS-Regime davon. Von der latent drohenden Verhaftung in ein KZ bedrängt, trat er auf Drängen von Bürgermeister und NS-Ortgruppenleiter Seelos 1937 der NSDAP bei. Obwohl er inzwischen zum NS-Schulungsleiter bestellt worden war, hielt er im Juni 1939 eine Grabrede zu Ehren des verstorbenen SPD-Vorstands von Oberstaufen und distanzierte sich auch öffentlich von eigenen NS-Reden. Bei Unterrichtsbeginn grüßte er weiterhin niemals mit „Heil Hitler“. Als der Bayerische Kultusminister im April 1941 die Anweisung herausgab, die traditionell in den Schulzimmern hängenden Kruzifixe zu entfernen, sagte Pletzer zu Ortsgruppenleiter und Bürgermeister Seelos: „Ich hab’s nicht aufgehängt und ich häng’s auch nicht ab!“ Der „Herrgott“ im Genhofener Schulhaus blieb unangetastet.

Als der Schulleiterin in Stiefenhofen die Versetzung drohte, weil sie kirchliche Lieder hatte singen lassen, studierte der religionskritische Lehrer Pletzer mit seinen Schülern ebenfalls Kirchenlieder ein. Eine solidarische Provokation! Doch blieb Pletzer unbehelligt.

Im benachbarten Ranzenried half er zusammen mit seinem Bruder der Familie des jüdischen Universitätsprofessors Leo Rosenberg, unentdeckt den Faschismus zu überleben (→ 27). Dem mit einer Jüdin verheirateten Kunstmaler Obermeyer aus Oberstaufen verhalf er durch Vermittlung an die städtische Kemptener Bildergalerie sowie von bezahlten Arbeitsaufträgen zu einem bescheidenen Lebensunterhalt. Dessen Frau hatte ihr Oberstaufener Geschäft schließen müssen und er selbst war nicht in die Reichskulturkammer aufgenommen worden.

1937 wurde der drei Wochen alte katholisch getaufte Säugling Gabriele Schwarz aus Marktoberdorf zu Theresia und Josef Aichele nach Stiefenhofen in Schutz und Pflege gegeben. Pletzer wurde ihr Schulpfleger, konnte sie aber 1943, da sie im NS-Jargon als „Volljüdin“ galt, nicht vor dem Gastod retten (→ 26).

Nach 1945 darf Pletzer als einer der wenigen nicht NS-belasteten Lehrer und Lehrerinnen im Landkreis sofort weiter Unterricht erteilen. 1948 ging er in Pension. 1949 starb er an einem Herzschlag.

Quellen: Gernot Römer: Es gibt immer zwei Möglichkeiten – Mitkämpfer, Mitläufer und Gegner Hitlers am Beispiel Schwaben, Augsburg 2000; Herbert Mader: Stiefenhofen – Mittelpunkt am Rande, Stiefenhofen 1983, S. 226f; Leo Hiemer: Manuskript zu einem geplanten Buch über Gabriele Schwarz, 2016.

Unterreitnau

Rosina Gutensohn starb einen erzwungenen Hungertod



Rosina Gutensohn (1911–1944)
im Alter von 23 Jahren

Rosina Gutensohn war das drittälteste von vier Kindern der Bauernfamilie Gutensohn in Unterreitnau, seit 1976 ein Stadtteil Lindaus. Sie kam am 20. April 1911 auf die Welt. Sieben Jahre lang besuchte sie die Volksschule in Unterreitnau, war eine gute Schülerin und hatte ein auffallend gutes Ge-

dächtnis.

Nach der Schulzeit arbeitete sie zunächst auf dem elterlichen Hof mit. Mit 18 Jahren ging sie erstmals für drei Monate als Dienstmädchen „in Stellung“ bei Verwandten in St. Gallen. Dies war damals eine häufig gewählte Form für noch ledige junge Frauen, um vor einer angestrebten Heirat ein wenig den eigenen Horizont zu erweitern, Erfahrungen zu sammeln und endlich ein, wenn auch in der Regel extrem geringes, so doch „eigenes Geld“ zu verdienen. Zurück in ihrer Heimat musste sie während eines Jahres als Dienstmädchen wegen der erkrankten Mutter auch immer wieder ihrem Vater bei schwerer landwirtschaftlicher Arbeit helfen.

Danach wurde sie für rund 2½ Jahre erneut Dienstmädchen in St. Gallen. Hierbei erkrankte ihre Schilddrüse. Deshalb unterzog sie sich im September 1933 im Kantonsspital St. Gallen einer schweren Kropfoperation an ihrer Schilddrüse. Im Jahr darauf wurde sie schwermütig und ihr bisheriges Selbstvertrauen schwand langsam. Trotzdem arbeitete sie bis Juni 1934 weiter, bevor sie wieder zurück zu ihren Eltern nach Unterreitnau zog. Dort verschlimmerte sich ihre seelische Erkrankung, sie unternahm zwei erfolglose Suizidversuche und wurde eine immer heftigere religiöse Eifererin. Eine Kur in der Heilstätte St. Pirminsberg im schweizerischen Pfäfers blieb erfolglos.

Am 29. August 1934 wurde die nun 23-Jährige wegen „Selbstverletzungsfahr auf der Grundlage einer Depression mit schizophrenen Schüben“ über das Krankenhaus in Lindau-Hoyren ein erstes Mal in die „Heil- und Pflegeanstalt Kaufbeuren-Irsee“ unter Direktor Dr. Valentin Faltthäuser verlegt. Die Eltern baten um eine liebevolle Behandlung, um bessere Heilungschancen zu haben. Dr. Faltthäusers Antrag beim „Erbgesundheitsgericht Kempten“, Rosina zwangsweise zu sterilisieren, wurde, auch wegen der Intervention ih-

res Vaters, abgelehnt. Eine von ihr wegen großer Angst ausdrücklich abgelehnte Zwangsuntersuchung in der Universitäts-Frauenklinik in München erbrachte zudem, dass sie bereits unfruchtbar sei. Daraufhin wurde sie im November 1934 in „offene Fürsorge“ wieder nach Hause entlassen, was bedeutete, dass Dr. Falthäuser sich immer wieder Erkundungen über Rosina einholte.

Diese arbeitete seit Juni 1936 als Zimmermädchen und in der Küche des damaligen Internats der Lindauer Mädchen-Oberschule, heute das Valentin-Heider-Gymnasium Lindau, in der Villa Holdegggen, heute die städtische Musikschule, unterbrochen gelegentlich für einige Tage durch Mitarbeit auf dem elterlichen Bauernhof. Noch 1942 meldete das Schuldirektorat, dass es gut gehe mit ihr, trotz gelegentlicher „Eigenwilligkeit und religiöser Verschrobenheit“.

Am 29. Oktober 1943 wurde sie erneut in die Heilanstalt Kaufbeuren abgeholt, welche seit 1940 Teil des systematischen NS-Euthanasie-Mordprogramms an Menschen mit seelischer und geistiger Behinderung war. Dort wurde sie in der Flechterei beschäftigt. Ihre Behandlung bestand hauptsächlich aus Elektroschocks, wobei sie dieser Tortur allein zwischen 8. und 23. November 1943 zwölf Mal ausgesetzt wurde. „Neben der Hungerkost wurden zur Tötung des Patienten Luminal, Veronal, Trional und Morphin-Scopolamin verwendet (...). Die Hungerkost oder Entzugskost (E-Kost) wurde in Kaufbeuren nach einem Beschluss der Bayerischen Direktorenkonferenz vom November 1942 eingeführt (...). So redete man in der Stadt Kaufbeuren gerücheweise auch davon, dass man in der Anstalt die Kranken verhungern lasse (...)“, so Dr. med. Michael von Cranach im Jahre 1999.

Rosina Gutensohn erkrankte daraufhin im Januar 1944 laut manipulierter Krankenakte an einer Lungenentzündung, wollte bei Anstieg ihres Fiebers am 9. Januar unbedingt aus dem Bett, woraufhin sie dort festgebunden wurde und Koffein gespritzt erhielt. Am frühen Morgen des 10. Januar 1944 starb sie im Alter von knapp 33 Jahren.

Ihren Angehörigen wurde mitgeteilt, sie sei an einer Lungenentzündung verstorben. Ihr Sarg wurde diesen mit ihrem Leichnam am Dienstag, dem 11. Januar auf den Bahnhof Oberreitnau zugestellt. Seit Sommer 2010 erinnern am Haupteingang der städtischen Musikschule zwei wenig beachtete „Stolpersteine“ an sie und Erich Seiser.

Wasserburg

Die jüdische
Wasserburgerin
Martha Hörenberg
durfte nicht bleiben



Das „Haus Hörenberg“ in der Wasserburger Unteren Rainstraße, im Dezember 2015

Die aus Hamburg stammende Jüdin Martha Johanne Hörenberg (1883–1942), geborene

Salomon, sowie ihr Mann, der in Konstanz geborene Irenäus Hörenberg (1869–1929), katholischen Glaubens und bisheriger Polizeikommissar in Hamburg, zogen 1927 nach Wasserburg in das von ihnen für 25.000 Goldmark erworbene Haus Mitten Nr. 50 1/5. Martha Hörenberg war Hausfrau und für die Erziehung ihrer vier Kinder aus erster Ehe mit Eli Heilbut zuständig; den 1910 geborenen Kurt Manfred Heilbut, welcher 1933 als kaufmännischer Angestellter nach Zürich zog, den 1911 geborenen Erich Eli, welcher als kaufmännischer Lehrling 1930 nach Hamburg zog, die 1913 geborene Carla Betty Lina, welche 1935 nach Berlin zog und die 1915 geborene Margot Helena, welche 1932 nach Ulm zog. Polizeikommissar Hörenberg verstarb bereits im Januar 1929.

Die 1933 begonnene und Jahr für Jahr fortdauernde gesetzliche Benachteiligung, Entrechtung und Verfolgung der jüdischen Deutschen durch das NS-Regime wurde auch 1938/39 fortgesetzt. So mussten Juden auf Anordnung ab Januar 1939 ihrem Vornamen ein „Israel“ und Jüdinnen ein „Sara“ hinzufügen. Seit 7. Oktober 1938 mussten sie sich, angeregt durch die Polizei der Schweiz, in ihre Pässe und Kennkarten zusätzlich ein „J“ eindrucken lassen. Am 9. und 10. November 1938 wurde die antisemitische Reichspogromnacht, lange auch als „Reichskristallnacht“ bezeichnet, inszeniert: Dabei wurden in ganz Deutschland 177 jüdische Wohnhäuser in Brand gesteckt, 7.500 jüdische Geschäfte zerstört, 267 jüdische Gotteshäuser (die Synagogen, darunter auch jene in Konstanz) niedergebrannt und zerstört, rund 30.000 jüdische Deutsche verhaftet, 91 Jüdinnen und Juden ermordet sowie 36 schwer verletzt.

Zwei Tage darauf beschloss die NS-Reichsregierung zynisch, dass die jüdischen Deutschen als „Sühneleistung“ für den ihnen entstandenen Schaden 1 Million Reichsmark an die Regierung zu bezahlen hatten.

Seit 17. April 1939 mussten Juden bei einer geplanten Auswanderung zwischen 100% und 500% des Werts ihres Umzugsguts als Sonderabgabe bezahlen.

Am 21. Juli 1939 reiste Martha Hörenberg in ihrer Verzweiflung nach Konstanz. Der städtische Beamte des dortigen Wohnungsamts hielt dazu schriftlich fest:

„Heute Vormittag, 12.00 Uhr, sprach die Jüdin Martha Sara Hörenberg hier vor und erklärte, dass sie ihr Haus in Wasserburg verkauft habe und sich mit dem Gedanken trage, nach Konstanz übersiedeln. Der Grund dieser Übersiedlung liege vor allen Dingen in ihrem Gesundheitszustand. Im letzten Jahr sei sie längere Zeit wegen ihres Herzleidens im hiesigen Krankenhaus gelegen und sei dort von Dr. von Lobenstein behandelt worden. In Wasserburg selbst sei kein Spezialarzt, sodass es wohl begreiflich erscheine, wenn sie in Anbetracht ihres leidenden Zustandes in Konstanz Wohnung beziehen könnte (...). Ich erklärte Frau Martha Sara Hörenberg, dass in Anbetracht der hiesigen Wohnungsverhältnisse, insbesondere aber mit Rücksicht auf die hier noch zahlreich anwesenden jüdischen Familien, eine Zuzugsgenehmigung nicht erteilt werden könne.

Die Jüdin Hörenberg tat über diese Mitteilung sehr verzweifelt und erklärte, dass sie in acht Wochen laut Kaufvertrag ihre Wohnung räumen müsse und der Gefahr der Obdachlosigkeit ausgesetzt sei, denn in Wasserburg sei es ihr nicht möglich, eine Wohnung zu finden (...). Die Jüdin Martha Sara Hörenberg bemerkte dann noch, dass sie früher schon einmal versucht habe, im Marienhaus in Konstanz unterzukommen. Auch bei der Spitalverwaltung habe sie sich um Aufnahme beworben. Ich erklärte ihr, dass in beiden Fällen eine Zuzugsgenehmigung nicht erteilt werden könne.“

Am 20. August 1939 wandte sich Martha Hörenberg nochmals schriftlich nach Konstanz: „Seitdem ich in Konstanz zwecks Wohnungssuche, resp. Zimmersuche gewesen, bin ich unendlich viel umhergeirrt und gereist. Bekam aber nirgends solche und auch keine Zuzugserlaubnis (...).“ Doch das städtische Wohnungsamt Konstanz lehnte erneut ab. Martha Hörenberg starb am 16. Mai 1942 in Hamburg wegen unbehandelter Nierensteine.

Nach Ende des NS-Regimes meldete sich ihr ältester Sohn, Kurt Manfred Heilbut, den die Wirren des 2. Weltkriegs auf die Philippinen verschlagen hatten, schriftlich bei Lindaus Alt-Stadtrat Jakob Rupflin: „Durch die französische Legion in Manila bekam ich Nachricht, dass Sie zum Verwalter unseres von den Nazis zwangsverkauften Hauses in Wasserburg sind (...). Ist irgendwie die Möglichkeit auf Rückerstattung im Lauf der nächsten zwei Jahre? Wie sieht das Haus aus? (...).“ Adam Maginot hatte es 1939 für 24.000 Reichsmark erworben und durfte es behalten.

Quellen: Stadtarchiv Konstanz: Akt Gesetz über die Mietverhältnisse mit Juden vom 30.4.1939, Sign.: SII, Faszikel 3420; Familienkarte Hörenberg in der Altregistratur des Einwohnermeldeamtes Wasserburg/Bodensee; Staatsarchiv Hamburg: Urkunden Hörenberg-Salomon; Brief von Kurt Manfred Heilbut in Privatbesitz.

Wasserburg-Hege

Der Ort, an dem
die Dornier ‚Do 335‘
mitkonstruiert wurde



Die Reste des ehemaligen
„Dornier-Bunkers“ nördlich von
Wasserburg-Hege im Dezember 2015

Alfred Schliebner aus Merzig, ehemaliges Mitglied des im Mai 1944 aufgestellten „Erprobungskommandos Do 335“ schilderte im Jahre 2000 die ehemalige Funktion des Dornierbunkers nördlich von Wasserburg-Hege mit folgenden Worten: „Zwischen Hattnau und Nonnenhorn, versteckt in einem kleinen Wäldchen, befand sich die Konstruktion der Do 335, heute von der Natur zurückerobert. Nur der gewaltige Bunker zeugt von einer Zeit, als hier das bis heute schnellste Kolbentriebwerks-Flugzeug der Welt konstruiert wurde (...). Die III./KG 2 war weltweit der erste Luftwaffenverband, welcher in 1943 den Auftrag erhielt, ein neues Flugzeug zu bauen, zu erproben und frontreif zu fliegen. Danach sollte der Verband mit der Maschine in den Einsatz gehen. Mit über 800 Soldaten ist dann der Verband in die Produktion der Dornier-Werke eingegliedert worden. Von Stromeyers Hallen in Konstanz bis nach Bregenz-Tannenbach waren hochqualifizierte Soldaten und Ingenieure im Einsatz um die Do 335 (...). Wenn Dornier anstatt des DB 603 (Daimler-Benz-Motor, K.S.) den Jumo 213 (Junkers-Motor, K.S.) bekommen hätte, dieser war nicht nur um 150 PS stärker, er war auch rund 1/2 Meter niedriger in seiner Bauhöhe (...).“ Der Einsatz der Soldaten bei Dornier dauerte bis Januar 1945. Peter Dornier, zweitältester Sohn des Firmenbesitzers Claude Dornier, diente als technischer Offizier im entsprechenden Luftwaffengeschwader und war an der Entwicklung des Flugzeugs beteiligt.

Der aus Beton gebaute massive oberirdische „Bunker“, der „Schutzbau“, samt der ihn damals umgebenden Holzbaracken, befand/befindet sich im Gewann „Kapf“ nördlich des Hügels „Eichholz“ (teilweise Gemarkung Nonnenhorn) nördlich von Wasserburg-Hege. Dort hatte Dornier Teile seiner Konstruktionsbüros untergebracht, die wenig einsehbar am Rand des damals kleineren Waldes standen. In der Kapf-Ebene selbst befanden sich zudem Abwasserschächte und ein großes Betonrondell. Das Ganze wurde dem Hügel zu durch fünf Holzbaracken auf massiven Holzpfehlern umrahmt. Darin befanden sich u. a. die Zeichenbretter der Techniker. Ein Teil der Soldaten wohnte damals in Wasserburgs Hotel „Krone“. Die Flugzeugfirma Dornier war erst 1932 endgültig aus dem Friedrichshafener

Zeppelin-Konzern herausgelöst worden und besaß während des NS-Regimes u. a. in Lindau-Rickenbach und Langenargen Zweigwerke.

Die Hegener Baracken wurden infolge der elf massiven Bombardierungen der Rüstungsmetropole Friedrichshafen durch die West-Alliierten zwischen 1943 und 1945 mit zusammen 552 Toten sowie 194 total zerstörten Industriebauten errichtet.

Nach einer Bauzeit von neun Monaten war die erste Version der insgesamt nur 29 fertiggestellten Exemplare des Mehrzweck-Jagdflugzeugs Do 335 am 29. Oktober 1943 vom Flugplatz Mengen aus erstmals zum Probeflug gestartet. Seine von zwei Daimler-Benz angetriebenen Propeller an Bug und Heck ermöglichten dem Tiefdecker eine Spitzengeschwindigkeit von 732 km/h sowie eine Gipfelflughöhe von 11.500 Metern. Ein Versuchsexemplar wurde in Lindau-Zech montiert.

Die auf dem Hegener Areal ebenso eingesetzten Zwangsarbeiter wurden die Nächte über jeweils unter Bewachung abtransportiert. Die nächstgelegenen größeren Zwangsarbeiterlager befanden sich damals mit 505 Menschen in Kressbronn sowie mit 115 Menschen in Bodolz. Die vier Zwangsarbeiter für die Bauern im Dorf Hege selbst, plus die etwas östlich für die dortige Weinstube Gierer arbeitenden Kriegesgefangenen waren im Barackenlager nicht beschäftigt. Sie arbeiteten auf den Bauernhöfen des Dorfes und wurden nachts bewacht untergebracht, teilweise in einem Gebäudeteil des Anwesens Gierer.

Das Dornier-Barackenareal selbst war bewachtes Sperrgebiet. Herr Locher aus Hege, von Beruf Schneider, der aber auch noch zwei Kühe in einem kleinen Stall hielt, war einer der Wachmänner für die Anlage.

Zum Ende des NS-Regimes und des Zweiten Weltkriegs am Bodensee am 1. Mai 1945 wurde der ganze „Hegener Konstruktionsbetrieb“ aufgelöst. Ein Teil der Inneneinrichtung wurde von der französischen Armee beschlagnahmt, ein anderer, z. B. die Metallbettgestelle, später von Menschen aus Hege weiter verwendet. Etwa 1947 wurden die fünf Holzbaracken abgerissen. Eine halbe Baracke davon steht heute noch in Nonnenhorn, allerdings inzwischen nicht mehr mit der original grünen, sondern mit einer braunen Holzschutzfarbe angestrichen.

Quellen: Gespräch mit Manfred Hotz, Josef Hund (beide Hege) sowie Fridolin Altweck (Wasserburg) am 18.12.2015; Briefe von Alfred Schliebner, Merzig, vom 28.12.2000 und 11.3.2001 an den Autor; Karl-Heinz Regnat: Vom Original zum Modell: Dornier Do 335, Bonn 1999; Martin Weinmann (Hrg.): Das nationalsozialistische Lagersystem, Frankfurt/Main 1990.

Wasserburg-Hege

Resi Ackermann (Hörer)
wurde ihre Liebe
rassistisch verboten



Bauertochter, technische Zeichnerin und Schneiderin
Therese Ackermann (1916–2005),
verheiratete Hörer (Foto: 1988)

Am 14. August 1944 wurde Therese Ackermann auf dem elterlichen Bauernhof in Hege verhaftet und in das Lindauer Amtsgerichtsgefängnis am Stiftsplatz gebracht. Die Lindauer Polizei begründete dies im NS-Jargon damit, die damals 28-jährige und längst erwachsene Therese Ackermann hätte „verbotenen Umgang mit dem serbischen Kriegsgefangenen Zivadin Iwanović“ gehabt.

Therese Ackermann war am 8. Februar 1916 als drittes von vier Kindern der Milch- und Obstbauersleute Ackermann in Hege geboren worden. 1929 beendete sie mit gutem Zeugnis die Volksschule Wasserburg, 1932 mit ähnlich guten Noten die Fortbildungsschule und arbeitete zunächst bis 1934 auf dem elterlichen Bauernhof. Danach verdiente sie in verschiedenen Haushalten bis nach München als Dienstmädchen ihr eigenes Geld, bevor sie im Mai 1938 als Maschinenarbeiterin bei den „Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken“ in Lübeck zu arbeiten begann. Ihre älteste Schwester hatte nach Lübeck geheiratet. Zeichnerisch seit ihrer Schulzeit begabt, wurde sie nun bald Maschinenzeichnerin. Doch infolge eines Nervenleidens wegen Unterernährung musste sie im April 1943 diese Arbeit wieder aufgeben und kehrte zur Mitarbeit auf den Hof der inzwischen erkrankten Eltern in Hege zurück. Ihr Bruder war 1939 als Soldat in den Krieg eingezogen worden.

In Hege verliebte sie sich in einen benachbarten Kriegsgefangenen. Den kriegsbedingten Sondergesetzen und der rassistischen Grundhaltung des NS-Regimes entsprechend, war dies strengstens verboten und alle NS-Fanatiker waren angehalten, eventuelle Beobachtungen zu denunzieren. Der Denunziant war in diesem Fall Obergefreiter Josef Wagner, „Führer des Kriegsgefangenen-Arbeitskommandos 306 B Hege“. In seinem Bericht schilderte er den Grund für seinen Verrat u. a. wie folgt: „Bei einem gestern Abend gemachten Rundgang im Anwesen des Ortsbauernführers Gierer in Hege, in dem auch das Arbeitskommando Hege seine Unterkunft hat, beobachtete ich in der Abenddämmerung den serbischen Kriegsgefangenen Iwanović allein gehend (...). Es war inzwischen schon dunkel

geworden (...). Mit Gewissheit kann ich sagen, dass die Ackermann auf Iwanowić gelegen war und bei meinem Hinzukommen eben aufstand und eiligst davonlief. Vor sie aufstand, gab sie Iwanowić noch eine Liebkosung (...).“

Die Lindauer Polizei informierte darüber auch die Gestapo in München und verlegte Resi Ackermann nach drei Tagen in das Kemptener Gefängnis. Von dem dort tagenden Sondergericht 2 des Landgerichts München wurde Frau Ackermann am 12. Februar 1945 zu einem Jahr und vier Monaten Zuchthaushaft sowie zur Übernahme der Gerichtskosten verurteilt, abzüglich der inzwischen erlittenen vier Monate Untersuchungshaft. Als Begründung wurde im NS-Jargon u. a. formuliert: „Die Angeklagte (...) hat sich eines Vergehens gem. §4 der WehrkraftschutzVO schuldig gemacht, da sie durch das Liebesverhältnis mit einem Kriegsgefangenen das gesunde Volksempfinden gröblich verletzt hat (...). Bei der Strafhöhe muss die lange Dauer des Verhältnisses zum Nachteil der Angeklagten berücksichtigt werden (...).“ Im Gefängnis wurde sie zu verschiedenen Arbeitseinsätzen innerhalb und außerhalb der Mauern verwendet.

Was aus ihrem Geliebten, dem 1903 im jugoslawischen Vućic geborenen Zivadin Iwanowić wegen dessen „Rassenschande“ wurde, ist nicht überliefert. Dieser wurde zunächst in das „Stammlager“ VIII B nach Memmingen verlegt, dort von der Militärjustiz vernommen und bedroht, wie das Vernehmungprotokoll zeigt: „(...) Ich wurde ferner eingehend darüber belehrt, dass ich eine weitaus höhere Strafe zu erwarten habe, wenn mir nachgewiesen wird, dass meine Angaben nicht der Wahrheit entsprechen.“

Im Februar und nochmals im April 1945 beantragten die durch die harte Landarbeit erkrankten Eltern Therese Ackermanns, dass ihre Tochter wegen der anstehenden harten Frühjahrsarbeiten „Straferlass bzw. Strafunterbrechung“ erhalte. Doch die Justiz lehnte zunächst ab. Erst am 24. April erhielt Resi Ackermann Hafturlaub, zwei Tage bevor die SS in Kempten ein Schnellgericht einrichtete sowie drei Tage bevor die Stadt am 27. April 1945 von der US-amerikanischen Armee befreit wurde.

Am 28. Mai 1946 wurde das Urteil gegen Therese Ackermann im Rahmen der „Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts“ wieder aufgehoben. Die Bezahlung der Gerichtskosten wurde ihr wegen Armut erlassen.

Nach erneuter Arbeit auf dem elterlichen Hof heiratete sie später Carl Hörer, arbeitete als Schneiderin und starb als Bewohnerin des Hegener Altenheims am 15. Mai 2005.

Weiler/Allgäu

Lehrerin Arnold feierte die Machtübergabe nicht



Das Schulhaus für Jungen („Neues Bubenhaus“) aus dem Jahre 1908. Rechts daneben das „Alte Bubenhaus“ und links im Hintergrund das Mädchenschulhaus in Weiler/Allgäu

Am 2. Februar 1943 reichte NSDAP-Kreisleiter Hans Vogel den Inhalt eines denunziatorischen Briefs von Ortsgruppenleiter Hauber aus Weiler an das Bezirksschulamt, heute Kreis-schulamt, Lindau weiter. Darin

wurde Haubers Brief wörtlich wie folgt zitiert:

„Die Schulleitung berichtet mir, dass am 30. Januar in allen Klassen auf die Bedeutung des Tages hingewiesen wurde. Sie habe von keiner amtlichen Stelle die Anordnung erhalten, eine Schulfeier oder Rundfunkübertragung durchzuführen.

Es wurde aber doch im Rundfunk bekannt gegeben, dass die Ansprache des Reichsjugendführers Axmann im Gemeinschaftsempfang in allen Schulen zu hören ist.

Die Lehrerin Arnold hat sich, wie ich soeben erfahre, darauf berufen, dass keine Anordnung vom ‚Ministerium‘ da sei und das, was im Rundfunk gesagt wird, gehe sie nichts an! Diese Lehrerin hat auch, wie mir nachträglich von Eltern berichtet wird, über die Bedeutung des Tages keine Ansprache gehalten. Da es sich um die 7. und 8. Schulklasse beiderlei Geschlechts handelt, hätte die Lehrerin unter allen Umständen die Pflicht gehabt, über den 30. Januar zu sprechen.

Die Eltern und Parteigenossen sind geradezu empört über dieses Verhalten einer solchen Lehrkraft. Diese Lehrerin findet es nicht für notwendig, über den Tag der Machtübernahme zu sprechen, obwohl im Stundenplan „Deutsche Geschichte“ vorgesehen war. Dafür lehrt sie den Kindern christlich Tischgebete usw.“.

Das Denunziantentum aus Schulleitung, Parteiführern und Teilen der Bevölkerung hatte sich also auch in Weiler ein weiteres Opfer ausgesucht. Lehrerin Hedwig Maria Arnold war als junge Lehrkraft erst vor kurzer Zeit nach Weiler versetzt worden und zuvor seit 1942 als Studienassessorin in Heimenkirch tätig gewesen. Nun war sie gefährdet, hatte sie doch diesen symbolträchtigen NS-Tag im Unterricht ohne großes Aufsehen einfach verstreichen lassen. Dabei war sie in der Schülerschaft als zwar strenge, aber korrekte Lehrerin im „Neuen Bubenhaus“ der Volksschule Weiler aus dem Jahre 1908 bekannt.

Als Beamtin aber unterstand sie dem Zwangsverhältnis des NS-Beamten-gesetzes vom 26. Januar 1937, das im Paragraph 1 vor-

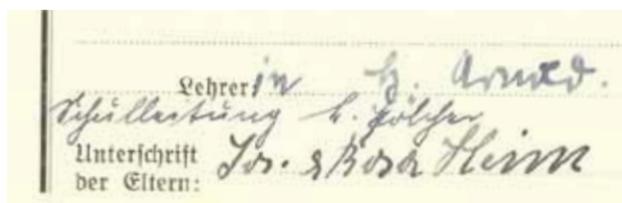
schrieb: „Der deutsche Beamte steht zum Führer und zum Reich in einem öffentlich-rechtlichen Dienst- und Treueverhältnis (Beamtenverhältnis). Er ist der Vollstrecker des Willens des von der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei getragenen Staates. Der Staat fordert von dem Beamten unbedingten Gehorsam und äußerste Pflichterfüllung (...).“

Hedwig Arnold wurde zur Anhörung nach Lindenberg in das dortige „Braune Haus“, der örtlichen Zentrale von NSDAP, DAF und SS, zitiert. Im darauf folgenden Brief vom 9. April 1943 an das Bezirksschulamt in Lindau wurden Konsequenzen gegen die Lehrerin gefordert: „Betreff: Verhalten der Lehrerin Hedwig Arnold in Weiler. Die Ausführungen der Lehrerin Hedwig Arnold in Weiler befreien diese nicht von den Vorwürfen des Ortsgruppenleiters Hauber in Weiler. Es ist Pflicht eines Lehrers, seinen Unterricht im nationalen Geiste zu geben und jede Gelegenheit – Radio, Kino, Zeitung – zu benützen, um die Kinder in diesem Sinne zu unterrichten. Ich schlage vor, die Lehrerin Arnold mit einem Verweis zu bestrafen.“

Was dieser „Sinn“ war, stand beispielsweise gleich auf Seite 5 des „Deutschen Lesebuches für Volksschulen“ für die achten Klassen vom Jahre 1943: „In dir ist das Blut der Helden des Weltkrieges, die in den Gräben und Trichtern Frankreichs, in den Ebenen Russlands, auf den Felsen der Alpen oder in den Wüsten Afrikas ihr Leben für Deutschland hingaben. Kämpfe auch du für die Zukunft dieses Blutes! Im Blute deines Volkes bist du unsterblich.“

Mit Brief des Bezirksschulamts Lindau vom 16. April 1943 erfuhr Lehrerin Arnold u. a.: „Wegen dieser Pflichtverletzung werden Sie von der Bezirksschulbehörde (...) mit der Strafe eines Verweises belegt.“ Das war noch einmal glimpflich ausgegangen.

Nach Ende des NS-Regimes verblieb Lehrerin Hedwig Arnold laut Entscheid zur „politischen Säuberung des Lehrpersonals“ im Unterschied zu einigen ihrer Berufskolleginnen und Kollegen weiter im Schuldienst.

A photograph of a handwritten signature on a document. The signature is written in cursive and reads "Lehrerin H. Arnold." followed by "Erfüllung d. Pflicht" and "Unterschrift der Eltern: Dr. & Rosa Heim".

Unterschrift von Lehrerin Hedwig Arnold unter einem Schulzeugnis im Jahr 1944

Weiler/Allgäu

Rosa und Josef Heim fragten nach



Rosa Heim, geborene Wiedemann, (1896–1971) und Josef Heim (1893–1962)

Nachdem in den Sommerferien 1941 in der Volksschule Weiler/Allgäu die dortigen Jesuskreuze entfernt worden waren, wandte sich Schreinermeister Josef Heim aus

Weiler als Vater von sieben Kindern am 30. September an Kreisschulrat Rädler, um „die Anfrage zu stellen, wie die neueste Verordnung über die Beibehaltung bzw. Entfernung der Christusse aus der Volksschule lautet. In Weiler sind die Eltern der Kinder über diese Sache überhaupt nicht gefragt worden (...). Dass die Meinung der Schulkinder schickenden Eltern zu 80% eine andere ist, glaube ich bestimmt zu wissen (...). Das Landvolk speziell will das nicht so (...). Das heißt man, zur Zeit des Krieges die innere Front nicht stärken, wo Brüder, Söhne und Väter kämpfen und bluten und nach Hause schreiben, man soll für sie beten (...). In anderen Orten und Kreisen wird der Christus geduldet, warum nicht auch bei uns? (...) Ich ersuche deshalb Herrn Kreisschulrat freundlichst, die neueste Verordnung mir zukommen zu lassen.“

Doch der in Lindau amtierende Kreisschulrat antwortete nicht. Dafür ließ Weilers Bürgermeister Fritz Stegherr den aus dem 1. Weltkrieg (1914–1918) kriegsverletzt zurückgekehrten Josef Heim zusammen mit zwei betroffenen Müttern aus Simmerberg nach dem nächsten Sonntagsgottesdienst zu sich rufen, um ihnen die staatliche NS-Verordnung zu erklären, nach welcher er die Kreuze habe entfernen lassen. Eine Rückgängigmachung käme nicht in Frage. Im benachbarten Simmerberg aber erreichten die protestierenden Bauern, dass in der Schule das Kreuz wieder aufgehängt wurde.

Rosa Heim besuchte am gleichen Sonntag zusammen mit zwei Vätern von Weilerer Schulkindern NSDAP-Ortsgruppenleiter Ulrich Hauber, neben welchem sie als Schülerin zehn Jahre lang die Schulbank gedrückt hatte. Doch dieser rief die im gleichen Amtshaus befindliche Polizei herbei, schrie Frau Heim und die beiden Väter an und beschimpfte ihren später hinzu kommenden Ehemann Josef Heim als „Volksaufwiegler“.

Ein weiterer Brief von Schreinermeister Heim an den Lindauer Landrat Richard Kummer blieb ebenfalls unbeantwortet. Dafür begannen nun staatliche Schikanen. Das Finanzamt Lindau strich der Familie Heim auf Betreiben von NSDAP-Kreisleiter Hans Vogel aus

Lindenberg ab dem 1. Oktober 1941 die Kinderbeihilfe. Dies, obwohl Josef Heim seit damals acht Jahre der Kassen- und Familienwart des „Reichsbundes der Kinderreichen“ in Weiler und Umgebung war, im NS-Jargon in „Reichsbund der Deutschen Familie“ (RDF) umbenannt. Dies auch, obwohl die Familie Heim zusätzlich zu ihren Kindern noch drei elternlose Kinder unter fünf Jahren samt Kindermädchen aus Köln aufgenommen hatte, während der NSDAP-Ortsgruppenleiter Hauber zusammen mit seiner Frau seine Villa allein bewohnte.

Zusätzlich schloss deswegen das Kreisparteigericht der NSDAP zwei langjährige schwerkriegsbeschädigte Parteimitglieder aus dieser aus. Im November entzog das Kreiswirtschaftsamt Lindau Schreinermeister Heim als zusätzliche Schikane die Zuweisung von monatlich fünf Litern Benzin. Diese benötigte er für die Ausübung seines Berufs außerhalb des Marktes Weiler, da er wegen seines kriegsbedingten Bronchialasthmas Baustellenbesuche außerhalb von Weiler nicht zu Fuß, sondern mit einem Leichtmotorrad erledigte. Der Polizeiposten in Weiler hatte ihn zuvor auf angeblichen Missbrauch des Treibstoffs hin überprüft, aber keinen Grund für Beanstandungen gefunden.

Darüber legte Heim nun Beschwerde bei der Landesleitung Bayern des RDF ein, woraufhin er Antwort vom Rassenpolitischen Amt der NSDAP bei der Gauleitung Schwaben in Augsburg erhielt. Am 30. November musste Heim in Immenstadt/Allgäu eidesstattlich erklären, sein Motorrad nur für berufliche Zwecke zu verwenden und dass er in Weiler und Umgebung die Menschen wegen der abgehängten Kreuze nicht „aufwiegle“. Nun wurden er und seine Frau Rosa bis Mai 1945 nicht weiter belästigt.



Josef Breimeir (1909–1995),
Schlosser und Sozialist

Josef Breimeir sah glücklich die Freiheit wieder

Josef Breimeir wurde am 12. Dezember 1909 als Sohn des Ehepaars Breimeir in Weißensberg-Rehlings, Haus Nr. 121, geboren. Vater Josef Breimeir sen. war Eisendreher bei der Landmaschinenfabrik Zwisler in Rehlings und dort während der Revolution von 1918/19 im kämpferischen Arbeiter-Fabrikrat aktiv.

Auch sein Sohn Josef jun. lernte bei Zwisler von 1924 bis 1927 den Beruf des Drehers, heute der des Zerspanungsmechanikers.

Nach der Lehrzeit ging Josef Breimeir jun. als Schlosser erstmals ins Allgäu. 1929 arbeitete er allerdings bei Escher-Wyss, heute Cofely, in Lindau-Reutin. Die beginnende Weltwirtschaftskrise machte ihn arbeitslos und er ging auf die Walz, die ihn bis nach Lübeck führte. Ab 1931 lebte er in Kempten/Allg., wo er auch 1937 heiratete.

In der wirtschaftlich und politisch zugespitzten Endphase der „Weimarer Republik“ (1919–1933) orientierte er sich politisch an der „Antifaschistischen Aktion“ und der 1931 gegründeten Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands SAP. Diese war aus Protest gegen die damalige Politik der SPD-Führung für den Bau eines deutschen Panzerkreuzers sowie der Tolerierung der arbeiterfeindlichen Politik von Reichskanzler Heinrich Brüning gegründet worden, wollte eine klassenkämpferische, sozialistische Politik, kritisierte aber auch den diesbezüglichen Alleinvertretungsanspruch der inzwischen stalinisierten KPD.

Nach der Machtübergabe an die NSDAP am 30. Januar 1933 durch Reichspräsident von Hindenburg wurde Josef Breimeir aus politischen Gründen verhaftet und kam am Tag nach dem Verbot der Gewerkschaften, am 3. Mai 1933 in das am 22. März bei Dachau auf dem Gelände der ehemaligen Pulverfabrik eröffnete erste der NS-Konzentrationslager (KZ) in Deutschland, zunächst noch unter der Aufsicht der Bayerischen Landespolizei. Doch bereits drei Tage später erschien der erste SS-Trupp aus München ebenfalls im Lager. Dessen SS-Oberführer Freiherr von Malsen-Ponickau schärfte den SS-Schergen zum Entsetzen der Häftlinge in einem ersten Appell ein: „Wir sind nicht hierher gekommen, um diesen Schweine-

kerlen da drinnen menschlich zu begegnen. Wir betrachten sie nicht als Menschen, wie wir es sind, sondern als Menschen zweiter Klasse (...). Daher kennen wir auch keine Gefühlsduselei. Wer hier von den Kameraden kein Blut sehen kann, passt nicht zu uns und soll austreten. Je mehr wir von diesen Schweinehunden niederknallen, desto weniger brauchen wir zu füttern.“ Bereits Mitte Juli 1933 waren im KZ Dachau rund 2.400 Menschen inhaftiert. Schon am 12. April ermordeten SS-Wachleute die ersten vier Häftlinge. Der südbayerische kommunistische Reichstagsabgeordnete Hans Beimler hatte sich in der Nacht zum 9. Mai 1933 als einer von ganz wenigen durch Flucht erfolgreich vor der Ermordung retten können.

Josef Breimeir hatte Glück und wurde am 24. August 1933 durch Verfügung der Bayer. Politischen Polizei wieder aus dem KZ entlassen. Wer wie er aus einem KZ entlassen wurde, musste unterschreiben, dass er sich einmal die Woche bei der örtlichen Polizei meldet und dass er erneut in ein KZ eingesperrt werden würde, wenn er sich „in staatsabträglicher Weise verhalte oder betätige“. Auch durfte er mit niemandem über seine Lagerzeit reden.

Nach dem Tod seines Vaters kam Josef Breimeier 1938 zurück nach Lindau und wurde in dem sich noch immer in schweizerischem Besitz befindlichen Lindauer Werk von Escher Wyss zunächst Vorarbeiter, später Leiter der spanabhebenden Abteilung.

Nach dem militärischen Sieg über den NS-Faschismus im Mai 1945 wurde Josef „Sepp“ Breimeir bereits im Juni 1945 auf einer öffentlichen Versammlung im Gasthaus „Greising“ in den neuen provisorischen Gemeinderat von Weißensberg gewählt, war 1946 Mitbegründer der dortigen „Gemeinschaftsliste der Antifaschisten“ und blieb gewähltes Gemeinderatsmitglied der Freien Wählerschaft bis 1972, anschließend bis 1978 der SPD, ab 1972 auch als 3. Bürgermeister. 1948 trat er der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes VVN bei. Im Dezember 1945 war er Gründungsmitglied der neuen Metallarbeiter-Gewerkschaft im Landkreis Lindau, heute die IG-Metall, deren Lindauer Vorsitzender er in den Jahren 1952 bis 1955 war. Von 1946 bis 1961 war er gewählter Betriebsratsvorsitzender bei Escher-Wyss in Lindau. Im Jahre 1965 initiierte er erfolgreich eine Bürgerinitiative gegen ein geplantes Fertigbetonwerk in Rehlings.

Im Jahre 1975 erhielt Josef Breimeir für sein vielfältiges lokalpolitisches Engagement das Bundesverdienstkreuz verliehen.

Weißensberg-Rehlings

Johann Wagner
wurde noch
im April 1945 ermordet



Johann Wagner
(1905–1945)

Johann Wagner aus Rehlings in der Gemeinde Weißensberg wurde am 12. Juli 1905 geboren. Nomen est omen erlernte er den alten und damals noch angesehenen Handwerksberuf des Wagners. Diese bauten Wagen, Kutschen des Adels, Schlitten und später auch Skier und die Fahrgestelle der ersten Automobile. Johann Wagner war römisch-katholischen Glaubens, blieb ledig, lebte und arbeitete in Rehlings. Infolge eines Arbeitsunfalls an der

Bandsäge verlor er Glieder an zwei Fingern seiner linken Hand. Seit seinem elften Lebensjahr wurde der kleine Mann von 1,66 m Körpergröße in seinem mittelkräftigen Körper immer wieder von epileptischen Anfällen geplagt.

Am 28. März 1945, im siebten und letzten Jahr des Zweiten Weltkriegs, wies ihn sein behandelnder Lindauer Arzt, begleitet durch einen „Sanitäter und eine Begleiterin“ in die „Heil- und Pflegeanstalt des Bezirksverbandes Schwaben in Kaufbeuren“ ein. Dadurch geriet Johann Wagner urplötzlich in eine schutzlose, lebensgefährliche Situation. Die Anstalt in Kaufbeuren war zusammen mit ihrer Außenstelle im Kloster Irsee integraler Teil des mörderischen „Euthanasie“-Treibens des NS-Regimes.

Dieses hatte infolge seines Überfalls auf Polen und seiner Besetzung der westlichen und mittleren Landesteile im Herbst 1939 damit begonnen, dort in industriellem Ausmaß Menschen zu ermorden. Unter Anwendung von Kohlenmonoxid in zunächst noch improvisierten Gaskammern im Fort VII bei Poznan wurden 400 Patienten der Psychiatrie „Treskau“ die ersten Opfer.

Durch Adolf Hitlers Erlass vom September 1939 für den jeweiligen NS-Herrschaftsbereich war für das Reichsinnenministerium in Zusammenarbeit mit den Heil- und Pflegeanstalten die Endphase eines bereits zuvor eingeleiteten Prozesses der Enthumanisierung von erkrankten Menschen in Form der Erstellung von Listen der künftig zu tötenden Patienten angeordnet worden. Allein in Bayern wurden nun bis 1945 rund 44% der Psychiatriepatienten zugrunde gerichtet. Mit dem 26. August 1940 begannen auch aus der Kauf-

beurener Anstalt unter der Leitung von Dr. Faltlhauser die Todes Transporte durch die im gleichen Jahr gegründete „Gemeinnützige Krankentransport-GmbH“ in die Gaskammern bei Grafeneck auf der Schwäbischen Alb sowie in jene des bei Linz gelegenen Hartheim. Innerhalb von 12 Monaten wurden derart allein 688 Männer und Frauen aus dem Allgäu ermordet. Darunter waren auch 19 Menschen aus Stadt und Landkreis Lindau.

Nach öffentlichen Protesten in Deutschland erklärte das faschistische NS-Regime im August 1941 das Ende der „Aktion T 4“, so benannt nach dessen Zentrale in der Berliner Tiergartenstraße 4, um danach besser getarnt und mit teils anderen Methoden damit fortzufahren. Die zu „lebensunwertem Leben“ und „unnützen Essern“ erklärten Patienten wurden nun hauptsächlich durch die Verabreichung von Todesspritzen, die Überdosierung von Medikamenten und systematisches zu Tode Hungern mit eiweißloser „E-Kost“ um ihr Leben gebracht. In kalten Wintermonaten kam noch das Abstellen an geöffneten Fenstern über die Nacht hinzu.

Johann Wagner musste am 3. und 5. April 1945 je eine Elektroschockbehandlung über sich ergehen lassen, was normalerweise die Erkrankung an Epilepsie verschlimmert. Wegen „Unruhe und Widersetzlichkeit“ wurde er am 6. April auf eine andere, eine „Euthanasiestation“ verlegt. Dort starb er im Alter von knapp 40 Jahren am 11. April 1945, kurz bevor US-amerikanische Truppen die Stadt Kaufbeuren am 27. April befreiten.

Die Hinterbliebenen in Rehlings hatten die Beerdigungskosten von 71,75 Reichsmark zu bezahlen, welche noch im Jahre 1946 eingefordert wurden. Ihnen war als erfundene Todesursache eine „akute Hirnschwellung bei epileptischem Dämmerzustand“ mitgeteilt worden.

Nach dem Ende des NS-Faschismus und des 2. Weltkrieges wurde der ehemalige Direktor Dr. Valentin Faltlhauser, der bis 1945 auch Mitarbeiter des rassenpolitischen Amtes der NSDAP war, im Jahre 1949 „wegen Anstiftung zur Beihilfe zum Totschlag“ zu drei Jahren Gefängnis verurteilt, ohne Vollzug des Urteils. Der Verwaltungsspektor der Anstalt wurde freigesprochen. Insgesamt waren durch die „Heil- und Pflegeanstalt Kaufbeuren und Irsee“ im Rahmen der NS-Euthanasie von 1940 bis 1945 rund 2.000 Menschen, Erwachsene und Kinder, ermordet worden.

Quellen: Bezirkskrankenhaus Kaufbeuren: Krankenakte Johann Wagner, in Kopie bei den Hinterbliebenen; Michael von Cranach/Hans-Ludwig Siemen (Hrg.): Psychiatrie im Nationalsozialismus – Die Bayerischen Heil und Pflegeanstalten zwischen 1933 und 1945, München 1999; Erno Schwanke: Die Landesheil- und Pflegeanstalt Tiegenhof – Die nationalsozialistische ‚Euthanasie‘ in Polen während des Zweiten Weltkrieges, Frankfurt/Main 2014.


Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes
(VVN)

415820

Mitgliedsausweis Nr. _____

Name: Breimeier Josef

geb. 12.12.09 in Rehlings

Wohnung: Rehlings-über Lindau

Straße: Nr. 121

Willingen, den 1. Okt. 1948


Unterschrift



Mitgliedsausweis des Metallarbeiters, Escher-Wyss-Betriebsratsvorsitzenden, Gewerkschafters und Sozialisten Josef Breimeier aus Weißenberg-Rehlings bei der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes VVN vom Oktober 1948.

Für den Landkreis Lindau wurde die VVN im September 1948 mit zunächst 120 Mitgliedern gegründet. Auf der Rückseite des Mitgliedsausweises stehen

die Sätze: „Der Tod unserer Antifaschisten sei uns Verpflichtung. Die Verfolgten des Naziregimes sind die Avantgarde im Kampf gegen Faschismus und Militarismus. Der rote Winkel der ehemaligen politischen Gefangenen muss zum Banner der Völkerverständigung und des Friedens werden.“

Bildnachweise

Titelbild: Blick vom Westallgäu in Richtung Bodensee auf der Grundlage eines Werbeplakats der Bezirkssparkasse Weiler/Allgäu zur Zeit des NS-Regimes; Sammlung Karl G. Staudter, Lindenberg.

Rückseite außen 1: Das in Erinnerung an die Grauen Busse, welche 1940 Patientinnen und Patienten von der Heilanstalt Weissenau bei Ravensburg aus in den Tod nach Grafeneck fuhren, im Jahre 2007 installierte Mahnmal am alten Haupteingang der Anstalt; Foto: Karl Schweizer.

Rückseite außen 2: Das Mahnmal am Friedhof der ehemaligen Heilanstalt Kaufbeuren-Irsee für die Opfer der NS-„Euthanasie“ aus der ehemaligen Heil- und Pflegeanstalt Kaufbeuren mit Irsee; Foto: Karl Schweizer.

Rückseite außen 3: Die Lindauer Hafenausfahrt mit beflaggtem Bodenseeschiff während des NS-Regimes auf einem zeitgenössischen Postkartenausschnitt; Sammlung Karl Schweizer, Lindau.

Rückseite innen: Karte des Landkreises Lindau mit Stand von 2015.

Einzelbilder: Helga Ackermann, Hege: S. 114; Theresia Baumann, Isny-Rohrdorf: S. 102; Kurt Breimeir, Weißenberg: S. 120, 124; Das Bodenseebuch 1927: S. 100; DB-Museum im Verkehrsmuseum Nürnberg, Fotosammlung; Negativ-Nr. AN 16074: S. 54; Deutsches Hutmuseum, Lindenberg, Inv.-Nr.: 074309 und 086070: S. 20, 72; Ministère de la Défense, ECPAD, Ivry-sur-Seine Cedex: S. 41, 42, 43, 58; Gabriele Eggert-Rummel, Lindau: S. 122; Tilly Eppler, Oberhäuser: S. 92; Roman Erd, Ellhofen: S. 26; Josef Gebhard, Oberreitnau-Humbertsweiler: S. 82; Gedenkstätte Grafeneck Dokumentationszentrum: S. 32; Bildarchiv der Universität Gießen, HRA 365 b: S. 104; Anna Marie Grupp, Lindau: S. 125; Gallus Halder, Heimholz, Ortsheimatpfleger Sigmarszell: S. 17, 31, 34, 35, 37, 38; Hanns Heim, Weiler: S. 117, 118; Heimatpflege Gemeinde Nonnenhorn: S. 23; Heimatstube Heimenkirch, Angela Feßler: S. 18, 28; Ortsheimatpflege Hergensweiler, Arthur Wetzler: S. 36, 60, 62; Ferdinand Hug, Rentershofen: S. 94; Historisches Archiv des Bezirkskrankenhauses Kaufbeuren: S. 108; Josef Kögel Nachlass, Stiefenhofen: S. 106; Kreisdokumentationszentrum des Landkreises Lindau, Weiler: S. 12, 14, 19, 116; Heinz Mößlang, Ortsheimatpfleger Oberreute: S. 29, 30; Angelika und Martin Rädler, Wigratzbad: S. 86; Renate Reinhardt, Offenburg: S. 46; Verkehrs- und Heimatverein Röthenbach/Allgäu: S. 40, 88; Sammlung Karl Schweizer, Lindau: S. 9, 16, 21, 24, 27, 33, 48, 50, 56, 80, 84, 98, 110, 112; Staatsarchiv Sigmaringen, Wü 32/2 Z. 1991/89 Nr. 6819: S. 53; Stadtarchiv Lindenberg: S. 10, 66, 68, 70, 74, 76; Ingeborg Stohr, Lindau: S. 64; Xaver Thannheimer, Röthenbach: S. 90; Irene Wick, Nonnenhorn: S. 78; Friedrich-Wolf-Gesellschaft, Lehnitz: S. 96.



Zusätzliche Beitragsmarke im Gewerkschaftsausweis von Bootsbauer, SPD-Stadtrat und Gewerkschaftsvorsitzendem Wilhelm Klemm (1895–1956) aus Lindau vom Jahre 1932 zur Finanzierung der sozialdemokratischen antifaschistischen „Eisernen Front“ aus freien Gewerkschaften, Arbeiterkulturvereinen und der SPD. Wilhelm Klemm war später vom 28. März bis 1. Mai 1933 sowie vom 30. Juni 1933 bis 17. Februar 1934 politischer Häftling im KZ bei Dachau.

Orts- und Namensregister

- Abmayr, Johann 25
Achberg 74
Ackermann, Therese 114f
Afrika 117
Aichach 88
Aichele, Josef u. Theresia 102f
Albertshofer, Stanislaus 25
Albl, Otto 99
Albstadt-Ebingen 50
Allgäu 16, 27, 60, 84, 120
Arnold, Hedwig 116f
Assismus, Heinrich 25
Aßfalg, Karl 66f
Augsburg 21, 23, 24, 25, 30, 35, 48, 54, 75, 87, 102f, 119
Aulendorf 96
Auschwitz 47, 65, 70, 73, 103
Baldauf, Georg 66
Baptist, Melchior 35
Basel 97
Bauer, Valentin 20
Bayern 14, 20, 24, 32, 33, 56, 65, 77, 105, 119, 121
Beck, Ludwig 74
Beimler, Hans 121
Belgien 35, 36, 83
Benedikter, Franz Xaver 87f
Bentele, Josef, Mechthilde u. Thomas 68f
Berg am Laim 103
Berlin 15, 33, 49, 64, 71, 75f, 103, 105
Bernburg a.d. Saale 103
Bettnau 36
Biberach 96
Biesings 98f
Blank, Gebhard 85
Bludenz 84
Bödele 97
Bösenreutin 12, 20, 25, 31
Bodenmüller, Georg 14, 60
Bodensee 41, 78
Bodolz 12, 35f, 56, 113
Brändle, Anton 92
Braig, Gustav 8
Brandenburg/Havel 33
Bregenz 63, 82, 84, 112
Bregenzer Wald 84
Breher, Anni 78
Breimeir, Josef 120f, 124
Bremenried 36
Brey, Hans 66
Buchenwald 51, 105
Burmeister, Karl Heinz 36, 41
Butting, Otto 28, 30
Celle 75
Cranach, Michael von 109
Dachau 19ff, 52f, 68f, 79, 88f, 98f, 120, 125
Dänemark 83
Daschner, Otto 92f
Davos 78
DDR 97
Degersee 63
Deutschland 8, 33f, 39, 64, 78, 110, 117
Dillingen 48
Dischingen 88
Donauwörth 24, 65
Dornbirn 84, 97
Dornier, Claude u. Peter 17, 35, 112f
Drögen 75
Ebingen 50f
Ebratshofen 12, 35
Eckart, Wilhelm 102
Eglfingen 65
Ehrle (Ökonomierat) 66
Einöd 43
Ellhofen 12, 15, 18
Elsass 41, 46
Endres, Ludwig 25
Enzisweiler 36, 42, 47
Esseratsweiler 46
Estland 36
Faltlhauser, Valentin 108f, 123
Faulhaber, Michael von 25
Fehr, Anton 74ff
Fehrenbacher, Wilhelm 25
Feix, Robert 98
Feldkirch 84, 96
Felixmüller, Conrad 96
Feustel, Michael 99
Fink, Peter 21
Fischen 29
Forchheim 99
Frankreich 35, 41f, 82f, 87, 97f, 117
Frey, Otto 26
Friedrichshafen 17, 22, 47, 82, 112f
Fritz, Heinrich 98
Fürstenberg 71
Gaile, Gottlieb 51
Galizien 56
Gastein/Tirol 46
Gebhard, Josef 82f
Gehring, Peter 26
Geiselman, Leo 61

Genhofen 103ff
 Germanicus, Michael 25
 Geßler, Otto 74ff
 Gestratz 12, 29, 37, 40f, 48f
 Gierer, Wilhelm 37, 39
 Giesen 104
 Glattfelden 46
 Glunz, Kurt 9
 Glunz, M.E. 72
 Gmüdmühle 43
 Goebbels, Josef 25
 Göppingen 96
 Goerdeler, Carl Friedrich 74
 Goett, Magnus 26
 Göttingen 104
 Grafeneck 32f, 64f, 123
 Griechenland 35
 Grisemer, Florian 24
 Groll, Oskar 44
 Großaitingen 28
 Großbritannien 82
 Grynspan, Herschel 100
 Günzburg 86
 Guggenmoos, Paul 20
 Gutensohn, Rosina 108f
 Hämmerle, Otto 9
 Häringer, Rosalia 102
 Hagenauer, Benedikt 66f
 Hagg, Xaver 26
 Haisermann, August 66
 Halder, Gallus 38
 Hall/Tirol 85
 Hamburg 110f
 Hamp, Wilhelm 100
 Hangnach 41
 Hanser, Karl 26
 Happareute 92f
 Harbatshofen 12, 42
 Hartheim 33, 85, 123
 Hartmannsberger 11
 Haslach, Andreas 15
 Hattnau 42, 112
 Hauber, Ulrich 27, 118f
 Haug, Berta, Emil u. Julius 32, 64
 Hechingen 51
 Hege 12, 112ff
 Heilbut, Carla, Eli, Erich, Kurt, Manfred u. Margot 110f
 Heim, Josef u. Rosa 118f
 Heimenkirch 12, 18, 28, 50ff, 116
 Heimhofen 91
 Hergatz 35, 42, 56ff
 Hergensweiler 12, 14f, 19, 34ff, 43, 60ff
 Hermes, Andreas 74f
 Himmler, Heinrich 53, 70
 Hindenburg, Paul von 10, 13, 86, 120
 Hipp, Georg 32
 Hirschvogel, Josef 27
 Hitler, Adolf 8ff, 13, 15, 18, 30f, 33, 63, 71, 74f, 78, 82, 85f, 92, 98, 122
 Hoefelmayer 98
 Höllsteig 97
 Hörenberg, Martha u. Irenäus 110f
 Hörer, Carl u. Theresa 115
 Hoesle, Andreas 27
 Hohenweiler 43
 Holland 27, 35
 Holzer, Fridolin 66
 Horben 48
 Huber, Baptist 15
 Huber, Johann 20
 Hug, Ferdinand 88, 94f
 Hugelitz 46
 Humbertsweiler 82
 Ichenhausen 86
 Ihlemann, Bernhard 27
 Illertissen 58
 Immenstadt 50, 61, 103, 119
 Irsee 32, 64f, 108, 122f
 Irsengund 21, 30
 Isnerberg 40f
 Isny 40f
 Italien 35f
 Iwanowicz, Zivadin 114f
 Jacques, Adeline, Margerite (Grete) u. Norbert 100f
 Jagdberg 84
 Jauk, Franz 99
 Jugoslawien 37, 40, 56
 Jung, Otto 8, 15, 72
 K. Mathilde 34
 Kaiser, Anton 23
 Karlsruhe 46
 Kaufbeuren 32, 64f, 98, 108f, 122f
 Kazimierz, Wawrzyniak 99
 Keller, Josef 66
 Kempten 16, 24, 26, 51, 54, 60, 92, 108, 115
 Kielce 38
 Kitzelmann, Michael 48f
 Klare, Paul Hermann Kurt 13
 Klemm, Wilhelm 19, 125
 Klingenberg, Bernhard 27
 Klingler, Hans 67
 Klosterweiher 39
 Klüftinger, Leopold 8

Koberle, Fritz 42
 König, Oskar 70
 Kolb, Alban 91
 Koller, Josef 66
 Kolping 27
 Konstanz 44, 51, 82, 110f, 112
 Krakow 15
 Kressbronn 79, 113
 Kroatien 35f
 Krumbacher, Wilhelm 28
 Kühn, Georg 22
 Kummer, Richard 15, 24, 26ff, 118
 Lackenbach 47
 Landsberg 9, 21
 Langenegg 84f
 Langnau 63
 Lattre, de Tassigny, Jean 41
 Lau, Alwin 20
 Legau 26
 Lehrte 75
 Leiblach(tal) 96, 99
 Leipzig 104f
 Lemberg (Lwow) 48, 56
 Leutkirch 56f
 Liebmann, Otto 105
 Lindau (Stadt) 8ff, 19ff, 25ff, 31f, 35ff, 42ff, 48, 56f, 62f, 68, 71, 79, 82f, 96, 100, 108f, 114f, 118, 121, 123, 125
 Lindau-Aeschach 16, 27, 40
 Lindau-Hoyren 32, 64f, 108
 Lindau-Reutin 11, 24f, 29f, 35, 38f, 57
 Lindau-Rickenbach 17, 35, 113
 Lindau-Zech 36
 Lindau (Bezirk, Landkreis) 8, 11, 14ff, 19, 23ff, 29, 32, 34, 36f, 40, 44, 50, 74, 77, 102f, 106, 121, 123f
 Lindenberg 8ff, 15f, 16, 20, 26f, 29, 32, 35, 43, 46, 48, 50, 66f, 74ff, 92, 96f, 106, 117
 Linz 8, 33, 85, 123
 Lochau:99
 Lohra, M. 65
 Lothringen 41
 Lubaczow 56
 Lucas, Hildegard 42
 Ludendorff, Erich von 9
 Lübeck 114, 120
 Luitz, Franz 58
 Luxemburg 83, 101
 Mader, Josef u. Willy 96
 Mader Herbert 104
 Maginot, Adam 111
 Manila 111
 Manka 54
 Manz, Adolf 67
 Marbach/Alb 65
 Marian 54f
 Markt Oberdorf 102, 106
 Marokko 43
 Mauthaus 42
 M., Johann 32
 Mändler, Georg 92
 Maierhöfen 12, 25, 28, 30
 Mairock, Gustav 28
 Mannsnetter, Josef 28, 42
 Maria-Thann 12
 Mayer, Rupert 25
 Mayser-Milz 20, 35
 Mehringer, Hartmut 20
 Meiser, Hans 21
 Mellatz 42f
 Memmingen 14, 40, 115
 Mengen 113
 Mercedes 77
 Merzig 112
 Meßkirch 53
 Mitten 110
 Mölders, Werner 31
 Montafon 97
 Moser, Anton 29
 Moskau 49, 97
 Motzach 38f
 Müller, Ludwig 22
 Müller, Otto 42
 München 8f, 15, 21, 27, 29f, 48, 65, 79f, 82f, 103, 105, 108, 114f
 Münsingen 32, 64
 Mywiler 27
 Neidlinger, Josef 30
 Neubauer, Anton 20
 Neuburg 24, 28
 Neuravensburg 41
 Niedernhart 85
 Niederstaufer 12, 31, 43
 Nikolodi 36, 38, 98
 Nördlingen 20, 56
 Nonnenhorn 12, 23, 28, 37, 39, 42, 78ff, 112f
 Norwegen 83
 Nürnberg 102
 Nussbaumer, Anna Maria u. Georg 84f.
 Oberdorf 42
 Oberhäuser 91, 94
 Oberhof 39
 Obermaiselstein 107
 Oberreitnau 12, 60, 82f, 100, 109
 Oberreute 12, 21, 28ff, 84f, 92, 96
 Oberstaufer 57, 106f
 Oberstdorf 91
 Österreich 30f, 69, 71, 82, 85, 96, 99
 Oettingen 29

Orel 49
 Opfenbach 12, 27f,
 42f, 59, 86f
 Ost, Eugène 52
 Pabst (Lindenberg)
 60
 Paczyk, Iwan 38f
 Pechtersdorf 48
 Pfäfers 108
 Pfaff, Johann,
 Karoline, Klothilde,
 Lore u. Walburga
 50ff
 Pfeuffer, Johann 103
 Pforzheim 46
 Philippinen 111
 Philipps, Eugène 41
 Piluki 49
 Plant Jakob u. Luise
 72f
 Pletzer, Johann 103ff
 Pletzer, Luitpold 104
 Polen 15, 32, 35f,
 48, 54f, 70f, 79, 82,
 89, 100, 103, 122
 Portugal 101
 Postalûk, Nadja 36
 Poznan 122
 Prag 27, 72
 Prestele, Alfons 29
 Quadt zu Wykradt,
 Eugen von 94
 Raedler, Hermann 29
 Rädler, Antonie,
 Anna Maria,
 Andreas 86f
 Rädler, Martin 34
 Radolfzell 41
 Rankweil 84f
 Ranzenried 104, 107
 Rascher, Sigmund 98
 Rath, Ernst von 100
 Rauch, Michael 98
 Ravensbrück 17, 75f,
 103
 Ravensburg 41f, 46,
 59
 Rehlings 120ff, 124
 Reich, Ottmar 72
 Reinhardt, Anna,
 Elisabeth, Josef,
 Konrad u. Renate
 46f
 Reitemann, Josef 18
 Rekla, Konstantin 66
 Rentershofen 40, 94
 Riedhirsch 50f
 Riefenstahl, Leni 47
 Röthenbach/Allg.
 12, 19, 26, 40, 54,
 88fff
 Rogg, Anton u.
 Martin 27, 61, 86
 Rorschach 20
 Rosenberg, Alfred 29
 Rosenberg, Leo,
 Emma, Eva, Gisela,
 Hans, Michael u.
 Peter 104f. 107
 Rottenburg 51
 Rupflin, Jakob 111
 Ruhlandstobel 42
 Russland 35, 38
 Sachsenhausen 52,
 75
 Salger, Josef 29f
 Salzburg-Maxglan 46
 Schacht, Hjalmar 25
 Schädler, Heinrich
 21, 30
 Schneid, Karl 22
 Schneidawind, Alfred
 9, 15
 Scheffau 11f
 Scheidegg 12f, 16,
 24, 31, 35, 51, 55,
 96f
 Schilling, Brachtel
 von 52f
 Schirmbrand, Johann
 30
 Schlachters 17, 34ff,
 98f
 Schleibinger, Franz
 Xaver 30
 Schliebner, Alfred
 112
 Schmid, Johann 19
 Schönbühl 39
 Schumann, Horst 65
 Schussenried 96
 Schwaben 24f
 Schwäbische Alb 32,
 50, 88
 Schwarz, Gabriele u.
 Charlotte 102f, 107
 Schwarzach 63
 Schweinhöf 92
 Schweiz 14, 20, 35,
 83, 87, 101
 Schweizer, Georg u.
 Leni 38
 Seelos, Johann 103ff,
 107
 Senden 58
 Serbien 35, 37, 40f
 Siebert, Friedrich 14,
 21
 Siebert, Ludwig 11,
 14, 21f, 40
 Siemens 70
 Sigmaringen 50
 Sigmarszell 13, 17,
 35, 38, 41, 56, 62,
 98f, 100
 Simmerberg 11, 13,
 26, 118
 Simmoleit, Fritz 11
 Singen 50
 Sinz, Maria, Josef,
 Martin u. Theresia
 84f
 Slowakei 35
 Sollnhofen 22
 Sonntag, Engelbert
 31
 Sonthofen 11, 50,
 88, 103
 Sowjetunion 35, 37f,
 48, 54, 56, 69, 71,
 73, 79, 92, 117
 Spanien 99
 Spattweg 42
 Specht, Josef 59

- Sperr, Franz 76
 Spindler, Josef 24
 St. Gallen 19, 43, 108
 St. Margrethen 42
 Stalingrad 79
 Stauffenberg, Claus von 74, 78
 Steger, Karl 22
 Stegherr, Fritz 118f
 Steinbach 88
 Steinegaden 93
 Steinhardt, Johann Evangelist 31
 Steinach 96
 Sternegger, Benedikt 28
 Stiefenhofen 13, 102ff
 Stockenweiler 19, 34, 62
 Stoppel, Anni, Georg u. Maria Magdalena 78ff
 Straßburg 72
 Straub, Georg 58f
 Strauß, Fritz 9
 Strenkert, Paul. 13
 Strodel, Josef 14
 Strohmeier 35, 112
 Stuttgart 32f, 64, 97
 Sudetenland 69
 Südtirol 36
 Sulzberg/Vorarlberg 84f
 Tailfingen 51
 Tettngang 43
 Thannheimer, Albert u. Kreszentia 90f, 94
 Theresienstadt 72f, 105
 Thumen 62, 100
 Thurgau 19
 Tillkes, Otto 100
 Treblinka 73
 Truchtelfingen 51
 Tschechien/
 Tschechoslowakei 35, 37, 68f, 82
 Tübingen 50
 Überlingen 97
 Ukraine 35f, 56
 Ulm 41, 96
 Ummendorf 96
 Ungarn 35
 Untermarchtal 66
 Unterreitnau 13, 27, 108f
 USA 101
 Valduna 84f
 Versailles 77
 Vögel, Martin 66
 Vöhringen 58
 Vogel, Hans 8, 11, 26f, 29, 43, 66, 71, 75, 77, 83, 116f, 118
 Vonbun, Josef 85
 Vorarlberg 14, 20, 39, 41, 46, 84f, 97, 99
 Wach, Stefka 38
 Wagner, Erwin 29
 Wagner, Johann 122f
 Wagner, Josef 114
 Wahl, Karl 75
 Waldburg 41
 Waldsee 96
 Wangen/Allg 57
 Wankel, Felix 35f
 Warschau 38
 Warthausen 96
 Wasserburg/
 Bodensee 9, 13, 25, 33, 41, 110ff
 Weber, Franziska u. Friedrich 70f.
 Weh, Josef 80
 Weikersheimer, Ruth 14
 Weilbach, Matthias 31
 Weiler/Allg. 11, 13, 16, 25ff, 31, 36, 66f, 106, 116ff
 Weimar 52
 Weissenau 32
 Weißensberg 13, 39, 120ff, 124
 Weißrussland 36
 Werneck 65
 Westallgäu 9f, 14, 19, 43, 66, 97
 Wetzisreute 41
 Wezler, Agathe 79
 Wiedemann, Wilhelm 67
 Wien 48, 99, 101
 Widmann, Hans 88f, 91, 94f
 Wiggensbach 92f
 Wigratzbad 42, 59, 86f
 Wilhelm, Franz 24, 31
 Witzigmänn 20
 Wittmann, Josef 20
 Wörishofen 88, 102
 Wohlfinder, Josef 86f
 Wohmbrechts 13, 29, 35, 42, 58f, 86f
 Wolf, Friedrich u. Markus („Mischa“) 96f,
 Wolfgruber, Johann Baptist 31
 Wollbach 30
 Württemberg 22, 57, 64, 97
 Wurm, Josef 58
 Zellers 84
 Zwiesler, Auguste 70
 Zwisler/Rehlings 120





Wangen im Allgäu

Hergatz

Opfenbach

Lindenberg i. Allgäu

Weiler-Sim

Weiler im Allgäu

Scheidegg

Möggers

Eichenberg

Hirschberg

Sulzberg

5

6

18

3

4

8

7

10

11

12

13

14

4

25

23

33

34

branz

chau

ST2004

ST2001

ST2386

B308

ST2383

ST2378

B32

B32

L320

L321

L333

L320

B12

S6

L333

L320

L320

B12

B12

B12

B12

B12

B12

B32

L320

L321

L333

L320

B12

B12

B12

B12

B12

B12

B32

L320

L321

L333

L320

B12

B12

B12

B12

B12

B12

B32

L320

L321

L333

L320

B12

B12

B12

B12

B12

B12

B32

L320

L321

L333

L320

B12

B12

B12

B12

B12

B12

B32

L320

L321

L333

L320

B12

B12

B12

B12

B12

B12

B32

L320

L321

L333

L320

B12

B12

B12

B12

B12

B12

B32

L320

L321

L333

L320

B12

B12

B12

B12

B12

B12

B32

L320

L321

L333

L320

B12

B12

B12

B12

B12

B12

B32

L320

L321

L333

L320

B12

B12

B12

B12

B12

B12

B32

L320

L321

L333

L320

B12

B12

B12

B12

B12

B12

B32

L320

L321

L333

L320

B12

B12

B12

B12

B12

B12

B32

L320

L321

L333

L320

B12

B12

B12

B12

B12

B12

B32

L320

L321

L333

L320

B12

B12

B12

B12

B12

B12

B32

L320

L321

L333

L320

B12

B12

B12

B12

B12

B12

B32

L320

L321

L333

L320

B12

B12

B12

B12

B12

B12

B32

L320

L321

L333

L320

B12

B12

B12

B12

B12

B12

B32

L320

L321

L333

L320

B12

B12

B12

B12

B12

B12

B32

L320

L321

L333

L320

B12

B12

B12

B12

B12

B12

B32

L320

L321

L333

L320

B12

B12

B12

B12

B12

B12

B32

L320

L321

L333

L320

B12

B12

B12

B12

B12

B12

B32

L320

L321

L333

L320

B12

B12

B12

B12

B12

B12

B32

L320

L321

L333

L320

B12

B12

B12

B12

B12

B12

B32

L320

L321

L333

L320

B12

B12

B12

B12

B12

B12

B32

L320

L321

L333

L320

B12

B12

B12

B12

B12

B12

B32

L320

L321

L333

L320

B12

B12

B12

B12

B12

B12

B32

L320

L321

L333

L320

B12

B12

B12

B12

B12

B12

B32

L320

L321

L333

L320

B12

B12

B12

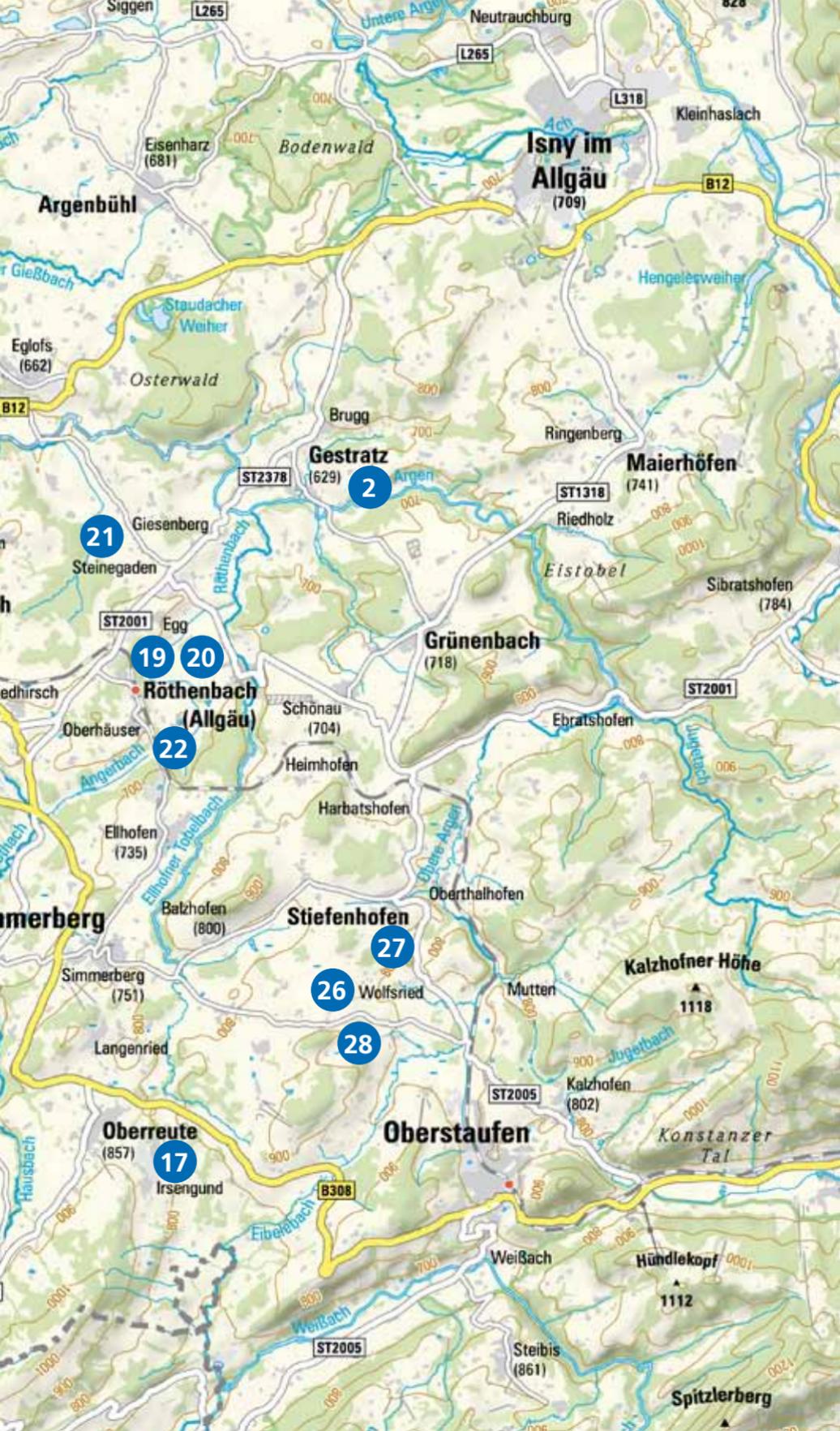
B12

B12

B12

B32

L320



**Karl Schweizer / Heiner Stauder:
Lindauer Gedenkweg
Verfolgung und Widerstand
1933–1945**



erhältlich für € 2,-
im Lindauer Buchhandel und
im Städtischen Kulturamt Lindau,
Linggstr. 3



